

ANDREAS WEHR  
„Stimmen für Stahmer“  
gegen  
„Initiative WM '95“

JAN PRIEWE  
Was bleibt von Marx'  
Akkumulations- und  
Krisentheorie

Interview  
mit André Brie

# SPOW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

# KAPITALISMUS





# KURZUM

von Uwe Kremer

Vorgeschichte, Verlauf und Ausgang des bayerischen Metallstreiks weisen über einen begrenzten Tarifkonflikt offensichtlich hinaus. Möglicherweise handelt es sich sogar um eine historische klassen- und gesellschaftspolitische Wegmarkierung - zusammen mit dem ebenfalls bemerkenswert Verlauf des Arbeitskampfes in der Holzindustrie und der in eigener Sache ungewohnt aktiven und gegenüber der IGM solidarischen Haltung der IG Chemie. Die komplette Niederlage des Arbeitgeberverbandes bei der Forderung nach "Kompensation" von Lohnerhöhungen (ein Begriff, der im Kontext der Pflegeversicherung auftauchte und nun in die Tarifpolitik verlängert werden sollte), die Beibehaltung des Fahrplans in die 35-Stunden-Woche und eine Anhebung der Reallöhne stehen in bemerkenswertem Kontrast zum Treiben auf der Bonner Bühne.

Unter den heute obwaltenden Umständen dürfte die Verlängerung der Tarifvertragslaufzeit für die Gewerkschaften sogar eher nützlich sein - als Festbeschreibung einer vergleichsweise günstig gezogenen Waffenstillstandslinie. Allerdings dürfte nun umso mehr die betriebliche Strukturierung des Klassenkonfliktes in den Vordergrund treten - gekennzeichnet durch einen anhaltenden Fragmentierungsprozeß, der nicht zuletzt mit Einflußverlusten der Gewerkschaften wie im übrigen auch und gerade der Arbeitgeberverbände einhergeht. Ob es in dieser Gemengelage gelingen kann, den klassenmäßigen Zusammenhalt und das politische Mandat der Gewerkschaftsorganisation zu sichern, bleibt offen. Aber die Bedingungen dafür haben sich verbessert. Immerhin: "Jeder Streik für eine gerechte Sache" stärkt Selbstgefühl. Menschen, die gewöhnlich isoliert voneinander leben und arbeiten, fangen an, gemeinsam und öffentlich über ihre Lage und die ihrer Familien nachzudenken. Anders als bei Wahlen, die zwar ein politischer Akt sind, die der einzelne aber doch als Privatmensch absolviert, erfahren sie sich als gesellschaftlich bedeutsame Wesen und Klasse." (Wolf Gunter Brüggemann in der FR)

Im letzten Heft ist es zu einem erneuten Anlauf gekommen, um die Geschichte der deutschen Linken aufzuarbeiten - verbunden mit dem Vorschlag von Horst Peter, dies Anfang Oktober auch in Form von Veranstaltungen fortzusetzen. Dabei wird diese Geschichte v.a. als eine Geschichte der Linken im Verhältnis zur DDR und zum "realen Sozialismus" interpretiert. Soweit, so gut. Aber wenn ich lese, wie schnell und selbstverständlich in einem Artikel der letzten Ausgabe die Etikette "links" an SPD und Bündnisgrüne vergeben und der PDS verweigert wird, dann erscheint es mir sinnvoll, doch auch die eigene Parteigeschichte ein wenig kritischer unter die Lupe zu nehmen.

So erinnere ich mich gut an meine maßlose Enttäuschung als gerade eingetretenes SPD-Mitglied über das Schweigen des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt zum US-Weihnachtsbombardement auf Hanoi von 1972. Vor 1969 waren führende sozialdemokratische Politiker sogar auf der Seite der Unterstützer dieser Kriegsführung zu finden gewesen, was dann angesichts der offenkundig kriegsverbrecherischen Dimensionen einer betretenen Nichteinmischung wich. Die spätere Selbstkritik ehrt Willy Brandt in ihrer Offenheit (z.B.: "Vietnam war für mich ein Bereich, über den ich einfach nicht genug wusste; vielleicht wollte ich auch nicht genug wissen, weil mich dies in einen Konflikt mit der amerikanischen Politik gebracht hätte, auf die ich als Berliner Bürgermeister, aber auch in der Zeit danach in starkem Maße angewiesen war." Aus: W. Brandt, Begegnungen und Einsichten, 1977). Derartige Mechanismen der Verdrängung im Zeichen der Blockkonfrontation hatte die eher sowjetfreundliche Linke anscheinend nicht für sich gepachtet. Und die Angelegenheit, um die es dabei im Namen der "freien Welt" ging, war gewiß nicht weniger schwerwiegend und weniger menschenverachtend als das, was man auf der anderen Seite im Namen des "Sozialismus" veranstaltete. Sehr zurückhaltend ausgedrückt...

Zu den Aspekten, die einem mit Blick auf die SPD am meisten zu denken geben, gehört die Generationenfolge des politischen Personals. Um es an den Jusos festzumachen: Aus den Bundesvorsitzenden wie auch dem größten Teil der

Bundesvorstandsmitglieder der Periode 1969 bis Anfang der 80er Jahre ist etwas im oberen sozialdemokratischen Funktionärskörper und Staatspersonal geworden. Für die Juso-Spitzen aus der Periode seit 1984 gilt das glatte Gegenteil (übrigens weitgehend unabhängig von der Juso-Fraktionszugehörigkeit). So ist für die Partei ein Rekrutierungsloch von mittlerweile ca. 10 Jahren entstanden. Dies gilt erst recht für die "Parteilinke" (den Jusos der 70er Jahre), die mit ihrer in den 80er Jahren zur Schau gestellten Saturiertheit und Ignoranz auch die Hauptverantwortung für diese Situation trägt und die heute - nach dem weitgehenden Abgang ihrer "Prominenz" - über keine politisch profilierten, strategisch ausgewiesenen und identitätsstiftenden personellen Alternativen mehr verfügt. *Kurzum: Die personellen Verhältnisse und die mit ihnen eng verbundenen politischen Konstellationen in der SPD sind mindestens bis zum Ende des Jahrzehntes weitgehend festgeschrieben.* Großangelegten Manövern zur Veränderung der SPD von links fehlt schlicht und einfach die personelle Basis in den entscheidenden höheren Etagen der Sozialdemokratie. Jede Strategie linkssozialdemokratischer Kräfte hat diese Tatsache illusionslos in Rechnung zu stellen.

Der soeben skizzierte Sachverhalt ist allerdings Bestandteil einer großen strukturellen Blockade der gesamten deutschen "Parteilinken", womit ich all jene radikaldemokratisch-sozialistischen Kräfte meine, die in Parteien organisiert sind. Der jüngste PDS-Parteitag wie auch die nach den Bundestagswahlen eingetretene Lage einer endgültigen politischen Etablierung der GRÜNEN läßt sich für die Linke in einem "es geht nicht vor und nicht zurück" zusammenfassen. Meines Erachtens sind also die Grenzen der Veränderung nicht nur im Falle der SPD, sondern bei sämtlichen Parteien des mehr oder weniger linken Spektrums mittlerweile weitgehend erreicht worden - auch wenn man sich bei der einen noch an das Wunder einer "Westausdehnung" klammert oder bei der anderen noch innerparteilichen Einflußillusionen aufsitzt. *Kurzum: Nichts wäre für die radikalreformerische Linke der verschiedenen Parteiformationen unsinniger, als sich gegenseitig die jeweiligen parteispezifischen Blockaden vorzuhalten statt gemeinsam über Auswege aus der übergreifenden Mega-Blockade nachzudenken.*

Herausgeber/Herausgeberinnen:  
Hainz Albrecht (Berlin)  
Edelgard Bulmahn (Hannover)  
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
Diether Dohm (Frankfurt)  
Katrin Fuchs (Verl)  
Christel Hanewinkel (Halle/S.)  
Detlev von Larcher (Weyhe)  
Susi Möbbeck (Bremen)  
Kurt Neumann (Berlin)  
Peter von Oertzen (Hannover)  
Horst Peter (Kassel)  
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
Thomas Westphal (Isernhagen)

Redaktion:  
Gisela Becker  
Ulrike Hensel  
Heiner Kockerbeck  
Uwe Kremer  
Christoph Meyer  
Silvia Rosendahl  
Reinhold Rünker  
Fiete Saß  
Ralf Schmitz  
Stefan Schostok  
Joachim Schuster  
Norbert Sprafke  
Claudia Walther

Redaktionssekretär  
Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:  
Schanzenstraße 31, 51063 Köln  
Telefon (0221)623271  
Telefax (0221)612815  
E-mail: spw-verlag  
@link-do.donut.ruhr.com

Verlag:  
spw-Verlag/Redaktion GmbH,  
Schanzenstraße 31, 51063 Köln

Geschäftsführung:  
Andreas Bach  
Ulla Saß  
Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:  
Postgiroamt Dortmund  
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-  
ermäßigtes Jahresabonnement  
(für SchülerInnen, StudentInnen,  
Erwerbslose) DM 49,-,  
Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden (MS-DOS-Textverarbeitungssystem, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613  
spw-Verlag/Redaktion GmbH 1995.  
Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Fotos:  
Titel und Schwerpunkt:  
Stephan Hoop, Köln  
Sonstige Fotos:  
Thomas Diller, Köln

Satz und Gestaltung:  
Judith Nußbaum, Köln

Druck:  
Nolte Druck, Isernhagen  
1-3 Tausend, März 1995

Uwe Kremer

KURZUM ..... 2

## MAGAZIN

Adi Eickhoff	
Jugend, Arbeit, Zukunft? .....	4
Svenja Schulze, Reinhold Rünker	
NRW-SPD: Erneuerung aus eigener Kraft? .....	6
Detlev von Larcher	
Primat der Politik durchsetzen!	
Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 1995 .....	8
Stefan Schostok	
Jusos vor dem Bundeskongreß in Gera .....	10
Alexandra Kramm	
Jung, weiblich, links gesucht .....	12

## KAPITALISMUS

Ralf Krämer	
"... die alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft"	
Einführung zum Schwerpunkt .....	13
Jan Prieue	
Was bleibt von Marx' Akkumulations- und Krisentheorie? .....	16
Hartmut Elsenhans	
Durch Standortsicherung zur Weltwirtschaftskrise .....	22
Arno Brandt	
Fordismus, Postfordismus und das Reformprojekt der Linken	28
Jörg Huffschmid	
Weder toter Hund noch schlafender Löwe	
Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus .....	34

## SOZIALDEMOKRATIE

Andreas Wehr	
„Stimmen für Stahmer“ gegen „Initiative WM '95" .....	38
Christoph Meyer	
Durch Wettbewerb zur Macht .....	42

## PDS

Frank Wilhelmy	
„Sahnehäubchen auf einem Kaffee, der gar nicht will" .....	44
Interview mit André Brie	
„Einzig aussichtsreich ist die Idee eines libertären Sozialismus" .....	46

## SOZIALSTAAT

Konrad Nabel	
Neue Drogenpolitik in der BRD .....	48
Hans-Günter Bell	
Wohnen als Problem der Gerechtigkeit .....	50
Konrad Nabel, Felix Welti	
Frauen und Kinder zuerst? .....	52

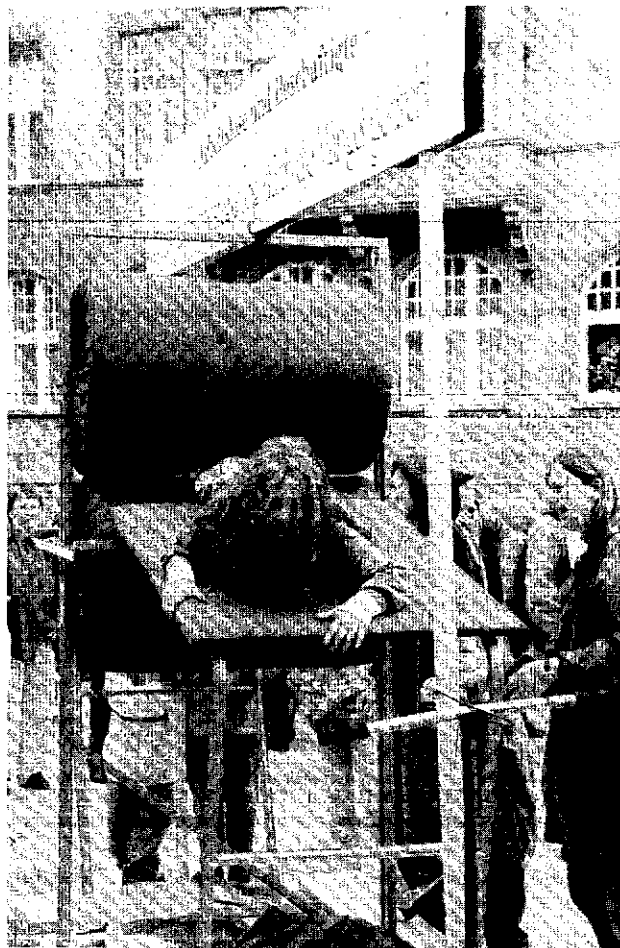
## KRIEG UND FRIEDEN

Andreas Disselnkötter	
Deutschlands Abstand zur Geschichte 'in der Luft' und 'am Boden' .....	55

# Jugend, Arbeit, Zukunft?

Zur Situation auf dem Ausbildungsmarkt

von Adi Eickhoff\*



Postbank haben in den letzten zwei Jahren ihr Ausbildungsplatzangebot von 16.000 auf ganze 1.400 (!) zurückgefahren. Die Deutsche Bahn AG steht dem in nichts nach. Auch der Öffentliche Dienst hat seine Ausbildungsstellen um 25% abgebaut. Dies ist dann natürlich keine gute Argumentationsgrundlage, um in Appellen an Unternehmen die gesellschaftliche Verantwortung für die Ausbildung einzufordern.

Die Wirtschaft geht von den kurzfristigen Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Maximierung ihrer Erträge aus. Eine zukunftsorientierte Perspektivplanung im Ausbildungsbereich fehlt völlig. Ein solcher Ansatz ist mangelhaft und wird den zukünftigen Erfordernissen nicht

gerecht. Für Jugendliche heißt dies nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch Perspektivlosigkeit. Schon beim Start in ihr berufliches Leben wird ihnen die Zukunftsperspektive verbaut und sie werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Aus diesem Teufelskreis herauszukommen, stellt sich als immer schwieriger dar.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans-Peter Stihl, hat im Mai 1994 noch an seine Mitglieder appelliert: "Wer heute nicht ausbildet, fällt morgen aus dem Markt. Die Wirtschaft schadet sich nur selbst, wenn sie Ausbildungsplätze abbaut. Unternehmen, die sich vom Fachkräftenachwuchs abkoppeln, leben gefährlich." Schöne Worte, denen aber keine Taten folgten. Allein in Nordrhein-Westfalen haben die Unternehmen im letzten Jahr ihre Ausbildungskapazität um 14% abgebaut. Die Zahl der

SchulabgängerInnen stieg gleichzeitig um 8%. In 15 Arbeitsamtbezirken des Landes kann eine Deckung der Ausbildungsplatznachfrage nicht mehr erreicht werden. Ein besonders trauriges Bild bietet sich in der Stadt Duisburg, die nur noch ein Angebot von 1 zu 0,48 erreicht. Der negative Trend wird sich 1995 weiter fortsetzen.

## Entwicklungen an der „2. Schwelle“

Über 100.000 Jugendliche waren Ende Dezember 1995 in NRW arbeitslos gemeldet. Die Dunkelziffer ist jedoch sicherlich noch einmal so hoch. Dramatische Entwicklungen gibt vor allem an der sog. "2. Schwelle". Vielen Jugendlichen, die nach Ihrer Ausbildung nicht übernommen werden, fehlen damit auch faktisch jegliche Ansprüche auf Sozialleistungen. Gesellschaftlich aktuell gewordene Diskussionen über Perspektivlosigkeit, Orientierungslosigkeit, Zukunftsängste und die wachsende Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen haben bisher nicht zu wirksamen Gegenmaßnahmen geführt.

Die Gewerkschaften fordern schon seit Jahren die Politik zum Handeln auf. Den Forderungen nach einer Umlagefinanzierung und einer Übernahmegarantie nach der Ausbildung haben sich die Konservativen natürlich nicht anschließen können, aber auch die SPD tut sich schwer damit und fordert eher die Regulierung durch die Tarifparteien. Die Baubranche praktiziert schon seit fast 20 Jahren ein Modell der Umlagefinanzierung, wodurch auch gerade nach der Vereinigung viele Ausbildungsplätze in den östlichen Bundesländern finanziert werden konnten.

Die IG Metall hat im Dezember 1993 eine grundsätzliche Übernahmegarantie für 6 Monate im Tarifvertrag vereinbaren können, mußte allerdings die Einschränkung hinnehmen, "soweit dem nicht personenbedingte Gründe entgegenstehen". Erwähnenswert sind auch Modelle, wie z.B. bei Opel in Bochum, wo die Auszubildenden grundsätzlich in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Dieses wird innerhalb von drei Jahren erreicht, wobei im er-

sten Jahr eine Wochenarbeitszeit von 25 Stunden, im zweiten Jahr von 30 Stunden vereinbart wurde. Parallel werden dazu verschiedene Möglichkeiten der Weiterbildung angeboten.

## Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung

Um das Problem unzureichender Anzahl - und Qualität - von Ausbildungsplätzen zu lösen, reichen aber branchenbezogene und auf freiwilligen Vereinbarungen der Tarifparteien beruhende Regelungen nicht aus. Hier sind gesetzliche Regelungen notwendig, die insbesondere die Finanzierung der beruflichen Bildung auf eine solidarische Basis stellen und ein flächendeckendes Angebot qualifizierter Ausbildungsplätze gewährleisten. Die Idee der Umlagefinanzierung ist nicht neu. Bereits Ende der siebziger Jahre verabschiedete der Bundestag ein Ausbildungsplatzförderungsgesetz, in dem eine Fondsfinanzierung, bei nicht ausreichendem Ausbildungsplatzangebot vorgesehen war. Aufgrund eines Formfehlers wurde dieses Gesetz vom Bundesverfassungsgericht 1980 für nichtig erklärt, wobei das Gericht aber die Umlagefinanzierung

grundsätzlich für verfassungsgemäß hielt.

Als sich Mitte der 80iger Jahre die Situation ähnlich dramatisch zuspitzte wie heute, legte die SPD-Bundestagsfraktion einen neuen Gesetzentwurf zur "Finanzierung von Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung" vor, in dem es in der Einleitung heißt: "Da offensichtlich die Wirtschaft nicht in der Lage ist, das Ausbildungsplatzangebot so zu steigern, daß es mindestens der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen entspricht, sind vorübergehend gesetzliche Maßnahmen erforderlich, um dieser Notlage abzuwehren." Diese Erkenntnis ist im Jahre 1995 genau so richtig wie damals.

Aber an parlamentarischen Initiativen dieser Art fehlt es. Von Kohl & Co sind diese sicherlich auch nicht zu erwarten. Daß aber auch die SPD sich in Appellen und Feststellungen über die Dramatik der Lage übt und konkrete Maßnahmen ablehnt, muß doch verwundern. Die Jusos in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben deshalb unlängst in einer gemeinsamen Initiative ihre Landesregierungen aufgefordert, das Modell der Umlagefinanzierung umzusetzen und

eine entsprechende Bundesratsinitiative einzubringen.

Dabei ist auch uns klar, daß die Umlagefinanzierung nur ein Schritt sein kann auf dem Weg, den Herausforderungen einer veränderten Arbeits- und Ausbildungslandschaft in Zukunft gerecht zu werden. Die Übernahmegarantie für mindestens sechs Monate als weitere gesetzliche Maßnahme, wie z.B. in Sachsen-Anhalt, muß ebenso geregelt werden, wie die Verbesserung der Situation von Mädchen und jungen Frauen durch die Quotierung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Die Gleichstellung von beruflicher und schulischer Ausbildung durch einen Zugang von ArbeitnehmerInnen zur Hochschule muß bei der Modernisierung des "dualen Berufsbildungssystems" ebenso eine Rolle spielen, wie die stärkere Orientierung auf das Berufsleben innerhalb aller Schulformen. Die berufliche Bildung muß sich ausrichten am Leitbild einer Gesellschaft, die auf verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen, sowie die demokratische Beteiligung und Mitgestaltung der Beschäftigten orientiert. Dazu sind alle gesellschaftlichen Gruppen verpflichtet.

*„Eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn“ nannte Karl Barth die „Blätter“...*

**Die Blätter sind die politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum.**

Zwölfmal im Jahr 128 Seiten  
Kommentare, Analysen,  
Kritik und Dokumente  
zur gesamten Bandbreite  
deutscher und internationaler Politik

Herausgegeben von Günter Gaus, Rudolf Hickel,  
Jörg Hüffschmid, Walter Jens, Gerhard Kade,  
Walter Kreck, Reinhard Köhnl, Claus Leggewie,  
Klaus Naumann, Paul Neuhöffer, Ute Osterkamp,  
Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene  
Runge, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby,  
Marie Veit und Rosemarie Will

**Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik**

Einzelheft 14 DM - im Abonnement 6,50 DM e50 DM (einmalig)  
Bestellungen und kostenloses Probeheft beim Blätter-Verlag, Dornier-Str. 10, 53111 Bonn, Tel.: 0228/65 01 33, Fax: 0228/65 02 51

\* Adi Eickhoff, stellv. Juso-Landesvorsitzender NRW



# Erneuerung aus eigener Kraft?

NRW-SPD rüstet sich zur Titelverteidigung

von Svenja Schulze und Reinhold Rünker\*

**A**m 14. Mai wird in Nordrhein-Westfalen der neue Landtag gewählt. Die SPD regiert seit 15 Jahren mit absoluter Mehrheit und glaubt man den Prognosen - sie wird dies auch noch weitere fünf Jahre tun. Farblos sind viele Minister, die doch eigentlich Schlüsselfunktionen inne haben; bewußte Weichenstellungen auf Landesebene werden eher zögernd vorgenommen, denn entschlossen in Angriff genommen. Genüßlich breiten die Oppositionsparteien (vermeintliche) Skandale und Skandalchen der Regierung im Landtag aus, ohne daraus jedoch eigene Politikkonzepte vermitteln zu können. Seit den Kommunalwahlen des vergangenen Herbstes sieht sich die SPD in einigen Kommunen sogar mit schwarz-grünen Merheitskonstellationen konfrontiert. Überhaupt machen die nordrhein-westfälischen Grünen der SPD die meiste Angst, reagieren einige Minister fast schon hysterisch auf Anfragen und Kritik.

## Wer nichts verspricht, muß nichts halten

Vor diesem Hintergrund hat die Partei am 11. März in Aachen ein Regierungsprogramm verabschiedet, das den wegweisenden Titel „Nordrhein-Westfalen auf gutem Weg: Erneuerung aus eigener Kraft“ trägt. Der Tenor dieses Programmes läßt sich am deutlichsten an einem Zitat aus der Einleitung erkennen: „Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen: Auf die SPD können sie sich verlassen. [...] Wir haben 1990 nichts versprochen, was wir nicht halten konnten. Wir haben alles getan, was wir versprochen haben. Auf diesem Weg haben wir auch in schwieriger Zeit unser Land gemeinsam vorangebracht. So wollen wir es auch in Zukunft halten.“

Wie schön - wenn man - fast - nichts verspricht, ist das, was man tut, natürlich mehr als man versprochen hat. Auch das neue Programm ist deshalb wieder eine Mischung aus Lyrik und vagen Andeutungen. Die wirklich konkreten Aussa-

gen für Planungen in den nächsten fünf Jahren werden erst in der ersten Regierungserklärung offenbart. Diese solle sich zwischen den Polen „bewahren und erneuern“ bewegen. Auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird: Es ist nicht deutlich, wo der Gestaltungsanspruch der nächsten Regierung liegt, es ist nicht deutlich, welche Reformen und Veränderungen denn nun angegangen werden sollen. Wenn man das zusammen nimmt mit den geplanten Wahlkampfmaterialien der Partei, drängt sich schon der Eindruck auf, daß das Regierungsprogramm „Weiter so - mit Johannes Rau“ heißt.

Nach dem Motto: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“, fällt das Regierungsprogramm zudem in vielen Bereichen noch hinter das zurück, was schon mal auf Parteitag beschlossen worden ist. Dies fällt vor allem in der Bildungspolitik auf. Die Forderung nach Chancengleichheit, einst zentrales und spezifisch sozialdemokratisches Ziel in der Bildungspolitik, spielt in dem Programm keine wesentliche Rolle mehr. Die Gesamtschule tauchte im Entwurf mit keinem Wort auf, erst nachdem Änderungsanträge u. a. der Jusos dazu vorlagen, wurde klargestellt, daß auch in Zukunft weitere integrierte Gesamtschulen in NRW eingerichtet und die bestehenden weiter ausgebaut werden sollen. Angesichts der massiven Angriffe nicht nur aus dem konservativen Lager war dieses Signal pro Gesamtschule aber auch unabdingbare Minimalforderung.

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels in NRW kommt der Bildung und Qualifizierung der Menschen eine zentrale Bedeutung zu. Hier stellte der Landesvorstand aber wenigstens ein Trostpflaster zur Verfügung: Die SPD will die „Gleichwertigkeit von beruflichen und allgemeiner Bildung weiter voranbringen“ und besonders die positiven Erfahrungen mit der Kollegschule fortentwickeln und stärken. Unter der Überschrift „Arbeit und Wirtschaft - den Strukturwandel fördern“ ist zudem ein größerer Abschnitt dem Bereich der Ausbildung und Übernahme gewidmet. Die SPD plant eine Aktion „Jugend braucht Zukunft“, die die Probleme regional auf

den jeweiligen Ausbildungsmärkten lösen will. Ziel soll es sein, daß in NRW niemand ohne Ausbildung bleiben soll.

Diese Initiative ist sicher der wichtigste Anknüpfungspunkt für fortschrittliche Politik, der sich in diesem Programm finden läßt. Bei fast 100.000 Arbeitslosen unter 25 Jahren und gleichzeitigem Abbau der Ausbildungsplätze muß dringend etwas unternommen werden. Dennoch reicht das nicht aus; Appelle an das soziale Gewissen der Unternehmer bringen zu wenig Ausbildungsplätze. Auch bisher sollte in NRW „niemand ohne Ausbildung“ bleiben. Tatsache ist aber, daß trotzdem für viel zu viele Jugendliche kein entsprechendes Ausbildungsplatzangebot vorhanden war. Bereits auf einem Landesparteitag zum Schwerpunkt Jugendpolitik im März 1994 hatte die Auseinandersetzung um die Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung eine zentrale Rolle gespielt. Durch massiven Einsatz großer Teile des Landeskabinetts war dort eine Beschlussfassung dieser Forderung verhindert worden. Es wurde aber eine Ausbildungsplatzabgabe für den Fall gefordert, daß trotz erneuter Anstrengungen nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden sollten.

Dies war im Jahr 1994 offensichtlich nicht gelungen, und in diesem Jahr ist eine noch deutlich größere Ausbildungsplatzlücke absehbar. Dennoch war die Forderung im ersten Entwurf des Regierungsprogramms nicht aufgenommen worden. Im endgültigen Vorstandsentwurf stand dann nach einiger Diskussion: „In erster Linie sind die Tarifparteien aufgefordert, diese Entwicklung zu stoppen. Notfalls muß eine bundesgesetzliche Neuregelung im Interesse der Jugendlichen und der kleinen und mittleren Unternehmen gewährleistet“, daß niemand ohne Ausbildungsplatz bleibt. Die Verrenkungen, die seitens der SPD-Spitze durchgeführt wurden, um weitergehende Forderungen abzuwenden, nahmen dabei immer skurrilere Formen an. Arbeitsminister Müntefering, der sich ansonsten immer um einen sozial- und arbeitsmarktpolitisch fortschrittlichen Anstrich bemühte, stellte einen vermeintlichen zentralistischen Charakter einer

Umlagefinanzierung heraus, der dem ständigen dialogorientierten Politikmodell der Landesregierung entgegen stehen würde. Forderungen von Jusos, des SPD-Unterbezirks Hamm und des DGB nach einer Bundesratsinitiative für eine neue Finanzierung der Ausbildung unterlagen deshalb erneut. Der schließlich gefaßte Beschluß fordert zwar über tarifliche Lösungen hinaus: „Angesichts der Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt treten wir zusätzlich für eine bundesgesetzliche Neuregelung ein.“ Franz Müntefering legte aber großen Wert darauf, daß es sich dabei nicht um eine Abgabenregelung handeln müsse, diese wird im Beschluß auch nicht mehr genannt.

## Erneuerung aus eigener Kraft?

Die Beharrungskräfte im Regierungs- und Parteiapparat erscheinen derzeit zu groß und eine Parteilinke ist nur in Ansätzen erkennbar, als daß nach einer wahrscheinlich erneut gewonnenen Landtagswahl ein reformpolitischer Wind die Verkrustungen plötzlich aufbrechen könnte. Muß man also hoffen, daß die SPD demnächst in die Opposition geschickt oder zumindest mit Bündnis '90/Die Grünen eine Regierung bilden muß?

Wir denken nicht; beides hätte mehr negative Folgen für die politische Landschaft in Land und Bund, als daß sie die notwendige Erneuerung der SPD begünstigen würde. Eine SPD-geführte Landesregierung ist in NRW allein schon als Korrektiv zur konservativ-liberalen Bundesregierung erforderlich. Andererseits bieten CDU und FDP in NRW nicht mehr als einen Abklatsch ihren Bonner Vorbilder. Eine Koalition mit Bündnis '90/Die Grünen, vorausgesetzt, die SPD würde sich überhaupt für eine solche entscheiden, hätte allerdings auch keine großen Aussichten, reformpolitische Impulse zu verstärken und eine, insbesondere personelle, aber auch inhaltliche Erneuerung der Landes-SPD voranzutreiben.

Zweifelloos verfügt die Landtagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen über einige interessante Persönlichkeiten, doch ist es auch ihnen nicht gelungen, in den zurückliegenden Jahren ein ausstrahlungsfähiges Reformprojekt zu entwickeln, an dem nicht nur die durchaus vorhandenen „Bewegungen“ andocken, sondern das auch Ausstrahlungskraft für Linke innerhalb oder außerhalb anderer

Parteien entwickeln könnte. Im Landtag fallen sie vor allem dann auf, wenn es gilt, den einen oder anderen neuen Untersuchungsausschuß einzurichten. Die Skandalisierung von Politik oder, anders gesagt, die mediengerechte Inszenierung politischer Skandale ersetzt nunmal kein eigenes Programm. Diese Erfahrung hat ja auch die SPD in den vergangenen Jahren im Bund und einigen Ländern (z. B. Bayern) immer wieder machen müssen.

Programmatisch liegen viele Positionen von Bündnis '90/Die Grünen nicht weit auseinander von denen, wie sie von den NRW-Jusos auch vertreten werden. Allerdings macht sich in NRW der Eindruck breit, daß es auch hier den Bündnisgrünen nur darum geht, einen Zipfel der Macht zu erhaschen. Sie würden sich,

**Doch wer die notwendige Aufgabe, die NRW-SPD zu erneuern, nach „außen“ abgibt, statt sie selbst entschlossen anzugehen, hat unseres Erachtens seine eigene Funktion in der SPD verspielt.**

sollten sie es denn schaffen, in der Landesregierung wahrscheinlich dann aufreißern, kaum eigene Akzente setzen können und damit ebenfalls bei ihrer Klientel Vertrauen verlieren.

Die Erneuerung des Tankers NRW-SPD ist ein längerfristig zu betreibendes Projekt, ebenso wie es für die Bundespartei gilt. Ein solches Projekt kann nur bedingt durch eine andere Partei angestoßen und angeschoben werden. Auf Bundesebene erscheint dies durchaus möglich, wie an den Diskursen zu sehen ist, die auch maßgeblich über diese Zeitschrift entwickelt werden. In Nordrhein-Westfalen ist davon jedoch nicht viel zu spüren.

In Nordrhein-Westfalen sind es die Jusos, die bereits seit einigen Jahren mit wachsendem Erfolg eine Erneuerung der Partei einfordern und betreiben. Konzentrierten sich die Bemühungen zunächst auf die organisatorische Ebene der Partei- und Arbeitsstrukturen, sollen in den kommenden Monaten und Jahren die

Diskussionen und Forderungen nach einem sozialökologischen Umbau landespolitisch durchdekliniert werden. Unterhalb der gegenwärtigen Führungselite wächst in der NRW-SPD durchaus auch eine Generation heran, die für ein derartiges Vorhaben zugänglich ist. Dies zeigt sich allein daran, daß trotz fehlender Parteilinke in den zurückliegenden Jahren der Zuspruch für Juso-Forderungen auf Parteitag fast aller Gliederungen beständig größer wird, ohne daß sich dies jedoch bereits mehrheitspolitisch auswirkt. Gleichzeitig wird in den kommenden Jahren ein weiterer Verjüngungsprozeß in Ämtern und Mandaten unausweichlich sein, gerade in den starken Unterbezirken an Rhein und Ruhr.

Jusos und linke SPD-Mitglieder tun deshalb gut daran, diese neue Generation durch eine profilierte sozial-ökologische Programmatik zu gewinnen, denn eine personelle Erneuerung muß nicht automatisch mit einer fortschrittlichen programmatischen Erneuerung einhergehen. Gleichzeitig darf nicht immer wieder wie das Kaninchen vor der Schlange nach Düsseldorf gestarrt werden.

Gesellschaftliche Veränderung wird in der „Gesellschaft“ vorbereitet, bevor sie „parlamentarisch“ verhandelt wird. Die SPD hat ihre Stärke in den 1980er Jahren dadurch gewonnen, daß sie die Lebenswelten der Menschen in NRW für sich hat gewinnen können. Heute hängt sie oft noch diesen alten Lebenswelten selber an. Kann sich die der SPD nahestehende Linke in die sich neu entwickelnden Lebenswelten einschreiben, kann die Erneuerung der SPD gelingen. Dabei reicht es aber bei weitem nicht aus, sich nur auf die Milieus zu konzentrieren, die auch die Grünen für sich zu besetzen versuchen. Natürlich werden Bündnis '90/Die Grünen auch künftig eine wichtige Rolle bei der sozial-ökologischen Profilbildung der Linken in NRW spielen. Doch wer die notwendige Aufgabe, die NRW-SPD zu erneuern, nach „außen“ abgibt, statt sie selbst entschlossen anzugehen, hat unseres Erachtens seine eigene Funktion in der SPD verspielt.

\* Svenja Schulze ist Juso-Landesvorsitzende in NRW, Reinhold Rünker, Historiker, ist Jugendbildungsreferent der NRW-Jusos

# Primat der Politik durchsetzen!

Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 1995

von Detlev von Larcher\*

Der Frankfurter Kreis, der offene Gesprächskreis der Parteilinken in der SPD, führte seine schon traditionelle Jahrestagung in Oer-Erkenschwick vom 17. bis 19. Februar 1995 durch.

An der Tagung nahm am Freitagabend auch der Partei- und Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping teil. Er schaltete sich in die Diskussion mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen ein, die von der SPD u.a. eine entschiedene Umweltpolitik, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, eine liberale Ausländerpolitik und ein Einwanderungsgesetz, Forschungs- und Entwicklungsmittel für Mittelbetriebe und aus ökologischen Gründen die drastische Erhöhung der Transportkosten forderten.

Von Karl Marx kann man lernen, daß man zuerst die Bewegungsgesetze der Kräfte studieren muß, die gesellschaftsmächtig sind, wenn man wirklich Gesellschaft verändern will. Und die SPD-Linke will und muß Gesellschaft verändern. Fragen der Analyse stellten deshalb nach langer Zeit wieder einen Schwerpunkt der Tagung dar.

Prof. Michael Vester stellte wesentliche Ergebnisse der an der Universität Hannover erarbeiteten Studie über soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel dar. Er machte deutlich, daß - sich verändernde und modernisierende - Klassenmentalitäten in der „pluralisierten Klassengesellschaft“ der Bundesrepublik weiterhin eine zentrale Rolle spielen, allerdings Klassenorganisation erheblich an Bedeutung verloren habe. Politik stecke in einer Repräsentationskrise. Die Linke müsse versuchen, um die Wertorientierungen Verantwortung und Solidarität neue mehrheitsfähige Bündnisse zu schmieden, dazu gebe es gesellschaftliche Voraussetzungen und Möglichkeiten.

Ein zweites Referat hielt Dr. Alexander Schubert zum Thema „Vom Wohlfahrtsstaat zum Standortstaat - Nationale und europäische Reformspielräume in der verflochtenen Weltwirtschaft“. Diese Thematik wurde intensiv weitergeführt und diskutiert im anschließenden

\* Detlev von Larcher MdB, Koordinator des Frankfurter Kreises, Mitherausgeber der spw

Workshop „Weltinnenpolitik zwischen Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft“. Dabei stand die Analyse der Bewegungsgesetze des modernen Weltmarkts und der transnationalen Konzerne im Mittelpunkt.

## Reregulierung statt Hereinfallen auf die Standortdebatte

Weil die Art des Wirtschaftens in der globalisierten Marktwirtschaft mit mächtigen transnationalen Konzernen in eine Umweltkatastrophe führt und zudem die Spaltung in arm und reich national und international zunimmt, muß der Primat der Politik gegenüber dem Chaos des sich selbst überlassenen Marktes durchgesetzt werden. Statt zunehmender Deregulierung, dem angeblichen Wundermittel konservativer Wirtschaftspolitik, an das auch viele Sozialdemokraten glauben, muß es zur Re-Regulierung kommen, soll unsere Erde nicht sozial und ökologisch vor die Hunde gehen.

Mit diesem Ergebnis waren sich die ca. 160 in Oer-Erkenschwick versammelten Linken des Frankfurter Kreises in der SPD einig. Die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt herrscht der Politik eine verhängnisvolle Standortdiskussion auf, die dazu führt, daß die Politik hilflos auf Anforderungen des Phänomens Weltmarkt reagiert, statt Ziele zu bestimmen und Rahmenbedingungen für eine sozial- und naturverträgliche Entwicklung zu setzen.

In der Forderung, der Politik Vorrang einzuräumen, waren sich auch die Sachverständigen Dr. Horst Afheldt, Prof. Wilhelm Hankel, Dr. Alexander Schubert und Prof. Gilbert Ziebur einig, die der Einladung gerne gefolgt waren, um ihr Expertenwissen auf der Jahrestagung einzubringen.

Es wurde deutlich, daß auch die Modernisierungsdebatte in der SPD die verhängnisvolle Entwicklung durch die Globalisierung der Märkte noch nicht genügend berücksichtigt. Teile der Partei sind auf die Standortdebatte hereingefallen und denken darüber nach, wie sie unser Land den transnationalen Konzer-

nen angenehm machen, ohne zu berücksichtigen, welche sozialen und ökologischen Folgen solches katastrophale Verhalten hat. In diesen Zusammenhang gehört die verkehrte Forderung Gerhard Schröders, die Energie für die Industrie billiger zu machen. Das ist eine für das gegenwärtige Machtverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft typische Kapitulation vor den Forderungen der Industrie gegen die Erkenntnis, daß Energie teurer werden muß, damit sparsam und effizient und damit umweltverträglich mit ihr umgegangen wird. Wir müssen Teile unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen in der SPD dringend neu formulieren.

## Ökologische Steuerreform

In dem Workshop „Ökologischer Umbau, Kreislaufwirtschaft und ökologische Steuerreform“, an dem als Experten Dr. Dieter Evringmann und Dr. Joachim Luhmann teilnahmen, wurden unterschiedliche Modelle für eine ökologische Steuerreform diskutiert, die zunächst beim Energieverbrauch ansetzen soll. Sie sollte als Verbrauchssteuer ausgestaltet werden.

In der Frage, ob die Öko-Steuer aufkommensneutral wirken soll, besteht noch Diskussionsbedarf. Das Aufkommen aus der Steuer könnte zur Finanzierung eines gesetzlich festgelegten Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit genutzt werden, der die Beitragszahler von versicherungsfremden Leistungen (Fortbildung und Umschulung, AB-Maßnahmen) entlastet. Vieles spricht jedoch dafür, das Aufkommen ausschließlich zur Förderung umweltschonender Investitionen zu verwenden.

Zur aktuellen Debatte um die Neuregelung der Kohlefinanzierung wird vom Frankfurter Kreis eine Abkopplung von den sog. Energiekonsens-Gesprächen gefordert. Der „Kohlepfennig“ könnte durch eine Sondersteuer auf den Energieverbrauch ersetzt werden, wenn

• der Kohlebergbau diese Mittel auch zur Umstrukturierung und Diversifizierung einsetzen kann und

• ein über die Jahre zunehmender Anteil dieser Steuer zur Förderung regenerativer Energien eingesetzt wird.

Die künftigen Energiekonsens-Gespräche müssen nach Auffassung des Frankfurter Kreises mit einem Konzept für eine umfassende „ökologische Steuerreform“ verbunden werden.

Experten im Workshop „Innovation und Solidarität: zum Verhältnis von Wirtschaft, Sozialstaat und Beschäftigung“ waren Rudolf Dreßler, Margit Frackmann, Ottmar Schreiner, Dr. Volker Volkholz und Marianne Weg.

Aufgrund der dort geführten Diskussion wendet sich der Frankfurter Kreis erneut entschieden gegen die Kahl-schlagsdiskussion der Konservativen. „Wenn sie Umbau des Sozialstaats sagen, meinen sie Abbau.“ Das ist die Konsequenz der Hilflosigkeit gegenüber den Weltmarktbedingungen: die Kosten für den Sozialstaat sollen drastisch gesenkt werden, damit Steuersenkungen und Vergünstigungen für die Unternehmen herbeigeführt werden können. Das ist ein Ergebnis der Standortdebatte. Dabei weiß jeder Kundige, daß die Standortverteuerung nichts mit dem Sozialstaat oder wenig mit hohen Löhnen zu tun hat. Viel mehr führt die Aufwer-

tung der Mark gemeinsam mit Dollar und Yen gegenüber ca. 170 weiteren Ländern zum Export der Arbeitsplätze und zum Negativsaldo bei den direkten Auslandsinvestitionen.

Die „populistischen“ Sprüche Renate Schmidts in Tutzing wurden verurteilt. Sie haben den falschen Eindruck erweckt, die SPD falle auf die Debatte über sozialen Mißbrauch herein.

Innovation und Solidarität sind keine feindlichen Geschwister. Vernünftige Innovationen können vielmehr zur Finanzierung der Solidarität beitragen. Ein Kriterium für Investitionsförderung muß sein, ob die Investition menschliche Arbeit einspart oder schafft.

## Sozialökologischer Umbau als Alternative

Die Linken in der SPD fordern die Staaten der EU auf, alle Kräfte für eine wirksame, europäische Beschäftigungspolitik zu mobilisieren. Daß wir in unserem Sozialsystem zu Umstrukturierungen kommen müssen, ist unbestreitbar. Sie müssen jedoch den Sozialstaat sichern und nicht abbauen. Der Sozialstaat ist eine historische Errungenschaft, die zur Freiheit des Menschen

und zum Frieden in der Gesellschaft beiträgt. Er darf nicht dem Weltmarkt geopfert werden.

Die SPD muß bei der Formulierung ihrer Politik die Zusammenhänge zwischen globalisierter Wirtschaft, Umwelt und Sozialstaat stärker als bisher berücksichtigen. Andernfalls reichen ihre Lösungsvorschläge nicht weit genug. Es kommt nicht auf Alternativen in technischen Details, nicht auf Schönheitsreparaturen an, sondern es geht um ein neues Gesamtprojekt der Linken: den Aufbau eines ökologischen Sozialstaats oder einer ökologisch-sozialen Industriegesellschaft.

Betrachten wir die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung auf unserer Erde, drängt sich allerdings das Bild auf, daß unser Zug auf einen Abgrund zurast, und der Weichensteller hat nicht die Kraft, die Weiche in die richtige Richtung zu stellen.

Das Projekt des sozialen und ökologischen Umbaus muß als die entscheidende Alternative der SPD zum konservativen *laissez faire* sichtbar und erfahrbar gemacht werden. Die Linken werden für diese Position in und außerhalb der SPD werben und kämpfen.

## Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung Chefredakteur: Peter Glotz

### Thema 2/95: Gelähmte Gewerkschaften

**Uwe Thomas**  
Deregulierung von links

**Ulrich von Alemann**  
Die Reform der ÖTV

**Thomas Kreuder**  
Tarifpolitik vor neuen Ufern

**Rainer Hank**  
Das Elend der deutschen Gewerkschaften

**Kulturthema**  
Französische Philosophie der Gegenwart

Außerdem:

**Kai Ehlers**  
Restauration in Rußland

### Thema 3/95: Der letzte 8. Mai ...?

**Klaus Harpprecht**  
Respekt vor den Toten!

**Bernd Mosebach**  
Gedenken ohne Ende  
oder Ende des Gedenkens?

**Volker Dittrich**  
Europas letztes Schlachtfeld:  
Die Georgier auf Texel

**Kulturthema**  
Ernst Jünger

Außerdem:

**Philipp Ther**  
Kalter Friede zwischen Tschechen  
und Deutschen



# Jusos vor dem Bundeskongreß in Gera

von Stefan Schostok\*

## Ein kurzer Blick zurück und dann nach vorn!

Die „Linkswende“ der Jusos vor 25 Jahren sollte eigentlich Anlaß genug sein, gerade wegen zunehmender Verjüngung und „Traditionslosigkeit“ des Juso-Verbandes gemeinsam zu überprüfen, welche Bedeutung dieses historische Ereignis und die damals daraus folgenden Impulse für das Selbstverständnis der Jusos heute noch haben. Es ist bezeichnend für die Situation, daß eine Gemeinsamkeit über ein solches Vorgehen nicht hergestellt werden konnte.

Auf der einzigen Veranstaltung im Bundesverband wurde sich nur sehr oberflächlich an den „Enkeln“ und ihrem Werdegang abgearbeitet: Eine kritische Auseinandersetzung über die sozialdemokratische Entwicklung der letzten Jahre, wie auf den vergangenen Bundeskongressen üblich, fand nicht statt. Die „Lehren“, die sich aus der fehlgeschlagenen Erneuerung der SPD zu einer sozial-ökologischen Reformpartei und daraus für ein erneuertes Selbstverständnis als sozialistische Richtungsorganisation mit einer eigenen modernen sozialistischen Programmatik ergeben könnten, wurden nicht gezogen.

Ein weiterer Beleg für die bekannten Tendenzen bei den Jusos, für fehlende Politisierung, Traditionslosigkeit und Blockaden, die noch nicht durchbrochen sind und die die hohen Hürden der kommenden Monate sichtbar machen.

## Die letzten zwei Jahre: Widersprüche in der Erneuerung

Der verqueren Situation, daß ein Bundesvorsitzender in einem Bundesvorstand ohne Mehrheit arbeiten muß, ist viel geschuldet, und das Bemühen um die Verbandserneuerung ist als noch nicht abgeschlossen und zum Teil als sehr widersprüchlich zu betrachten. Dennoch ist der *Erneuerungskurs* der Jusos durch die Kampagne „Bewegung kommt

von links“ weit fortgeschritten und hat zu unübersichtlichen Erfolgen geführt. Die Eckpunkte sind:

- die Profilbildung (an der Jugend und an aktionsorientierten Zielen - nicht in in-nerverbandlichen Auseinandersetzungen),
- die Öffnung (zum Beispiel durch den Jugendwettbewerb „Zähne zeigen“),
- die Professionalisierung (jugendgerechteres Massenmaterial, Verbreitung eigener Symbolik, Erarbeitung von Medienkompetenz, Kampagnen-Handbuch, Vorbereitungs-Seminare),
- die Mobilisierung und Qualifizierung.

Der fünfte und für die Jusos sicherlich wesentliche Punkt der Integration aller Verbandsteile ist allerdings nicht gelungen, auch wenn durch die Vernetzung und den Austausch an den zentralen und gemeinsamen Kommissionswochenenden in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht Erfolge erzielt wurden.

Gleichzeitig wächst der Druck, innerverbandliche Anstrengungen für die politische Arbeit von jungen Frauen einerseits und der Jusos in Ostdeutschland andererseits zu verstärken.

Ein vollständiger Durchbruch - auch von Blockaden - ist noch nicht erzielt, die Fortschritte sind allerdings sichtbar: die Kampagne, die Wahlkampfaktivitäten der Jusos 1994 für den „Kanzlersturz“ und eine rot-grüne Alternative und die aktuellen Diskussionen und Aktionen um eine Alternative zur „Standortdebatte“ in Zusammenhang der Tarifeinsetzungen.

Diese Erfolge müssen jetzt durch eine qualitative Erweiterung der Kampagnenorientierung ausgebaut werden. Die inhaltliche Bündelung in zentralen *Projekten für den sozial-ökologischen Umbau* ist jetzt aus zwei Gründen notwendig:

- der programmatisch-theoretischen Arbeit in den Kommissionen muß gemeinsam eine konkrete aktions- und auf politische Erfolge orientierte Ausrichtung (ein roter Faden) gegeben werden und
- gleichzeitig müssen Initiativen zur Einbindung von Kompetenzen Jugendlicher in Schule, Ausbildung und Hochschule für den Umbau gestartet werden. Eine große Rolle kommt der Frage zu,

wie solche Initiativen zwischen Bundesverband, Landesverbänden, Bezirken und Untergliederungen in den Regionen gestartet und koordiniert werden können.

Die größten Probleme treten immer wieder in der *inhaltlich-strategischen Orientierung* der Jusos auf, wenn sie überhaupt diskutiert wird. Auch hier gilt, daß sowohl die „Plattform für eine Reformalternative“ als auch die „Berliner Erklärung zur Standortdebatte“ und weitere Beschlüsse der Jusos brauchbare Orientierungen für linkssozialistische Politik ausgeben. In den Debatten um diese Positionsbestimmungen konnte aber weder ein inhaltlich hohes Niveau für den Verband, noch eine Verständigung auf eine gemeinsame strategische Orientierung und damit auf die Aufgaben der Jusos in den kommenden Jahren erreicht werden.

## Aktuelle Situation vor dem Bundeskongreß

Gab es in den vergangenen drei Jahren den Konsens, daß „ein Bruch mit der Politik der Enkel“ herbeigeführt werden müsse, wird nun deutlich, daß diese „große Koalition“ bei den Jusos zerfallen ist. Verdeutlicht werden kann dies an der aktuellen Situation vor dem Bundeskongreß.

Der Bundeskongreß der Jusos vom 19. bis 21. Mai 1995 in Gera wird wie in den vergangenen Jahren aller Voraussicht nach der Ort sein, an dem ohne größere Probleme Jusos in konstruktiver Streitkultur über Programmatik und Strategie diskutieren, ein politischer Schlagabtausch mit der Parteiführung und darüberhinaus eine Auseinandersetzung mit der konservativen Politik stattfinden wird. Die genannten Widersprüche in der Erneuerung der Jusos sind noch zu offensichtlich.

Obwohl die Strömungen und Lager nicht mehr die frühere Bedeutung besitzen, ist an die Stelle der unseligen „Fraktionsauseinandersetzungen“ der 70er und 80er Jahre nicht unmittelbar ein regulierter Diskurs von sozialistischen Strömungen über Gesellschaftsanalyse, Strategie und Programmatik der Jusos getreten.

Nichtsdestotrotz werden sich Streitpunkte um die Fragen einer Strategie, wie ein Projekt des sozialökologischen Umbaus vorangebracht werden kann, zuspitzen: Kurz vor dem Bundeskongreß findet jetzt eher ein „Lageraufbau“ statt, um Kandidaturen zu begründen, ohne aber unbedingt deutlich zu machen, wo das Projekt und die alternative strategische Ausrichtung für den Jusos-Verband liegen soll.

So bemühen sich gegenwärtig „undogmatische“ Jusos, für die Stephan Grüger kandidieren wird, ein solches Lager aufzubauen. Auch wenn der Prozeß vor dem Bundeskongreß noch nicht abgeschlossen ist, so gibt es zumindest bei Teilen den Versuch, ein eigenes Projekt für die Verbandsführung zu entwickeln. Die bisherigen Entwicklungen machen aber deutlich, daß die inneren Konflikte und ungeklärten Widersprüche nicht überwindbar scheinen. Dafür, daß dieses Lager in der Vergangenheit einmal eine der großen sozialistischen Strömungen war, stellt es sich mittlerweile als die größte Enttäuschung dar. Zur Zeit schwanken sie hin und her zwischen dem Versuch, auf der einen Seite sich an die „Enkel“ anzubinden, und auf der anderen Seite ihre utopischen Gesellschaftsvorstellungen der Vergangenheit weiter zu verfolgen. Ihr Konzept der selbstbestimmten Arbeit und Freizeit, der Befreiung von der Erwerbsarbeit ist von den „Enkeln“ höchstselbst zerstört worden. Sie sind heute nicht in der Lage, ihre politischen Vorstellungen noch mit einem eigenen Projekt und einer Strategie zu verbinden, es auch und gerade gegen diese Enkelriege durchzusetzen.

Neu ist die Kandidatur von Thomas Huber für den Bundesvorsitz aus Bayern und Nina Hauer aus Hessen-Süd zur stellvertretenden Vorsitzenden, die bei der letzten Wahl noch mit der Juso-Linke zusammenarbeiteten. In ihrer „Plattform“ setzen sie sich nur noch sehr rüde und mit Polemik gegen die Juso-Linke ab, ohne allerdings eine Alternative für die Verbandsentwicklung oder ein konsistentes inhaltliches Projekt zu formulieren. Mit seinen Vorstellungen von der „systemkritischen Realpolitik“ verharret der bayrische Landesvorsitzende im Politikmuster der 80er Jahre: „Pragmatische Kompetenzen“ werden gegen Zukunftsdebatten und strategische Ansätze zur Weiterentwicklung des Juso-Verbandes gerichtet. Für die Zusammenarbeit der vergangenen Jahre stellt es eine deutliche Aufkündigung von gemeinsamen

Positionen dar. Insbesondere muß festgestellt werden, daß die Vorstellungen der „systemkritischen Realpolitik“ mit einer Politik radikaler Opposition, den die Jusos Hessen-Süd in ihrem Antrag 1993 in Magdeburg (siehe spw 72, 1993) vortrugen, nichts mehr zu tun haben. Hier ist ein Rückfall in alte Parteifixierungen offenkundig.

Für die Anfang der 90er Jahre aus dem „Hannoveraner Kreis“ und anderen linkssozialistisch orientierten Teilen der Jusos hervorgegangene „Juso-Linke“ kandidiert wieder der amtierende Bundesvorsitzende Thomas Westphal. Die Juso-Linke will den Anfang der 90er Jahre eingeschlagenen Weg der Öffnung und Einladung zu einem produktiven Streit und gemeinsamen Lernprozeß um moderne sozialistische Positionen fortführen.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, den Juso-Verband in Richtung eines neuen Verbandstypus zu entwickeln: das Gewicht seiner Politik muß stärker an den Kompetenzen und Ansprüchen von Jugendlichen angesetzt werden, um in den Prozeß der Formierung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der Zukunft eingreifen zu können. Hierfür ist eine kampagnenpolitische Orientierung unabdingbare Voraussetzung. Um dies nicht als Lippenbekenntnis ohne Konsequenzen vor sich herzutragen, müssen jetzt konkrete Projekte, die Schlüsselfragen für den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaften und für ein neues Verhältnis von Nord und Süd aufgreifen und fortschrittliche Perspektiven aufzeigen, gestartet werden.

Bei aller Krisenhaftigkeit und Erosion des Parteiensystems wird dieses sicherlich für politische Erfolge wichtig bleiben, allerdings ist von der *ausschließlichen* Fixierung auf Parteipolitik und Parlamentarismus mehr denn je zugunsten einer direkteren gesellschaftlichen Verbindung und Verankerung in Feldern der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur abzugehen. Das politische Arbeiten für „strategische Reformen“ auf dem Weg zur Herausbildung und Durchsetzung eines fortschrittlichen Umbaublocks, der die Perspektive und das Terrain der Entwicklung von sozialistischen Potentialen öffnet, steht im Vordergrund. Und damit eben die Verbindung von gesellschaftlichem Abwehrkampf mit dem *gleichzeitigen* Ringen um ein sozial-ökologisches Umbauprojekt für die fortschrittliche gesellschaftlich regulierte Entwicklung.

Die in der Vergangenheit übliche Praxis, auf Kongressen Formelkompromisse in „Schnippelanträgen“ in Hinterzimmern des Kongreßsaals zusammenzukleben, darf nicht durch den nächsten Schritt, Alternativen schon gar nicht mehr zu formulieren oder gleich nur noch die Kompromisse vorzulegen, fortgeführt werden. Transparenz über Vorgänge, Anträge und Positionen müssen auf diesem Bundeskongreß an erster Stelle stehen und durchgehalten werden.

Der Bundeskongreß entscheidet bei Personalfragen und wesentlichen Anträgen darüber, ob es in Zukunft eine eigenständige jungsozialistische Politikstrategie geben wird. Letztlich also darüber, ob eine sozialistisch orientierte Reformpolitik nach der Ära der „Enkel“ in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren eine Chance haben wird.

## Debatten des Bundeskongresses

Nach dem Superwahljahr wird es für die Jusos darauf ankommen, gegenüber der gegenwärtigen Politik in der SPD, die sich alle Optionen für eine „große Koalition“ offenhalten will, den Anspruch auf ein eigenes reformpolitisches Konzept herauszustellen. Eine wichtige Rolle spielte dabei bereits im Vorfeld die Formulierung der „Berliner Erklärung“ der Jusos, die sich mit dem Standortdiskurs der Konservativen auseinandersetzte. Auf dem Bundeskongreß wird hierzu die Auseinandersetzung mit Scharping um die Perspektiven des Sozialstaats im Mittelpunkt stehen. Dabei ist die Verknüpfung mit der Frage nach den Perspektiven und Zukunftschancen von Jugendlichen bezogen auf Schule und Ausbildung wesentlich, vor dem Hintergrund des Umbruchs der Produktionsweise und der entsprechenden Weltmarkt-Strategien der transnationalen Unternehmen.

Darüberhinaus werden weitere inhaltliche Streitfragen diskutiert: Strategien in der Frauenpolitik im Anschluß an ein Referat der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer über Beschäftigungsperspektiven von Frauen und den Umbau der Erwerbsarbeit. Perspektiven der internationalen Politik in der Verbindung mit einer nachhaltigen globalen Entwicklung und mit der Lösung der Energiefrage werden mit dem baden-württembergischen Umweltminister Harald B. Schäfer diskutiert.

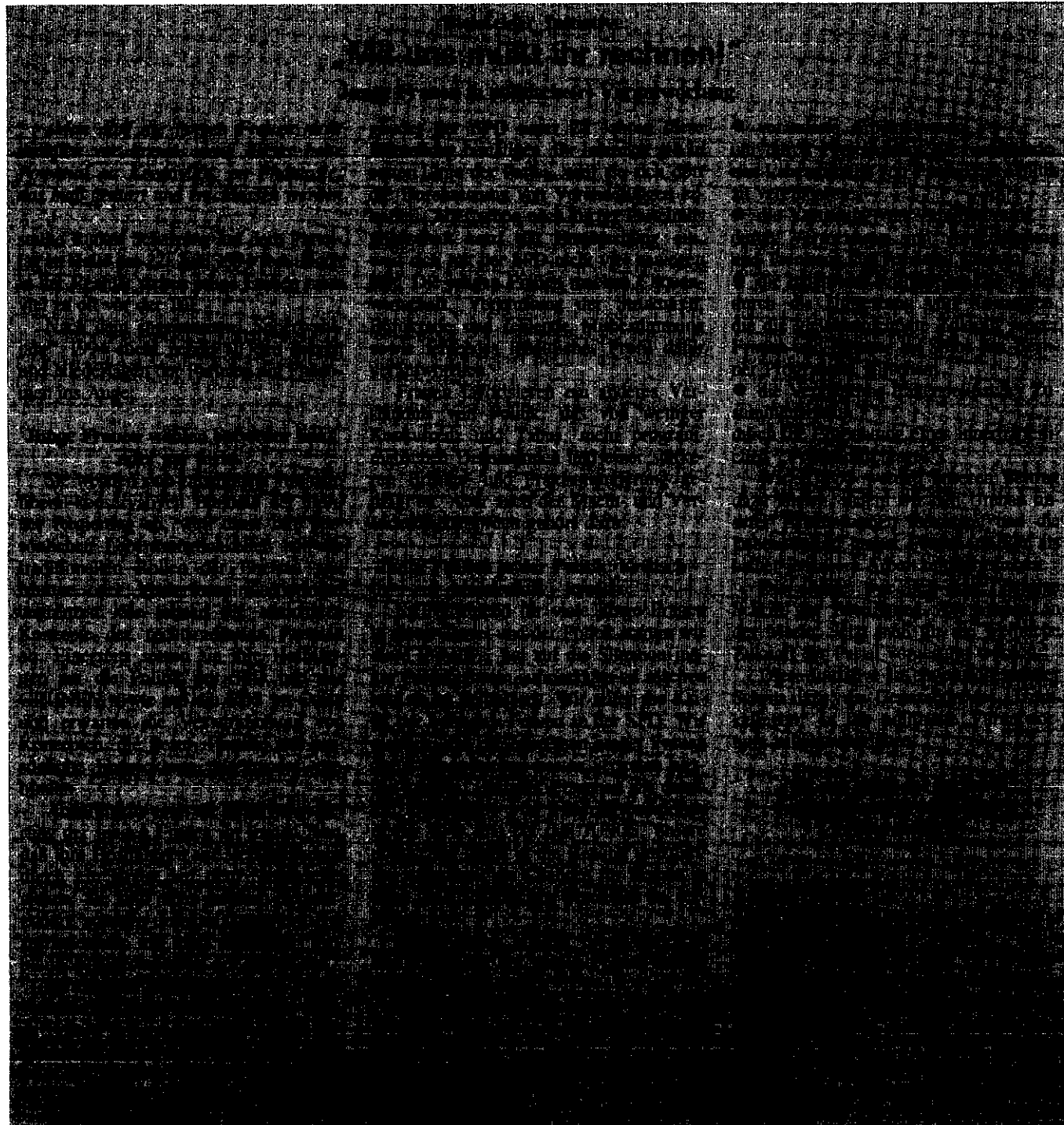
\* Stefan Schostok, Hannover, spw-Redaktion



## Jung, weiblich, links gesucht ...

von Alexandra Kramm\*

Junge Frauen wählen überdurchschnittlich linke Parteien. Zugleich ist ihre Wahlbeteiligung besonders niedrig. In politisch verantwortlichen Positionen sind sie immer noch Ausnahmen. Damit sich das endlich ändert, haben jetzt junge Frauen zwischen 18 und 32 Jahren, die selbst in führenden Positionen bei den Jusos aktiv sind, die Bielefelder Initiative gegründet. Sie wollen mit dieser Initiative erreichen, daß junge Frauen als wichtige Zielgruppe der SPD für eine erfolgreiche, linke Politik wieder erkannt werden. Darum suchen sie die Unterstützung von Frauen jeden Alters in der in der SPD, die wie sie der Meinung sind, daß Gleichstellungspolitik und Frauenförderung wieder stärker das politische Profil der SPD kennzeichnen müssen, damit die SPD eine weibliche Zukunft hat! Der Aufruftext der Bielefelder Initiative und die Unterstützungsformulare sind bei Juso-Bundesbüro, Postfach 2280, 5301 Bonn, Tel. 0228-532363 erhältlich.



## „... die alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft“<sup>1</sup>

Einführung zum Schwerpunkt „Kapitalismus“

von Ralf Krämer\*

Zivilgesellschaft, Moderne, Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme, globale Probleme - das waren zentrale Gegenstände des theoretischen und politischen Diskurses der Linken in den 90er und späten 80er Jahren. Damit wurden zugleich früher nicht selten gepflegte Vereinseitigungen und Verkürzungen sozialistischer und insbesondere marxistischer Theorie kritisiert und zurückgedrängt. Moderne bürgerliche Gesellschaften sind mehr als nur kapitalistische, viele Fragen lassen sich nicht einfach vor der Folie des Gegensatzes von Kapital und Lohnarbeit oder des (heute sowieso erledigten) Systemgegensatzes behandeln. Demokratie, Frauenemanzipation, ökologisch verträgliche und nachhaltige Entwicklung sind keine Anliegen, die dem Kampf für sozialistische Umgestaltung oder dem „Aufbau des Sozialismus“ untergeordnet werden könnten, sondern unabdingbare Elemente und Ziele sozialistischer Entwicklung. So weit, so wahr und eigentlich nur noch von wenigen Sektierern anders gesehen.

Problematisch ist aber, daß im Verlauf dieser Diskurse vielfach sozusagen spiegelbildliche Vereinseitigungen aufgetreten sind: die Vernachlässigung der grundlegenden Bedeutung der Ökonomie und ihrer Gesetzmäßigkeiten für die gesellschaftliche und globale Entwicklung. Und dabei ist festzuhalten, daß es heutzutage mehr denn je zuvor kapitali-



Köln Marienburg 1

stische Produktionsweise und ihr entsprechende Austausch- und Kreditverhältnisse sind, die die Ökonomie in den entwickelten Ländern und im Weltmaßstab bestimmen. Diese These mag Widerspruch hervorrufen und den Hinweis auf weitgehende (sozial-)staatliche und korporative Regulierungen und Umverteilungen, auf fortschreitende Verrechtlichung, Bürokratisierung (in Staat und großen Unternehmen) und Politisierung wirtschaftlicher Vorgänge. Aber dabei darf einiges nicht vergessen werden:

• Einerseits konnten die ArbeiterInnenbewegung und andere soziale und politische Kräfte von ihnen vertretene Interessen einbringen in dieses Regulierungssystem, konnten gesellschaftliche Kompromisse durchsetzen und sich in die Strukturen insbesondere der entwickelten europäischen Nationen einschreiben, „sozialistische Elemente“ in der bürgerlichen Gesellschaft verankern.

Andererseits sind diese Regulierungen nicht nur Einschränkungen, sondern in hohem Maße auch Funktionsbedingungen oder Resultate der kapitalistischen Ökonomie selbst: der Verallgemeinerung der Warenproduktion, der Polarisierung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse, der Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der sozialen Lebensbedingungen, der Auflösung traditioneller sozialer Zusammenhänge, der wachsenden Anforderungen an die Infrastruktur und an die Qualifikation und Flexibilität des Arbeitskräftepotentials, der Erfordernis der rechtsförmigen Gewährleistung immer differenzierter sozialer Verhältnisse, der wachsenden Dimension und fortschreitenden Verflechtung der Produktions- und Austauschprozesse einschließlich der daraus resultierenden sozialen Probleme und

\* Ralf Krämer, Dortmund, spw-Redaktion





# Was bleibt von Marx' Akkumulations- und Krisentheorie?

von Jan Prieue\*

## 1. Tot oder lebendig?

Zweifellos stellt die Analyse der Kapitalakkumulation, also der Vermehrung von Sach- und Geldkapital, den Kern jeglicher Kapitalismusanalyse dar. Nur wer die Dynamik der Investitionstätigkeit versteht, kennt die Entwicklungslogik dieses Systems und kann die politischen Gestaltungsmöglichkeiten und -grenzen abschätzen. Im folgenden vertrete ich den Standpunkt, daß die Marxsche Akkumulationstheorie nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, jedoch andere Theorien, die vor allem aus dem ebenfalls problembeladenen - keynesianischen Paradigma stammen, nur unter Rekurs auf wichtige Erkenntnisse der marxistischen Diskussion fruchtbar weiterentwickelt werden können. Zwischen Marx und Keynes, marxistischen und postkeynesianischen Theorien gibt es eine Fülle an Gemeinsamkeiten, aber auch eine Reihe von unüberwindbaren Gegensätzen, insbesondere hinsichtlich der Werttheorie und der Bedeutung monetärer Prozesse<sup>1</sup>. Die Werttheorie ist nicht zu halten und eine monetäre Theorie der Produktion muß entwickelt werden.

Viele Marxtöter der Theoriegeschichte haben Marx immer schon als toten Hund gesehen und längst in einem Spezialkapitel der älteren Dogmengeschichte begraben, andere Ökonomen sehen sein (ökonomisches) Werk als Steinbruch, wieder andere als gespenstischen Trümmerhaufen. Mir kommt es darauf an, Marx' Ökonomie zu entmythifizieren, ihn vom Podest des Sockelheiligen herunterzuholen und als großen Ökonomen seiner Zeit zu begreifen, der ein gewaltiges, jedoch offenes und unvollständiges Theoriegebäude hinterlassen hat, das an vielen Stellen widersprüchlich ist. Wer Marx fundamentalistisch durch wortgetreue Exegese kanonisieren will, erstarrt in Orthodoxie. Was Marx auch heute noch interessant macht, ist seine Eignung als *Katalysator* kritischer Theorien.

\* Jan Prieue, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

en über den Kapitalismus. Immer noch kann man von ihm viel lernen. Wer zuvor alten Gewißheiten verhaftet war und nun Angst vor dem postmarxistischen Vakuum hat, weil er nur theoretische Trümmer sieht, möge guten Mutes einmal in andere Richtungen schauen: Das dominierende neoklassische Paradigma der ökonomischen Theorie überlebt durch Immunisierung gegenüber der Wirklichkeit und einer Fülle an schneidender theoretischer Kritik; das zweite große theoretische Paradigma, das der (post-) keynesianischen Theorie, ist ein breites, in sich wenig homogenes Spektrum. Es gibt eben keine große ökonomische Theorie aus einem Guß, aus der heraus der Kapitalismus erklärt und begriffen werden kann.

## 2. Marx' Akkumulationstheorie

Unter Akkumulation verstand Marx die beständige Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital<sup>2</sup>. Der Antrieb für die Akkumulation sind das Streben nach Profitmaximierung sowie die Konkurrenz. Langfristig können die Profite nur gesteigert werden, wenn Kapital akkumuliert wird. Dies impliziert, daß Profitsteigerung allein auf Kosten der Löhne nur sehr begrenzt möglich ist, weil die Löhne nicht dauerhaft unter ihre Reproduktionskosten gesenkt werden können. Profitmaximierung führt zu erweiterter Akkumulation, also zur ständigen Neubildung von Kapital (über den Ersatz alten Kapitals hinaus), also - in modernen Termini - zu ständigem Wirtschaftswachstum. Wer nicht akkumuliert, verpaßt den unaufhaltsamen technischen Wandel und wird von der Konkurrenz verdrängt.

Zentral ist Marx' Theorie des technischen Fortschritts. Mit weniger Aufwand an Arbeitszeit können mehr Güter produziert werden. Da lebendige Arbeit durch Maschinen, also tote oder vergegenständlichte frühere Arbeit (konstantes Kapital c), ersetzt wird und so die Arbeitsproduktivität steigt, steigt gleichzeitig nach Marx die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ - das

Wertverhältnis von toter zu lebendiger Arbeit. Der Wert lebendiger Arbeit ist der Wert der Ware Arbeitskraft, also der Wert der zur Reproduktion der Arbeiterfamilien erforderlichen Konsumgüter (variables Kapital v). Um diese herzustellen, ist im Zuge der Produktivkraftentwicklung immer weniger gesellschaftliche Arbeitszeit erforderlich. Diese Theorie des technischen Fortschritts ist mithin eng an die Arbeitswerttheorie, damit an die Mehrwert- und Ausbeutungstheorie sowie an die Lohntheorie gekoppelt.

Die steigende organische Kapitalzusammensetzung erfordert tendenziell größere Kapitalvorschüsse der Unternehmer, sie müssen größere absolute Summen an variablem und konstantem Kapital vorschießen, um effizient produzieren zu können. Somit sind größere Kapitaleinheiten erforderlich - es entsteht eine Tendenz zum Wachstum der durchschnittlichen Kapitaleinheiten, also eine *Konzentration* des Kapitals. Diese wird auch durch die Konkurrenz forciert, weil überlegene Größe des Kapitals Vorteile gegenüber den Konkurrenten verschafft. Zugleich führt die Konkurrenz zur *Zentralisation* von Kapital, also der Zusammenlegung verschiedener Kapitalien, z.B. durch Fusionen. Konzentration und Zentralisation sind Ausdruck zunehmend vergesellschafteter Produktion und damit kapitalistischer Ausdruck des technischen Fortschritts. Letztlich führt diese Tendenz zur *Monopolisierung* und damit zur Selbstaufhebung von Konkurrenz, einem der konstituierenden Prinzipien kapitalistischer Akkumulation. Natürlich gilt diese Tendenz nur langfristig. Die inneren Widersprüche des Systems führen zwangsläufig zur Sprengung des Systems. Man sieht, welche zentrale Bedeutung Marx' Vorstellung von technischem Fortschritt und Produktivkraftentwicklung für seine Akkumulationstheorie hat.

Für Marx war das seit wohl hundert Jahren diskutierte *Gesetz vom tendenziellen Fall der durchschnittlichen Profitrate* vielleicht das zentrale Entwicklungsgesetz des Kapitalismus, zeigt es doch - wie die Monopolisierungstenden-

denz - die Entfaltung innerer Widersprüche der Kapitalakkumulation: Die ständige Akkumulation untergräbt ihre eigenen Grundlagen. Wieder wird von steigender organischer Kapitalzusammensetzung als dominanter Form der profitgeleiteten Produktivkraftentwicklung ausgegangen. Immer weniger lebendige Arbeit wird mit immer mehr toter Arbeit kombiniert. Da der Mehrwert (m) allein aus der lebendigen Arbeit resultiert, muß bei konstanter Mehrwertrate (Mehrwert/variables Kapital) aus steigendem Kapitalvorschuß (konstantes und variables Kapital) ein immer geringer werdender Mehrwert-Ertrag herauskommen. Angetreten, Profite zu maximieren, erreichen die Kapitalisten letztlich das Gegenteil: ihre Profitraten sinken (Mehrwert bezogen auf das vorgeschossene Kapital). Der Stachel der Akkumulation wird stumpf. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen lassen sich die Produktivkräfte nicht weiter entwickeln. Freilich, Marx gesteht zu, daß dieses Gesetz nur eine allgemeine Entwicklungstendenz ausdrückt, die sehr langfristig wirkt.

Indem die Kapitalakkumulation nach Marx mit steigender organischer Kapitalzusammensetzung einhergeht, nimmt der Anteil variablen Kapitals am gesamten vorgeschossenem Kapital ständig ab. Das konstante Kapital wächst also viel schneller als das variable und damit schneller als die Nachfrage nach Arbeitskräften: Eine relative Überbevölkerung, eine mehr oder minder ständige „industrielle Reservearmee“ der Arbeitslosen entsteht. Welche Rolle dabei das Bevölkerungswachstum spielt, bleibt etwas unklar. Für Marx ist die ökonomische Funktion der industriellen Reservearmee entscheidend, denn sie hat den Lohn auf niedrigem Niveau, das im großen und ganzen dem Wert der Arbeitskraft entspricht, zu halten. Wenn die Akkumulation von Kapital infolge des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate oder in zyklischen Krisen nachläßt, muß die Arbeitslosigkeit folglich stark anschwellen. Damit wird



Köln Bayenthal I

die Akkumulation von Kapital und Reichtum nach Marx von einer *Akkumulation von Elend* begleitet. Der Klassenantagonismus kommt darin zum Ausdruck, daß es mit zunehmender Akkumulation der Arbeiterklasse schlechter gehen muß. Folgt man buchstabengetreu Marx' Ausführungen im 1. Band des „Kapital“, dann muß man dieses „absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ wohl als eine Art *Verelendungstheorie* interpretieren<sup>3</sup>.

Vielfach wurde Marx' Akkumulationstheorie sowohl von Marxisten wie von „bürgerlichen“ Ökonomen als ökonomische *Zusammenbruchstheorie* verstanden. Zweifellos war Marx der Überzeugung, daß der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen zugrunde geht und der Klassenantagonismus zutiefst in der Ökonomie des Systems verwurzelt ist. Viele Äußerungen von Marx deuten darauf hin, daß er in der Tat dem kapitalistischen System keine lange Lebensdauer bescheinigen wollte. Die Idee des inhärenten *Niedergangs* des Kapitalismus, die aus seiner Entwicklungslogik folgt und mehr oder minder bruchartig zu neuen Produktionsverhältnissen führen muß, durchzieht wohl die Theorien der meisten marxistischen Ökonomen, auch wenn sich zunehmend die Auffassung verbreitet hat, daß das ökonomische System trotz allem so stabil und robust ist, daß schwere Zusammenbrüche vermeidbar sind und Veränderungen nur durch politische Kämpfe erfolgen können.

Soweit die kurze Skizze des Kernbestandes der Marxschen Akkumulationstheorie, die natürlich von den Kritikern und den Marxisten auf unterschiedlichste Weise interpretiert wurde. Was läßt sich nun heute, gut 100 Jahre nach Erscheinen des dritten Bandes des „Kapital“, mit dem Kernbestandteil der Marxschen Akkumulationstheorie anfangen?

## 3. Die Kritik an der Akkumulationstheorie

Unterstellen wir zunächst einmal die Gültigkeit der Arbeitswert- und Mehrwerttheorie und gehen von den durchschnittlichen gesellschaftlichen Werten aus. Zwar führt technischer Fortschritt in der Regel zu einer Steigerung der physischen und auch in Preisen gemessenen Kapitalausstattung je Arbeitsplatz (steigende Kapitalintensität), jedoch ist keineswegs ausgemacht, daß auch das wertmäßige Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital steigen muß. Die ständige Steigerung der Produktivität würde den in Konsumgütern der Arbeiter enthaltenen Wert senken, aber auch den in Maschinen enthaltenen Wert. Träfe Marx' werttheoretische Lohnbestimmung zu - ergänzend betonte Marx auch die Bedeutung von historischer Tradition und Macht der Arbeiter -, dann müßten die Arbeiter einen mit der Produktivität sinkenden Anteil der Wertschöpfung erhalten, denn die von

ihnen benötigten Güter, deren physischer Umfang ja nicht steigen müßte, lassen sich in immer kürzerer Arbeitszeit herstellen. Damit hängt die Mehrwerttrate eng mit der Produktivkraftentwicklung und damit der organischen Kapitalzusammensetzung zusammen, und beide Größen können gar nicht mehr unabhängig gesehen werden. Ein Anstieg der organischen Zusammensetzung müßte automatisch zu einer höheren Mehrwerttrate führen. Was schneller steigt, läßt sich theoretisch nicht eindeutig feststellen.

Hinzu kommt, daß historisch die Reallohne in den heute hochentwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften tendenziell im Tempo der Produktivität gestiegen sind. Dieser Sachverhalt ist mit der Marx'schen Werttheorie nur schwer in Einklang zu bringen; es müßte mit Gewerkschaftsmacht oder aber mit einer Wertsteigerung der Arbeitskraft durch Bildung etc. argumentiert werden. Wenn man diesem etwas krampfhaftem Weg folgt, muß die organische Zusammensetzung aber nicht unbedingt steigen. Von einer ständigen Tendenz zur Steigerung der organischen Kapitalzusammensetzung als Ausdruck des technischen Fortschritts kann jedenfalls nicht ohne weiteres ausgegangen werden. Damit muß es auch nicht zwangsläufig zum tendenziellen Fall der Profitrate kommen. So werden die zentralen Bausteine der Marx'schen Akkumulationstheorie brüchig.

In empirischen Untersuchungen wurde häufig als Indikator der organischen Zusammensetzung des Kapitals der *Kapitalkoeffizient* gewählt (Sachkapitalbestand/Sozialprodukt)<sup>4</sup>. Dieser Indikator steigt tatsächlich säkular an, aber nur sehr langsam. Damit kann der Kapitalkoeffizient kaum als Indikator des technischen Fortschritts interpretiert werden; dieser drückt sich vor allem in steigender Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität aus. Freilich hat der langfristige Anstieg des Kapitalkoeffizienten in der Tat nicht unerhebliche Auswirkungen auf die durchschnittliche Kapitalrentabilität. Empirische Untersuchungen über verschiedene Länder haben ergeben, daß es seit Mitte letzten Jahrhunderts längere Phasen mit steigender Kapitalrentabilität (meist definiert als Gewinne bezogen auf das Sachanlagevermögen) gegeben hat, ebenso wie Phasen mit sinkender Rentabilität. Die jeweilige Tendenz resultierte aus der kombinierten Zangenwirkung von Kapitalkoeffi-

zient und Profit- bzw. Lohnquote (Anteil der Profite bzw. Löhne am Volkseinkommen), die als Indikator der Mehrwerttrate meist verwendet wird. Von einer durchgängigen Tendenz sinkender Renditen kann jedenfalls keine Rede sein. Freilich beziehen sich diese Untersuchungen nur auf Preis-, nicht auf Wertgrößen.

Was Marx' „allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ angeht, so wird die Existenz von Arbeitslosigkeit als Systemmerkmal hervorgehoben, und dies ist in der Tat eine bahnbrechende Erkenntnis, deren Gültigkeit bis heute nichts eingebüßt hat. Es gibt keinen dem Marktssystem inhärenten Vollbeschäftigungsmechanismus. Es gibt kein marktautomatisches gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, das ein Gleichgewicht am Arbeitsmarkt einschließt. Lohnsenkungen infolge der industriellen Reservearmee können unter bestimmten Umständen die Renditen wieder stabilisieren und einen neuen Akkumulationszyklus unterstützen. Aber ob Vollbe-

**Marx hat ein gewaltiges, jedoch offenes und unvollständiges Theoriegebäude hinterlassen, das an vielen Stellen widersprüchlich ist.**

schäftigung erreicht wird, hängt nicht von den Löhnen, sondern von der Akkumulation ab. Allerdings ist Marx' Begründung der industriellen Reservearmee mehrdeutig. Im Kern wird sie aus der steigenden organischen Zusammensetzung abgeleitet und damit als eine Art „*technologischer Arbeitslosigkeit*“, wie sie zeitweilig auch Ricardo behauptete, begriffen; andererseits wird auf die beschäftigungssteigernde Rolle der Akkumulation verwiesen. Mit einem anderen Erklärungsstrang wird die industrielle Reservearmee als Resultat des Krisenzyklus verstanden. Daß Arbeitslosigkeit, Armut und Elend steigen müssen, wenn zyklische Krisen und langfristige Stagnation oder Akkumulationsverlangsamung einsetzen, hat Marx durchaus gesehen; nicht gesehen hat er, daß Gewerkschaften und Sozialstaat dieses Elend zu einem erheblichen Teil einschränken können. Ihm kam es mehr auf die innere Grundtendenz des Systems an.

Auf den ersten Blick scheint auch Marx' These der steigenden Konzen-

tration und Zentralisation von Kapital nichts an Aktualität eingebüßt zu haben. In der Tat nimmt die empirisch beobachtbare Unternehmenskonzentration säkular zu. Marx' Begründung durch die steigende organische Zusammensetzung ist aber nicht durchgängig haltbar. Zudem kommen entscheidende (Produkt-) Innovationen gerade von kleinen Unternehmen. Der Strukturwandel in Richtung Dienstleistungssektor begünstigt teilweise kleinere Unternehmen. In den meisten Branchen sind heute die mindestopimalen technischen Betriebsgrößen längst erreicht und weit überschritten, vielmehr treiben die Konzernunternehmen mit vielen Betrieben die Konzentration und Zentralisation nicht aus technischen Gründen voran. Die Triebkräfte der Konzentration sind einerseits die Stärkung der Finanzkraft (und damit des Potentials zum Risikoausgleich) und der Ausbau der transnationalen Expansion, andererseits die Ausnutzung von Marktmacht. Im Zuge der Herausbildung von Weltmärkten kann trotz Konzentration die Wettbewerbsintensität zunehmen. Gleichwohl - Marx hat die Grundlagen der Konzentrationsanalyse gelegt, die auch heute noch „anschlußfähig“ ist.

Die Fundamentalkritik an Marx' Akkumulationstheorie setzt an zwei anderen Stellen an.

#### 4. Die Kritik der Wert- und Mehrwerttheorie - und ihre Folgen

Marx' Akkumulationstheorie baut auf der Arbeitswerttheorie auf. Sie ist das tragende Fundament, ohne das vieles andere neu konstruiert werden muß. Sie ist das, was Marx und die Marxisten nach ihm einigt; sie ist das Markenzeichen dieser Theorierichtung. Und genau dieses Fundament ist es, das offenbar nicht zu halten ist. Jahrzehntelange Debatten, die immer noch nicht abgeschlossen sind<sup>5</sup>, haben die Grundannahmen der Arbeitswerttheorie nicht bestätigen können. Im Zentrum stand das sog. *Transformationsproblem*: die Transformation der Werte der Waren, die nach Marx auf durch schnittlicher gesellschaftlicher Arbeitszeit beruhen, in Produktionspreise, die allen Kapitalisten trotz unterschiedlicher organischer Zusammensetzung der einzelnen Kapitalien eine einheitliche Profitrate auf das vorgeschossene Kapital bei ein-

heitlicher Mehrwerttrate garantieren. Die Diskussion über das Transformationsproblem, die nach dem Erscheinen des dritten Bandes des „Kapital“ entstand und bis heute anhält, wurde sowohl von Neoklassikern als auch zunehmend von Neoricardianern gegen die Marxisten geführt. Die Debatte geriet zu einer scheinbar esoterischen Auseinandersetzung von Spezialisten, ihre Relevanz schien gar nicht richtig klar zu sein. Marx selbst hatte das Problem auch bemerkt, es aber für lösbar gehalten. Hier kann die Kritik nur ganz knapp gestreift werden, wichtiger sind die Folgewirkungen des Zusammenbruchs der Arbeitswerttheorie für die Akkumulationstheorie.

Die Transformationsdiskussion ergab, daß die Produktionspreise nicht widerspruchsfrei aus den Werten abgeleitet werden können. Der Widerspruch zwischen dem 1. Band des „Kapital“, in dem Marx den Preis der Waren aus dem individuellen Wert ableitete, und dem 3. Band, in dem er eine einheitliche Durchschnittsprofitrate durch Umverteilung des Mehrwertes begründen wollte, läßt sich nicht auflösen. Wenn eine einheitliche Profitrate existiert, müssen Branchen mit hoher organischer Kapitalzusammensetzung eine höhere Mehrwerttrate haben als Branchen mit niedrigerer Kapitalzusammensetzung. Über mehrere Jahrzehnte hinweg glaubten die Marxisten an die Korrektur des Marx'schen Verfahrens durch Bortkiewicz, die jedoch einige Inkonsistenzen hinterließ<sup>6</sup>. Nicht die individuellen Werte und Preise seien identisch, wohl aber die gesellschaftliche Wert- und Preissumme.

Erst im Anschluß an den Neoricardianer P. Sraffa wurde klar, daß die Preise nicht aus den Werten abgeleitet werden können. Sraffa, dem es eigentlich um eine Kritik der Neoklassik ging, konnte nachweisen, daß bei gegebener Technologie, bei einheitlicher Profitrate und gleichem Lohnsatz das Preissystem nicht vollständig determiniert ist, denn es weist zwei Freiheitsgrade auf - die Profitrate und den Lohnsatz. Erst wenn eine der beiden Unbekannten gegeben ist, lassen sich die Preise bestimmen<sup>7</sup>. Mithin sind die Preise der Güter verteilungsabhängig. In späteren Diskussionen wurde Sraffas Modell auf das Marx'sche Transformationsproblem angewendet, und es zeigte sich, daß die Produktionspreise ohne Rekurs auf Werte berechenbar sind. Die Profitraten können allein aufgrund der Löhne

und der technischen Bedingungen bestimmt werden, so daß den Arbeitswerten keine selbständige Relevanz zukommt. Ebenso wenig wie mit physischen Mengeneinheiten kann mit Arbeitswerten gerechnet werden. Die Werttheorie ist redundant - somit überflüssig<sup>8</sup>. Hinzu kam, daß Wert- und Preiskategorien fundamental voneinander abweichen können. Das niederschmetternde Fazit der neoricardianischen Kritik: Die Marx'sche Arbeitswerttheorie ist ein Rückschritt gegenüber Ricardo!

Auch Ökonomen wie Joan Robinson und Oskar Lange, die Marx sehr aufgeschlossen gegenüberstanden, hatten schon frühzeitig geraten, auf die Arbeitswerttheorie zu verzichten. Der Profit ist dann, wie bei Ricardo, der „Surplus“, der entsteht, wenn die Preise der Waren größer als die Kosten sind bzw. ein Teil der Produktion der Volkswirtschaft nicht als Input verwendet wird, sondern von den Kapitalisten angeeignet werden kann. Nach wie vor läßt sich behaupten, daß alle Waren letztlich auf menschliche Arbeit (abgesehen von dem Beitrag der Natur) zurückgehen. Damit wird der soziale Inhalt von Ausbeutung nicht notwendig hinfällig, aber die werttheoretische Grundlage muß durch eine preistheoretische ausgetauscht werden. Sind wir jetzt etwa wieder bei Ricardo und vielleicht auch Smith angelangt, die ja u.a. die Unmöglichkeit allgemeiner Überproduktionskrisen behaupteten?

#### 5. Die Kritik an der klassischen Neutralität des Geldes

Die entscheidende keynesianische Kritik an der klassischen Theorie von Smith und Ricardo, aber auch an der heute dominierenden Neoklassik (bis hin zum Monetarismus), besteht in dem Vorwurf der *Neutralität des Geldes*. Geld bestimmt demnach nur das Preisniveau, aber die relativen Preise und die Kapitalakkumulation werden, zumindest langfristig, allein durch produktions-theoretische Kategorien erklärt. Keynes konnte nachweisen, daß Geld in einer Geldwirtschaft so relevant ist, daß es das Produktionssystem in schwere Krisen bringen kann: Geld ist nicht einfach nur Schmiermittel der Produktion und des Austausches, Geld ist kein monetärer Schleier über der Produktion. Diese Kritik an der Klassik trifft zu ei-

nem erheblichen Teil auch Marx. Der herausgehobenen Arbeitswerttheorie korrespondiert die *vernachlässigte Geldtheorie* - sie wird zum eigentlichen Schwachpunkt der ökonomischen Theorie von Marx. Geldtheoretisch schwamm Marx weitgehend im Fahrwasser der bürgerlichen Klassik<sup>9</sup>. Die vorherrschenden klassische Quantitätstheorie des Geldes konnte er nicht überwinden, auch wenn er sie teilweise kritisierte. Eine entwickelte Zinstheorie existiert nicht. Geld, Zins, Preise sind für ihn störende Fetische, die die wahre Natur der Produktion und der Mehrwertentstehung verschleiern.

Dies macht es so schwierig, im Rahmen der Marx'schen Theorie und mit Marx' Kategorien die monetären Probleme des Kapitalismus und ihre Wechselwirkung mit realen zu analysieren. Geld, Zins, Kredit, Bankensystem, Inflation, Wechselkurse - diesen zentralen Kategorien der Ökonomie versperrt sich Marx' Akkumulationstheorie. Folglich haben auf diesen Feldern auch die nachfolgenden Marxisten wenig zustande gebracht. Andererseits hat Marx mit seiner Wertformenanalyse und der Darstellung von Geldfunktionen eigentlich glänzende Ansatzpunkte für eine monetäre Theorie der Produktion herausgearbeitet. Im Grunde hat er sich in dieser Hinsicht weit von Ricardo entfernt. Auch die Krisentheorie impliziert ständig zu treffende monetäre Erkenntnisse. Zu Recht kritisierte Marx das Saysche Theorem [nach dem jeder Verkauf zugleich ein Kauf und allgemeine Überproduktion daher unmöglich sei, Anm. der Red.], jedoch ohne auf monetäre Probleme explizit einzugehen. Hier liegt der Ansatzpunkt, wo mit Marx' Arbeitswerttheorie, seiner geldtheoretischen Befangenheit in der Klassik und mit Ricardo zugleich gebrochen werden muß.

#### 6. Marx' Krisentheorien

Marx selbst hat keine eindeutige Krisentheorie entwickelt, aber zahlreiche Ansätze, die sich jedoch nicht ohne weiteres synthetisieren lassen. Man könnte auch sein ganzes Werk als Theorie kapitalistischer Krisen auffassen, aber dies erleichtert es nicht, Marx' Auffassung zyklischer Krisen und langanhaltender Stagnationsphasen zu identifizieren. Ich beschränke mich hier auf die zyklischen Krisen. Marx geht ähnlich wie die meisten modernen Postkeynesianer von der fundamentalen Instabilität ka-



pitalistischer Entwicklung aus, die sich in regelmäßigen Zyklen vollzieht. Da er von der krisenhaften Grundtendenz des Kapitalismus, letztlich also von der Vorstellung des ökonomischen Niedergangs des Systems ausgeht, ist für ihn die Phase der Krise das entscheidende: es sind für ihn Krisen-, nicht Konjunkturzyklen. Marx ist kein makroökonomischer Gleichgewichtstheoretiker<sup>10</sup>, es gibt für ihn keine anhaltende Stabilität der Entwicklung. Simultane Gleichgewichte von Güter-, Geld- und Arbeitsmärkten sind allenfalls kurze vorübergehende Episoden. Dieser *Ungleichgewichtsansatz* unterscheidet ihn von den meisten anderen Konjunktur- und Wachstumstheorien. In seiner Krisentheorie unterstellt Marx die Gültigkeit des Wertgesetzes. Die Preise werden durch die Werte bestimmt, Preisfluktuationen sind eher oberflächliche Erscheinungen.

Ich sehe im Marxschen Werk 3 verschiedene krisentheoretische Ansätze<sup>11</sup>: *Überakkumulationstheorien*, die vom tendenziellen Fall der Profitrate ausgehen; Theorien der *Lohnfluktuation* („profit-squeeze-Theorien“, Goodwin-Zyklus); *Unterkonsumtions- und Überproduktionstheorien*, die in sich heterogen sind. Alle Ansätze heben die zentrale Bedeutung der Profitrate und ihrer Determinanten für die Kapitalakkumulation hervor. Die drei Ansätze lassen sich - in Grenzen - auch kombinieren. Generationenlang haben sich die Protagonisten der verschiedenen Theorien heftig beföhdet; eine alles integrierende Synthese entstand freilich nicht. Von der Kritik der Arbeitswerttheorie werden die Überakkumulationstheorien am heftigsten getroffen, die beiden anderen Ansätze lassen sich im Prinzip auch ohne Arbeitswerttheorie neu formulieren.

Die *Überakkumulationstheorien* gehen von einer zyklischen Durchsetzung des tendenziellen Falls der Profitrate aus. In Aufschwung und Hochkonjunktur steigt die organische Kapitalzusammensetzung, bis schließlich weniger akkumuliert wird; der untere Wendepunkt der Konjunktur kommt durch physische und monetäre Kapitalentwertung zustande, so daß ein neuer Aufschwung eingeleitet werden kann. Krisen werden aus den Widersprüchen der Produktion, nicht aus der Zirkulation oder der Realisation der Werte erklärt. Erich Preiser hat diesen Ansatz mit der Überproduktionstheorie verbunden<sup>12</sup>: Demnach wird bei abnehmender Profitrate

infolge steigender organischer Zusammensetzung im Aufschwung vermehrt akkumuliert, weil die Kapitalisten wenigstens eine hohe Profitmasse erwirtschaften wollen, was jedoch zu einem Mangel an Endnachfrage und damit zu Überproduktion führt.

Natürlich steht und fällt dieser Überakkumulationsansatz mit der Werttheorie und der Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate. Nimmt man anstelle der Wertkategorien die Preisprofitrate und den Kapitalkoeffizienten als wichtige Determinante der Kapitalrentabilität, dann lassen sich mit dieser - freilich dann wesentlich veränderten Theorie - durchaus längere Phasen starker Akkumulation und hoher Rentabilität ebenso wie längere stagnative Phasen sinnvoll untersuchen und interpretieren<sup>13</sup>, aber kaum die Zyklen.

Der zweite Ansatz basiert vor allem auf der Theorie der „industriellen Reservearmee“: Im Zuge der Hochkonjunktur steigen die Löhne, so daß die Mehrwert- und Profitrate sinkt, die Akkumulation nachläßt und die Krise ent-

**Im Zentrum künftiger Theoriebildung muß der Zusammenhang von monetärer und realer Sphäre liegen.**

steht. Erst durch sinkende Löhne in der Folge der konjunkturellen Arbeitslosigkeit kann die Profitrate wieder stabilisiert werden. Im Grunde wird hier die Akkumulation aus der Lohndynamik erklärt, während Marx wohl eher umgekehrt vorging. Zudem müßte diese Theorie nachweisen, daß die Reallohne zyklisch schwanken und damit auch eine Theorie der Güterpreisfluktuationen einbeziehen. Nur wenn man Quantitätstheoretisch ein konstantes Preisniveau aufgrund konstanter Geldmenge unterstellt, würden in der Krise die Reallohne sinken. Aber dann bewegt man sich tief in der klassischen Geldtheorie.

Die *Unterkonsumtionstheorien* behaupten ein systematisches Zurückbleiben der konsumtiven Endnachfrage, die wesentlich aus Löhnen stammt, hinter dem durch steigende Profite und dadurch induzierter Kapitalakkumulation entstehenden Angebotspotential. Die einfachen Varianten dieser Theorie können endogen Phasen kräftiger Kapitalakkumulation überhaupt nicht erklä-

ren! So erwartete beispielsweise Rosa Luxemburg die Lösung des Nachfrage mangels durch Nachfrage aus nicht-kapitalistischen Milieus im In- und vor allem im Ausland. Im Grunde geht es um die Frage, warum die Kapitalisten nicht selber denjenigen Teil des Gesamtproduktes aufkaufen, den die Arbeiter nicht konsumieren. Dies kann durch Unternehmerkonsum oder Akkumulation von Mehrwert geschehen. Es muß keine Nachfragerücke geben, wenn stark genug akkumuliert wird. Dann und nur dann entstehen die Gewinne. Erst wenn mehr gespart als investiert wird, kommt es zu Nachfragemangel, Überproduktion und Krise. Der keynesianische Ökonom Kaldor formulierte diesen Kreislaufzusammenhang so: „Die Kapitalisten verdienen, was sie ausgeben, die Arbeiter geben aus, was sie verdienen.“<sup>14</sup> Die entscheidende Frage ist, wie stark die Unternehmer im Aufschwung akkumulieren. Dies hängt im wesentlichen von der erwarteten Profitrate und der realen Nachfrage ab, die zur Auslastung der neu entstehenden Produktionskapazitäten erforderlich ist. Ein Teil dieser erwarteten Nachfrage wird durch das Akkumulationstempo selbst bestimmt. Auf lange Sicht müssen die Produktionskapazitäten und die konsumtive Endnachfrage - bei konstantem Kapitalkoeffizienten - in gleichem Tempo wachsen. Vorübergehend können jedoch die Investitionen schneller als der Konsum wachsen, freilich um den Preis einer Krise, in der die Proportionen wieder zu rechtgerückt werden.

Dieser *überproduktionstheoretische Grundmechanismus*, der hier nur sehr grob skizziert werden kann, begreift den Krisenzyklus aus dem gesamten Reproduktionsprozeß des Kapitals. Das Profitstreben und die Konkurrenz führen zur periodischen Überakkumulation von Kapital im Verhältnis zur konsumtiven Endnachfrage. Der Ansatz muß ergänzt werden durch die zyklische Bewegung der Preise und Löhne, der Inflation und der Zinsen. Er hat auch dann Bestand, wenn auf die Arbeitswerttheorie verzichtet wird. Dem Keynesischen Ansatz bzw. den postkeynesianischen Theorien kann er im Prinzip stark angenähert werden, wenn er um monetäre Aspekte ergänzt wird. Wenn die erwartete, durch Akkumulation erzielbare Profitrate gering ist, geringer als der langfristige Zins, dann kommen die Investitionen zum Stillstand. Freilich setzt diese Argumentation voraus, daß der

Zins weitgehend unabhängig von der Profitrate im monetären Sektor bestimmt wird. In dem Maße, wie dann die Kapitalisten als Gesamtheit planen zu sparen, also nicht akkumulieren oder konsumieren, sinkt das Volkseinkommen und die Krise nimmt ihren Lauf. So ergibt sich eine Interaktion von Geld- und Gütermarkt, durch die Krisen erklärbar werden.

Man mag sich freilich fragen, was an diesem Ansatz spezifisch marxistisch ist, wo doch die Werttheorie, die Theorie vom Profitratenfall und die Vorstellung von der Neutralität des Geldes fallen gelassen werden. Den Grundgedanken des Auseinanderfallens von Sparen und Investieren, durch das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte entstehen, formulierte Keynes mit seiner Kritik am Sayerschen Theorem, der klassischen Behauptung der Unmöglichkeit allgemeiner Überproduktionskrisen. Ausgefeiltere Ansätze haben Michal Kalecki, Joan Robinson und zahlreiche zeitgenössische Keynesianer vertreten. Die meisten keynesianischen Analysen verharren jedoch in statischer Gleichgewichtsanalyse und nähern sich der Neoklassik so stark an, so daß sie von dieser in Form „neoklassischer Synthesen“ bzw. als „bastard keynesianism“ (J. Robinson) vereinnahmt werden können<sup>15</sup>. Angesichts der Renaissance und der erdrückenden Dominanz der Neoklassik mangelt es an realitätsnahen postkeynesianischen Konjunktur- und Wachstumstheorien, die Marx' Erbe akzeptieren und produktiv verarbeiten.

Vor allem aber mangelt es an einer konsistenten monetären Theorie der Produktion, die monetäre und reale Aspekte der Produktion systematisch verknüpft<sup>16</sup>. Hier liegen auch die größten Schwächen der neoklassischen Theorie. Während Marx den Zins aus der Profitrate ableitete, verfährt Keynes umgekehrt. Die rein monetäre Ableitung des Zinses durch Keynes und vor allem die Monetärkeynesianer als „Liquiditätsprämie“ ist freilich schillernd und mit guten Argumenten kritisiert worden<sup>17</sup>, ohne daß Alternativen erkennbar sind. Im Zentrum künftiger Theoriebildung muß der Zusammenhang von monetärer und realer Sphäre liegen. Hier liegen die größten Schwächen der Marxschen Theorie. Marx ging es um die reale Kapitalakkumulation - den Umweg dahin über Geld, Zins und Kredit hielt er für einen Irrweg.

Daß im zukünftigen hochentwickelten Kapitalismus, der ja eine globale Geldwirtschaft geworden ist, der monetären Sphäre - insbesondere Zinsen, Überschuldung, Wechselkursen, Inflation, Spekulation an Börsen etc. - eine zunehmende Bedeutung für die Entwicklung der realen Kapitalakkumulation zukommt („Casino-Kapitalismus“), dürfte kaum strittig sein.

- Vgl. H.Scherf: Marx und Keynes, Frankfurt/M. 1988; K.G.Zinn: Marx und Keynes - Prognostische Theorien oder nur noch Dogmengeschichte?, in: A.Heise u.a. (Hg.): Marx und Keynes und die Krise der Neunziger, Marburg/Lahn 1994.
- Siehe auch den Überblick von W.Goldschmidt: Akkumulation, in: H.J.Sandkühler u.a. (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Band 1, Hamburg 1990, S. 77ff.; A.Glyn: Marxist economics, in: J.Eatwell u.a. (eds.): The New Palgrave, Vol. 3, London 1987, S. 390 ff.
- K.Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. MEW 23, Berlin 1969, S. 670ff.
- Vgl. den Überblick bei J.Priewe: Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Die krisentheoretische Debatte, Köln 1988, S. 236 f.
- Vgl. die jüngste Verteidigung der Werttheorie: F.Helmedag, Warenproduktion mittels Arbeit. Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, Marburg/Lahn 1994 (2. Auflage). Dieser Ansatz kann hier nicht berücksichtigt werden.
- Vgl. den Überblick bei P.Sweezy: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, o.O. 1942 (1958), Kap. VII.
- Vgl. K.Schabacker: Zur Aktualität Sraffas, in: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 94/1994, S. 143ff.
- Vgl. E.Feess-Dörr: Die Redundanz der Mehrwerttheorie. Ein Beitrag zur Kontroverse zwischen Marxisten und Neocardianern, Marburg/Lahn 1989; siehe auch M.Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Hamburg 1991, S. 214ff.
- Vgl. die monetär-keynesianische Marx-Kritik: M.Heise, H.Herr: Der esoterische und exoterische Charakter der Marxschen Geldtheorie - eine Kritik, in: A.Schikora, A.Fiedler, E.Hein (Hg.): Politische Ökonomie im Wandel, Marburg/Lahn 1992, S. 195ff.; siehe auch: D.Candrian: Karl Marx - Ein dialektischer Eulenspiegel in der Geldtheorie, Wiesbaden 1994.
- Gleichgewichte postuliert er nur hinsichtlich der Übereinstimmung von Produktionspreisen und Wertgrößen sowie hinsichtlich des Ausgleichs der Profitraten zwischen den Einzelkapitalen.
- J.Priewe: Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Die krisentheoretische Debatte, Köln 1988; siehe auch J.Goldberg: Ökonomische Krise, in: H.J. Sandkühler u.a. (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Band 2, Hamburg 1990, S. 877 ff.
- E.Preiser: Das Wesen der Marxschen Krisentheorie, in: derselbe: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts - Probleme und Gestalten, München 1970.
- Vgl. J.Priewe: Krisenzyklen und Stagnationstendenzen, a.a.O., S. 203ff.
- Diese Formulierung wird meist Kalecki zugeschrieben, stammt aber von Kaldor.
- Vgl. H.Hoffmann: Postkeynesianische Ökonomie - Übersicht und Orientierung, in: Postkeynesianismus: Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Kalecki und Sraffa, Marburg/Lahn 1987, S. 9ff.

- Einen radikalen „monetärkeynesianischen“ Ansatz offeriert H.Riese, der jedoch zu Skepsis reichlich Anlaß bietet. Vgl. H.Riese: Aspekte eines monetären Keynesianismus - Kritik und Gegenentwurf, in: Postkeynesianismus Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Kalecki und Sraffa, Marburg/Lahn 1987, S. 189ff.
- Siehe u.a. M.Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 231ff.

**ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.**  
 Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

isw-wirtschaftsinfo extra Nr. 20  
 Neu bei ISW  
**Lohn, Preis, Profit '95**  
 oder gibt es auch noch die Löhne?

**MEDIENMULTIS + MULTIMEDIA**  
 in & Fakten Situation und Tarifrunde

ISW REPORT NR. 22  
 sozial-ökologische Wirtschaftsforschung Marburg e.V.

Analysen des isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

**isw-report**  
 (erscheint vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo) DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

**Energie - Müll - Verkehr**  
 (Nr. 18, Januar 1994)

**Alternativen zum Neoliberalismus**  
 (Nr. 19, April 1994)

**Sackgasse Neoliberalismus**  
 (Nr. 20, August 1994)

**Markt, Umweltschutz, Energiesteuer**  
 (Nr. 21, Oktober 1994)

**MedienMultis + Multimedia**  
 (Nr. 22, Januar 1995)

**isw-spezial**  
**Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit**  
 (Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Versand

**isw-wirtschaftsinfo extra**  
**Standort D (2. überarbeitete Auflage)**  
 (Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Versand  
**Lohn, Preis, Profit '95**  
 Argumente & Fakten zur Tarifrunde  
 (Nr. 20, Januar 1995) 4,- + Versand

Bestellungen, Prospekte, Infos bei isw e.V.,  
 Georg-Wopfinger-Str. 46, 80939 München,  
 Tel. 089-323 17 80, Fax: 168 94 15  
 Konto Sparda Bank München  
 Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 790 905 00)

# Durch Standortsicherung zur Weltwirtschaftskrise

von Hartmut Elsenhans\*

## Standortdebatte und die Normalität von Aufholprozessen rückständiger Wirtschaften

Derzeit läuft in der Bundesrepublik eine Standortdebatte. Bis weit in die politische Opposition hinein wird befürchtet, die deutsche Wirtschaft könne zusammen mit ihren Partnern in der Europäischen Union den Anschluß bei den Zukunftstechnologien verlieren. Für die hohe Arbeitslosigkeit werden allgemein zu hohe Löhne und Inflexibilität verantwortlich gemacht. Der Sozialstaat müsse deshalb umgebaut werden.

Ein Teil der Befürchtungen über den Verlust von Wettbewerbsvorsprüngen ist allein deshalb unbegründet, weil es im Wesen einer kapitalistischen Weltwirtschaft liegt, daß rückständige Wirtschaften (= RW) durch „Lernen“ gegenüber technologisch führenden Wirtschaften (= FW) aufholen. Wie im Fall der deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 50er und 60er Jahren erfolgen in solchen Phasen Direktinvestitionen aus dem Ausland nur in die RW. Wer also im Verlust der Attraktivität des Standorts Bundesrepublik für Direktinvestitionen schon den Anfang von Dekadenz sieht, will sich einer unaufhaltsamen und natürlichen, dem Kapitalismus gut anstehenden Entwicklung entgegenstemmen. Weil der Wohlstand eines Landes nicht auf ungleichem Tausch im Welthandel, sondern seiner Produktivität beruht, führt das Aufholen von Handelspartnern nicht zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Bevölkerung. Verantwortliche FW folgen deshalb dem Beispiel der Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit, die bereit waren, Westeuropa und Japan aufholen zu lassen und dabei ihren Wettbewerbsvorsprung im Interesse der Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft aufgaben. Das Verhalten der deutschen „Eliten“ unterscheidet

\* Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig

et sich von den amerikanischen dadurch, daß sie schon zu einem Zeitpunkt, wo Deutschland noch Handelsbilanzüberschüsse großen Ausmaßes erzielt, die Gefahr des Niedergangs an die Wand malen. Dieser deutsche Hang zu Übertreibung und Unsicherheit läßt es übrigens geraten scheinen, sich im wohlverstandenen Interesse der Menschen in Deutschland gegen jede Vergrößerung der weltpolitischen Verantwortung dieser „Elite“ zu wenden.

Allerdings gibt es bei solchen Aufholprozessen widersprüchliche und für FW gefährliche Entwicklungen, die Aufmerksamkeit verdienen. So kann es Konstellationen in der Weltwirtschaft geben, in denen die FW nicht in der Lage sind, ohne Eingriffe in den Marktmechanismus auf weltwirtschaftlicher Ebene den Ausgleich zwischen Weltproduktions- und Weltkonsumtionskapazität herzustellen. Ebenso ist es durchaus möglich, daß beim Aufholen von RW die „Hierarchie“ der internationalen Arbeitsteilung verändert wird, von der sich die FW erwarten, daß sie, trotz Aufholens der RW, laufend bei den für zukünftiges Wachstum entscheidenden Produkten und Technologien wettbewerbsfähig bleiben.

Es soll gezeigt werden, daß die Lösung dabei aber nicht ein Abbau des Sozialstaates oder der Reallöhne sein kann, sondern umfassendere Konzepte notwendig sind.

## Kapitalistisches Wachstum erfordert Lohnsteigerungen

2. Damit kapitalistische Akkumulation dauerhaft fortschreiten kann, sind steigende Reallöhne<sup>1</sup> erforderlich. Kapitalistische Unternehmen werden nur dann Nettoinvestitionen vornehmen, wenn sie mit wachsenden Absatzmärkten rechnen können. Seit der Kritik an Rosa Luxemburg wird gegen dieses Argument eingewandt, daß die kapitalistischen Unternehmer die zusätzlich verfügbare Produktion eben für Investitionen nutzen und dadurch den Markt erweitern. Es läßt sich aber zeigen, daß

bei konstanter Beschäftigung, konstanten Reallöhnen und steigender Arbeitsproduktivität die Rate der Kapitalakkumulation über der Rate der Steigerung des Volkseinkommens liegen muß. Die Folge ist eine Senkung der Kapitalproduktivität<sup>2</sup> und daraus resultierend ein Fall der Profitrate. Dabei handelt es sich hier nicht um die von Marx analysierte, dem Kapitalismus seiner Meinung nach innewohnende *Tendenz des Falls der Profitrate*, sondern um eine Wachstumsfalle, die bei unzureichender Steigerung der Reallöhne und dadurch ausgelöster *beschleunigter Akkumulation* auftritt. Solche Bedingungen kann die kapitalistische Marktwirtschaft nur kurz-, allenfalls mittelfristig, vertragen.

Für dauerhaftes kapitalistisches Wachstum sind deshalb produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen entscheidend. Im Gegensatz zur Annahme der vorherrschenden neoklassischen ökonomischen Theorie sichern die Arbeitsmärkte solche produktivitätsorientierten Lohnsteigerungen nur im Ausnahmefall der Vollbeschäftigung. Dies erklärt die Bedeutung der Arbeiterbewegung für das Funktionieren des Kapitalismus. Dieser braucht zwar Reallohnsteigerungen. Die Unternehmen, die wegen der Konkurrenz nur das Ziel der Kostensenkung wahrnehmen können, sind aber nicht in der Lage, dieses Interesse an der Aufrechterhaltung der Funktionsbedingung des Kapitalismus zu artikulieren. Ihnen dieses vorzuwerfen ist deshalb sinnlos, weil anderes Verhalten die Abschaffung der Konkurrenz zwischen ihnen voraussetzte: mit dann unkalkulierbaren Gefahren des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht.

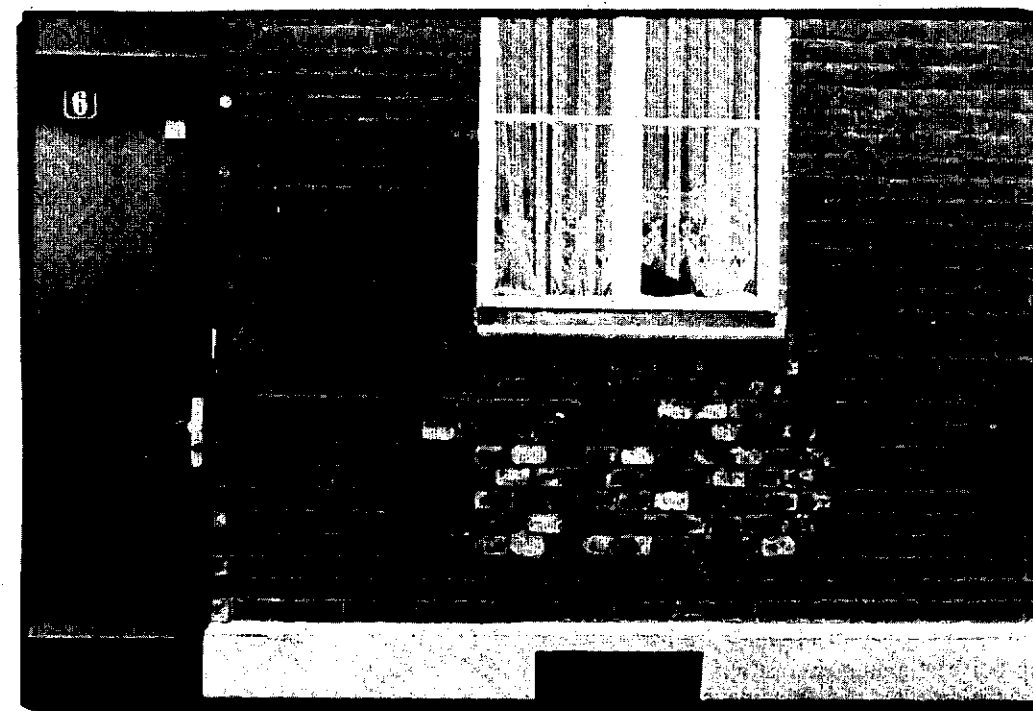
## Lohn- und Produktivitätsentwicklung bei internationaler Verflechtung

3. Produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen folgen der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung der Gesamtwirtschaft. Produktionszweige mit überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung und wachsendem Absatz werben Arbeit aus anderen Produktiv-

zweigen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen ab, wenn sie bereit sind, eine über dem Durchschnittslohnsatz zu bezahlen. Während Unternehmen in Branchen mit überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen ihre Produktion steigern und die Preise senken können, müssen Branchen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen ihre Produktion verringern und versuchen, die durch Lohndruck steigenden Stückkosten über höhere Preise am Markt zu finanzieren. Das Verhältnis der Preise zwischen Gütern aus Produktionszweigen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen und Gütern aus Produktionszweigen mit überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen verändert sich. Der relative Fall der Preise für Personal Computer gibt derzeit ein anschauliches Beispiel.

Da der relative Außenwert der Währung aber von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne abhängt, verteuern sich so die Produkte der Branchen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen auch auf dem Weltmarkt. Dadurch werden relativ rückständige Wirtschaftsgebiete, in denen die Reallöhne in der Produktion dieser Waren nicht oder weniger stark steigen, bei der Herstellung dieser Güter wettbewerbsfähig, selbst wenn die Arbeitsproduktivität in physischen Größen (Produktionsmenge dividiert durch Faktoreinsatz) in den FW höher ist. Solche Produktionszweige werden deshalb in diese „Niedriglohngelände“ ausgelagert und tragen dort zum Wirtschaftswachstum bei.

Werden Produktionszweige mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen in Niedriglohngelände ausgelagert, nimmt der Anteil der Produktionszweige mit bisher überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung an der in den FW verbleibenden Produktion zu. Die Folge ist, daß das



Köln Bayenthal 2

durchschnittliche Produktivitätswachstum zunimmt und weitere Produktionszweige unter das durchschnittliche Produktivitätswachstum fallen. Gelingt es den Gewerkschaften, produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen durchzusetzen, wie sie für dauerhaftes Wachstum und Vollbeschäftigung notwendig sind, können auch diese Branchen ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren, sofern ihre Technologie mit geringen Kosten in Niedriglohngelände transferierbar ist.

Die Produktion solcher Güter in RW kann aufgenommen werden, sobald die Produktionskosten unter denen in den bisherigen Produktionsgebieten liegen. Da im Regelfall die Aufnahme der Produktion eines Gutes mit hohen Anlaufkosten verbunden ist, dann aber die Produktivität steigen kann, werden in der Folge normalerweise rasch sinkende Produktionskosten durch bessere Beherrschung der angewandten Technologie erzielt werden, insbesondere wenn diese Güter durch ausländische Unternehmen hergestellt werden. Die nunmehr von den FW importierten Güter werden sich also verbilligen, solange die Löhne in den RW, in denen sie jetzt hergestellt werden, nicht entsprechend der in diesen Branchen erzielten Produktivitätssteigerungen erhöht werden. Das wird aber nicht der Fall sein, solange die meisten anderen Wirtschaftszweige weiterhin sehr unproduktiv sind und zugleich Überfluß an Arbeitskräften herrscht.

Diese Verbilligung der in Niedriglohngeländen hergestellten Güter hat zwei Konsequenzen: Erstens führt sie zu einer Verbesserung der Terms-of-Trade für die FW: die von den FW importierten Waren verbilligen sich relativ zu den ihnen exportierten Waren. Dies hat eine weitere Steigerung der Realeinkommen in den FW zur Folge. Auf der anderen Seite erzielen die RW mit der Produktion der ausgelagerten Güter geringere Einkommen als früher die FW mit der Produktion der gleichen Güter. Nach Auslagerung ist der Beitrag des ausgelagerten Sektors zur Weltnachfrage geringer als vor Auslagerung. Es entsteht eine Nachfragerücklage, deren Ausgleich durch verstärkte Nachfrage aus den FW dort noch weiter über das Produktivitätswachstum hinausgehende Reallohnsteigerungen erforderte<sup>3</sup>.

## Unterschiedliche Entwicklungsvarianten rückständiger Wirtschaften

4. Nur in dem Fall, daß die RW in der Lage sind, Exportchancen insgesamt zur Modernisierung ihrer Produktion zu nutzen, kann eine Tendenz zum Ausgleich der Produktivitätsniveaus zwischen den beiden beteiligten Wirtschaftsgebieten dominant werden und sich durchsetzen. Die neuen Export-



möglichkeiten führen zu vermehrter Nachfrage nach Arbeitskräften, wobei die Exportunternehmen entsprechend der steigenden Produktivität bereit sind, höhere Löhne zu bezahlen, wenn Arbeitskräfte knapp werden. Der Lohnkostendruck führt auch zu Innovationen in den übrigen Produktionszweigen. Die Bedingung ist, daß die Wirtschaft, in die ausgelagert wird, durch eine relativ diversifizierte Produktion und hohe Lernfähigkeit gekennzeichnet ist. Diesem günstigen Fall entspricht das westdeutsche Wirtschaftswachstum der 50er und 60er Jahre auf der Grundlage im weltwirtschaftlichen Vergleich niedriger Reallöhne (unterbewertete Währung).

Die Länder der Dritten Welt, die heute aufgrund von Reallohnsteigerungen in den FW zunehmend wettbewerbsfähig bei bestimmten Industrieprodukten werden, erfüllen diese Bedingungen der bis in die 70er Jahre bekannten Fälle der

**Das Standortproblem tritt hervor, weil eine nur nationale Umverteilung von Produktivitätszuwächsen nicht mehr möglich ist und in den Ländern der Dritten Welt die Voraussetzungen für dauerhaftes kapitalistisches Wachstum fehlen.**

aufholenden Industrialisierung im Westen nicht. Der Anteil der Landwirtschaft an der Produktion ist noch hoch. Hier ist die Durchschnittsproduktivität niedrig. Dringen kapitalistische Produktionsverhältnisse in solche Landwirtschaften ein, werden alle Arbeitskräfte freigesetzt, deren zusätzlicher Produktionsbeitrag unter den Kosten liegt, die für ihre Lebenshaltung aufgewendet werden müssen<sup>4</sup>. Man spricht dann von struktureller Arbeitslosigkeit. Die Folge sind sehr niedrige Reallöhne, auch in den Exportsektoren, insbesondere wenn hier der Anteil der politisch angreifbaren multinationalen Unternehmen gering sein sollte. Ohne innere Massenmärkte gibt es wenig Anreize, lokale Technologien zur Steigerung der Produktivität bei der lokalen Produktion von Massenkonsumgütern zu entwickeln, wäh-

rend die Exportsektoren im Regelfall nur durch Einsatz importierter Technologien wettbewerbsfähig sind. Es gäbe hier eine Tendenz zur Vollbeschäftigung und dann zu Reallohnsteigerungen nur dann, wenn die FW in der Lage wären, durch zusätzliche Importe allen in der Landwirtschaft überflüssigen Arbeitskräften der RW Arbeitsplätze in der Exportproduktion zu verschaffen. Dies ist angesichts des Umfangs von Armut in der Dritten Welt recht unwahrscheinlich.<sup>5</sup>

### Umverteilung der Produktivitätsfortschritte abhängig von Wanderungsbewegungen

5. Unter diesen Bedingungen ist eine Vergrößerung der Lohnkostenvorteile der RW bei ausgelagerten oder auslagerbaren Produktionen auch dann nicht zu verhindern, wenn in den FW auf produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen verzichtet wird. Die Steigerung der Reallöhne ist zwar Folge des Kampfes der Arbeiterbewegung, hat ihre Grundlage jedoch in Steigerungen der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität, auf deren Grundlage die Unternehmer in den Industrieländern bereit sind, höhere Löhne auch für Arbeit zu bezahlen, deren Produktivität nur wenig gestiegen ist, weil diese Arbeit sonst knapp wird. Erst wenn die Industrieländer die Beschränkung der Zuwanderung aufheben, würde der Mechanismus der Umverteilung der Produktivitätszuwächse aus den beim Produktivitätswachstum führenden Produktionszweigen auf die gesamten Arbeitskräfte nicht im Rahmen der nationalen Wirtschaft, sondern auf Weltebene erfolgen, weil die in den Niedriglohnländern überflüssigen Arbeitskräfte in FW abwandern könnten und dann auch in den RW Arbeit knapp und daher teurer werden könnten.

Wird dagegen nur in den FW Arbeit knapp, bleibt diese Umverteilung unter bestimmten Voraussetzungen auf die FW beschränkt. Das Standortproblem dringt heute ins Bewußtsein, weil die Voraussetzungen für eine nur nationale Umverteilung von Produktivitätszuwächsen in technisch führenden Branchen verschwinden und dabei sichtbar wird, daß in den nunmehr verstärkt in die Weltwirtschaft eingegliederten Ländern der Dritten Welt die Voraus-

setzungen für dauerhaftes kapitalistisches Wachstum (nämlich steigende Masseneinkommen und eine Ausrichtung von Produktionsapparaten und technischem Fortschritt am Ziel der Befriedigung von Massenbedürfnissen) fehlen.

### Verzicht auf Reallohnsteigerungen führt in Sackgasse

6. Selbst der Versuch, trotz steigender Produktivität in den FW einen Verzicht auf Reallohnsteigerungen durchzusetzen und so das Verhältnis bei den Arbeitskostenniveaus zwischen den FW und den RW stabil zu halten, würde durch längerfristig unvermeidliche Ausgleichsbewegungen auf dem Weltmarkt vereitelt. Denn dann müßten die Preise für die bei Produktivitätswachstum in den FW starken Produktionszweige im Verhältnis zu den Realeinkommen und den Preisen der Exportgüter der RW sinken. In der Folge träten vermehrte Importe dieser Güter durch die RW auf, deren Exporte nicht zunähmen. Handelsbilanzdefizite führten dann zur Knappheit an Devisen der RW. Ihre Währung verlor an Wert. Ihre Abwertung würde die den unterschiedlichen Produktivitäten bei den handelbaren Gütern entsprechende Relation der Währungen und damit auch der Reallöhne erzwingen.

Im Fall der Bundesrepublik Deutschland hat dieser Versuch, über gegenüber den durchschnittlichen Produktivitätssteigerungen geringere Reallohnsteigerungen Wettbewerbsfähigkeit für Produktionszweige mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen zu sichern, in den letzten 10 Jahren nur zu einer internen Umverteilung geführt, nicht zu einer höheren internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Lohnzurückhaltung wurde durch Aufwertung der DM kompensiert.<sup>6</sup> Ähnlich hat Japan inzwischen Aufwertungen seiner Währung hinnehmen müssen. Durch solche Aufwertungen steigt zwar auch die inländische Nachfrage der betreffenden FW, diese richtet sich aber verstärkt auf die billiger werdenden Importe, weniger auf lokal produzierte Produkte.

### „dutch disease“ aufgrund produktiver Rohstoffsektoren

7. Veränderungen des relativer Werts verschiedener Währungen zu-

einander werden in der Regel dann keine dauerhafte Auswirkung auf die Beschäftigung haben, wenn die Veränderungen der relativen Produktivität zwischen den beteiligten Währungsgebieten in den verschiedenen Produktionszweigen ungefähr gleichmäßig verlaufen. Jede Wirtschaft liegt in allen Produktionszweigen ungefähr gleich weit zurück (oder vorn). Wegen des Schneeballeffekts von Innovationen und der Ausrichtung der Wirtschaften darauf, auch inländisch technischen Fortschritt hervorzubringen, kann eine solche Verteilung der Produktivitätsunterschiede für die Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern als wahrscheinlich gelten.<sup>7</sup>

Das Auftreten von Rohstoffunden in den Niederlanden und Norwegen hat jedoch gezeigt, daß Produktionszweige mit einer hier wegen der Geologie im Vergleich zu anderen Industrieländern sehr hohen (und im Verhältnis zu den übrigen Produktionszweigen dieser Länder sehr viel höheren) Produktivität sogenannte „dutch disease“ („holländische Krankheit“) verursachen. Damit bezeichnet man den Verlust von Arbeitsplätzen und Konkurrenzfähigkeit aufgrund der hohen Exporterlöse aus einem hochproduktiven Exportsektor, weil der dadurch verursachte Anstieg des Wechselkurses und der Reallöhne und der Kosten der nichthandelbaren Güter zur Folge hat, daß viele andere Produktionszweige (export- und binnenmarktorientierte) ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren.<sup>8</sup>

Bisher beruhte im Verhältnis zwischen FW und technologisch rückständigen Entwicklungsländern der Produktivitätsvorsprung auch auf der Anwendung von Maschinen. Die in den FW entwickelte Technologie konnte nur in einem „günstigen“ ökonomisch-gesellschaftlichen Umfeld, also im wesentlichen in den FW selbst, betrieben werden. Der durchschnittliche Produktivitätsvorsprung der FW beruhte auf einer Vielzahl relativ ähnlicher Produktivitätsvorsprünge bei einer breiten Palette von Produktionszweigen der verarbeitenden Industrie, für die in den Industrieländern bei wachsenden Reallöhnen zudem die Nachfrage rasch stieg. Die steigenden Reallöhne wurden weitgehend für Produkte ausgegeben, die in den Industrieländern selbst hergestellt wurden.

Demgegenüber blieb die Produktivitätsentwicklung in der Primärgüterpro-

duktion, teilweise bei Nahrungsmitteln, v.a. aber bei mineralischen Rohstoffen, in immer größerem Maße zurück. Die Wirtschaften der Dritten Welt wurden also auf Rohstoffe spezialisiert. Wegen der Abnahme des Anteils der Nachfrage nach Primärprodukten bei steigenden Realeinkommen und wegen der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz zur Materialersparnis wuchs aber die Nachfrage nach diesen Rohstoffen langsamer als die Einkommen in den Industrieländern. Dennoch hatten die Entwicklungsländer zunächst zu hohe Erlöse für ihre Rohstoffe, um bei verarbeiteten Produkten gegenüber den immer produktiver produzierenden FW wettbewerbsfähig zu bleiben oder zu werden. Die mit Begriffen wie Entindustrialisierung oder ungleiche Spezialisierung gekennzeichneten Prozesse der Unterentwicklung der Dritten Welt im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind nur Ausdruck solcher „dutch disease“.

### „dutch disease“ aufgrund produktiver Industrie-sektoren

Die heutigen Bedingungen sind gegenüber dieser historischen Situation verändert. Viele Technologien ist mobil geworden und können in einer Vielzahl von auch relativ rückständigen Ländern unabhängig vom ökonomisch-gesellschaftlichen Umfeld mit im Verhältnis zu den entwickelten Herkunftsländern gleicher oder (wegen längerer und flexiblerer Arbeitszeiten) höherer Produktivität angewandt werden. Die Vorsprünge der FW beschränken sich zunehmend auf den kleinen hochproduktiven Sektor, in dem die Ausrüstungsgüter (Maschinen, Anlagen etc.) und einige wenige hochtechnologische Konsumgüter hergestellt werden. Sie erleiden „dutch disease“ wegen der Konzentration ihrer Produktivitätsvorsprünge auf eine kleine Zahl von Produktionszweigen, deren Produktionsbedingungen nicht so einfach auf andere Länder übertragbar sind (etwa besonders hoch entwickelte Infrastruktur oder Qualifikation der Arbeitskräfte).

Für diese Produktionssektoren ist das Wachstum der Nachfrage beschränkt: Für die Ausrüstungsgüter hängt die Nachfrage letztlich vom Wachstum der Nachfrage für damit produzierte Verbrauchsgüter ab, für die hochtechnologischen Konsumgüter



### Sigrid Jacobeit/ Wolfgang Jacobeit Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945

1994 - 423 S.  
DM 98,00 - ÖS 764 - SFR 100,00  
ISBN 3-929586-38-X



### Heiner Busch Grenzenlose Polizei?

Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa  
1995 - ca. 350 S.  
ca. DM 39,80 - ÖS 311 - SFR 41,00  
ISBN 3-929586-46-0

### Bettina Höfling-Semnar Flucht und deutsche Asylpolitik

Von der Krise des Asylrechts zur Perfektionierung der Zugangsverhinderung  
1995 - ca. 280 S.  
ca. DM 39,80 - ÖS 311 - SFR 41,00  
ISBN 3-929586-45-2

### WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26 · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80

vom Wachstum der Einkommen der im Weltmaßstab relativ besser gestellten Einkommenschichten einschließlich der Arbeitnehmer in den Industrieländern. Eine Veränderung der Verhältnisse zu Lasten der Löhne wird unter diesen Bedingungen in einer Verringerung der Nachfrage nach Produkten der FW zurückschlagen. Die Nachfrage aus den RW kann nur dann entsprechend dem Wachstum ihrer Exportmengen steigen, wenn dort entweder auch Masseneinkommen und Produktivität in der Lohngüterproduktion steigen oder über Exportsteuern auf preisunelastische Produkte erhöhte Staatsausgaben finanziert werden.

### Nachfrage- und Entwicklungsblockade

Es ergibt sich also ein Dilemma: Je „reicher“ die FW werden, desto mehr hängen Produktion und Beschäftigung von der Erhöhung der Nachfrage nach ihren eigenen Konsumgütern aus Einkommen aus den FW selbst ab. Andererseits steigt durch wachsende Arbeitseinkommen oder wachsenden Luxuskonsum der Privilegierten in den FW, dessen Kosten auch auf die Produktionspreise geschlagen werden müssen, die Wettbewerbsfähigkeit der unterentwickelten Welt. Die Arbeiterbewegung in den FW kann dann weder durch Lohnbegrenzung noch durch Lohnerhöhungen zur Überwindung des Nachfragedilemmas beitragen. Den Arbeitskräften in der unterentwickelten Welt steht bis zur Errichtung von leistungsfähigen Produktionsapparaten für eine wachsende Befriedigung von Massenbedürfnissen nur die Option der Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch niedrige Löhne offen, wodurch sie aber eine Tendenz zu verstärktem Auseinanderklaffen zwischen Produktions- und Konsumtionskapazität im Weltmaßstab auslösen.

Lohnzurückhaltung wurde durch Aufwertung kompensiert und hat nur zu einer internen Umverteilung geführt, nicht zu einer höheren internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

reerseits steigt durch wachsende Arbeitseinkommen oder wachsenden Luxuskonsum der Privilegierten in den FW, dessen Kosten auch auf die Produktionspreise geschlagen werden müssen, die Wettbewerbsfähigkeit der unterentwickelten Welt. Die Arbeiterbewegung in den FW kann dann weder durch Lohnbegrenzung noch durch Lohnerhöhungen zur Überwindung des Nachfragedilemmas beitragen. Den Arbeitskräften in der unterentwickelten Welt steht bis zur Errichtung von leistungsfähigen Produktionsapparaten für eine wachsende Befriedigung von Massenbedürfnissen nur die Option der Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch niedrige Löhne offen, wodurch sie aber eine Tendenz zu verstärktem Auseinanderklaffen zwischen Produktions- und Konsumtionskapazität im Weltmaßstab auslösen.

Hier ist die Grundlage für eine staatsinterventionistische Entwicklungspolitik in der unterentwickelten Welt zu sehen, die durch Kombination von Markt- und Nicht-Marktkonomie den „Süden“ für die Weltwirtschaft integrationsfähig machen könnte. Die mit einer solchen Politik verbundene Gefahr der Vergeudung von Ressourcen durch eine sich selbst privilegierende Staatsklasse habe ich mehrfach analysiert.<sup>9</sup>

### Spezialisierung stößt an Grenzen

8. Keine der Regierungen der FW setzt heute auf die Überwindung von Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung im Süden, obwohl dies für die Aufrechterhaltung einer offenen Weltwirtschaft vorrangig wäre. Die nach der Ölpreiskrise von 1973 denkbare Einigung über den Transfer finanzieller Ressourcen der FW gegen Reformbereitschaft im Süden ist heute politisch schwieriger geworden. Die „Eliten“ des Südens wandeln sich: weg von dem Entwicklungsziel verpflichteten Staatsklassen mit westlicher Ausrichtung, hin zu neuen Staatsklassen, die ihre Herrschaft durch Appell an traditionelle Werte (z.B. Religion) absichern.<sup>10</sup>

Der Norden verlegt sich vor diesem Hintergrund auf die Option, durch Spezialisierung der eigenen Wirtschaft auf die geringe Palette von Produkten, bei denen auch in Zukunft höhere Arbeitskosten als im Süden bezahlt werden können, die Beschäftigung hoch zu halten. Flexibilität und Lohnkostenbegrenzungen werden in diesem Zusammenhang gefordert, um die Beschäftigung durch besonders raschen Strukturwandel zu erhöhen. Dem Beispiel Japans zu folgen, bedeutet nach dieser Ansicht, durch im Vergleich zu anderen Industrieländern niedrige Arbeitskosten wachsende Anteile an den auch in der Zukunft vor Konkurrenz aus den RW sicheren Märkten für hochtechnologische Produkte zu erobern.

Solchen Versuchen sind enge Grenzen gesetzt. Wiederum ist davon auszugehen, daß die relativen Kosten für Arbeit in den einzelnen Industrieländern nicht von den realen Lohnsteigerungen in nationaler Währung abhängen, sondern von der Entwicklung der Währungsparitäten. Die japanische Exportoffensive beruhte lange Zeit nicht auf einer im Vergleich zu den USA höhe-

ren physischen Produktivität Japans bei hochtechnologischen Gütern.<sup>11</sup> Japan lag auch bei diesen Gütern zunächst hinter den USA zurück, allerdings relativ weniger als bei anderen Gütern, die für die Entwicklung der Handelsbilanz und der Währungsverhältnisse gegenüber den USA zunächst ausschlaggebend waren. Weil Japan bei solchen (relativ traditionellen) Gütern weniger als die USA „verdiente“, mußte und konnte sich Japan trotz noch bestehender technischer Rückständigkeit auf die neuen Produkte spezialisieren.

Ricardo hat Anfang des 19. Jahrhunderts diesen Zusammenhang im Gesetz der komparativen Kostenvorteile formuliert. Vorausgesetzt, Deutschland habe gegenüber einem ostasiatischen Land einen hohen Vorsprung bei traditionellen Maschinen und einen kleinen Vorsprung bei der neu entwickelten Technologie der mikroelektronischen Produkte, bei der die in bisherigen Fertigungsverfahren von deutschen Arbeitskräften erworbenen Produktivitätsvorsprünge keinen Beitrag zu höherer Produktivität leisten. Dann muß sich bei freiem Handel Deutschland auf die traditionellen Maschinen spezialisieren, selbst wenn die Arbeitsproduktivität bei den mikroelektronischen Produkten in Deutschland zunächst (aber dann wegen fehlender Produktionsexpansion nicht mehr) noch höher als in dem ostasiatischen Land sein sollte. Jede Lohnzurückhaltung würde durch Aufwertung der D-Mark kompensiert. Deutschland gerät unter dieser Voraussetzung in die oben dargestellte Situation der „dutch disease“: die guten Exporterlöse durch traditionelle Maschinen führen zu Wettbewerbsproblemen in anderen Branchen und blockieren die wirtschaftliche Diversifizierung.

### Lohnbeschränkung verstärkt Krisentendenzen

9. Nach der Theorie des Produktzyklus<sup>12</sup> werden Innovationen unabhängig vom Ort, wo sie entdeckt werden, zunächst in den FW eingesetzt, weil hier technologieintensive und damit arbeitssparende Verfahren am frühesten wegen des Lohnkostendrucks und der schon erworbenen Qualifikation der Arbeitskräfte kostengünstiger werden als in RW. Sind aber für die jeweils neuesten Technologien die bisher bei führenden Technologien erworbenen Qualifikationen der Arbeitskräfte wenig bedeutsam,

können Wirtschaften, die bei der durchschnittlichen Produktivität und damit beim internationalen Preis der Arbeitskräfte zurückliegen, aufholen. Dies gilt heute für Ost- und Südostasien bei der Mikroelektronik. Diese Region überholt heute Westeuropa nach dem gleichen Mechanismus, wie Deutschland bei geringerer Durchschnittsproduktivität Ende des 19. Jahrhunderts Großbritannien bei elektrischen und chemischen Produkten überholte.

Gegen diesen Mechanismus kann nur eine staatliche Besteuerung der traditionellen Exportgüter der FW und die Subventionierung neuer Produktionszweige wirken, also eine tatsächlich auf Zukunftstechnologien setzende Industriepolitik, nicht aber Lohnzurückhaltung. Die notwendige Bereitschaft der Arbeitnehmer zu solchem Strukturwandel läßt sich eher durch eine Politik der Vollbeschäftigung und der Markterweiterung durch Reallohnsteigerungen erreichen, als durch Lohnbegrenzung, wobei allerdings Flexibilität der Arbeitskräfte das Gegenstück sein müßte.

Der Versuch, für ein einzelnes führendes Industrieland durch Lohnbeschränkungen den Weltmarktanteil zu Lasten anderer FW zu steigern und so Beschäftigung zu sichern, kann im Verhältnis zwischen den FW nur zu einem Wettlauf um Beschränkung der Lohnstückkosten führen, bei dem jede einzelne Wirtschaft darauf setzt, Wachstum über Exportüberschüsse zu erzielen, die sich in den anderen Wirtschaften selbstverständlich als Handelsbilanzdefizite niederschlagen und nachfragebeschränkende Prozesse auslösen werden. Im Verhältnis zu den technisch rückständigen Ländern der Dritten Welt kann Lohnbegrenzung und Protektionismus dazu führen, daß sich deren Exporteinnahmen verringern, neuer Wettbewerbsdruck und verzögertes Beschäftigungswachstum ausgelöst, und so auch die Krisentendenzen in der Weltwirtschaft verstärkt werden.

### Internationale Kooperation zur Bekämpfung der Armut und Steigerung der Masseneinkommen

Im Verhältnis zwischen den FW und der Dritten Welt erfordert die Aufrechterhaltung einer offenen Weltwirtschaft deshalb, daß in den unterentwickelten Ländern Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung durch Investitio-

nen in der Landwirtschaft, Begrenzung des Bevölkerungswachstums und wachsenden gesellschaftlichen Einfluß der Unterprivilegierten überwunden wird. Im Verhältnis untereinander können die FW nur dann auf protektionistische Praktiken verzichten, wenn sie keinen Kampf um Lohnstückbegrenzung in Gang setzen, der wie ein Abwertungswettlauf unterkonsumtive Tendenzen auslösen oder verschärfen müßte. Dazu sind sie nur dann in der Lage, wenn sie anerkennen, daß jedes unter ihnen sich unter allerdings unterschiedlichen Kosten den Zugang zu Hochtechnologien zu Lasten anderer erzwingen könnte, dieser Versuch aber mit dem Risiko eines weiteren Verfalls der freien Weltwirtschaft verbunden wäre.

Ähnlich dem Gedanken der Sicherheitspartnerschaft auf dem Gebiet der Rüstung ergäbe sich daraus, daß auf den Versuch, durch Vorsprünge bei der Spezialisierung auf Hochtechnologie im nationalen Alleingang das Beschäftigungsproblem zu lösen, verzichtet werden muß. Die Verminderung des Wachstums der Masseneinkommen unter die Rate des Wachstums der Produktivität wäre konzentriert zu vermeiden. Für die Bundesrepublik, die bisher ihr Beschäftigungsproblem durch Exportüberschüsse löste und heute das Ziel verfolgt, durch Gewinnung von Produktivitätsvorsprüngen über den Weltmarkt und den europäischen Markt ihre Exportbranchen vor Niedriglohnkonkurrenz zu schützen, würde dies ein radikales Umdenken erfordern. Besser als die Bereitschaft, an Blauhelm-Operationen teilzunehmen, würde ein solches Umdenken die Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortlichkeit belegen.

- 1 Ob dabei die Realeinkommen pro Beschäftigten zunehmen oder die Realeinkommen pro Arbeitsstunde bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung, hat für das hier präsentierte Gesamtmodell keine Auswirkung.
- 2 Eisenhans, Hartmut: „Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft“, in: Senghaas, Dieter (Hg.): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979); S. 101-148. Eisenhans, Hartmut: „Rising Mass Incomes as a Condition of Capitalist Growth: Implications for the World Economy“, in: International Organization, 37, 1 (Winter 1983); S. 1-38. Eisenhans, Hartmut: „Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer“, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Technik und internationale Entwicklung (Baden-Baden: Nomos, 1986); S. 267-290. Eisenhans, Hartmut: „Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism“, in: Pakistan Development Review, 33, 4 (Dezember 1994); i.E.
- 3 Eisenhans, Hartmut: „Bedingungen für eine freie Marktwirtschaft: Marktsteuerung reicht

- allein nicht für die Integration Osteuropas und des Südens in die Weltwirtschaft“, in: Berichte. Forschungsinstitut der IWVWW, 4, 27 (Oktober 1994); S. 31-35.
- 4 Georgescu-Roegen, Nicholas: „Economic Theory and Agrarian Economics“, in: Oxford Economic Papers, 12, 1 (Februar 1960); S. 35-40.
- 5 z.B. Eisenhans, Hartmut: „Gesellschaftliche Reformen in der Dritten Welt gegen Konzessionen in der Weltwirtschaftsordnung“, in: Wirtschaftsdienst, 60, 10 (Oktober 1980); S. 483-484. Eisenhans, Hartmut: „Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt“, in: Kiersch, Gerhard/Seidelmann, Raimund (Hg.): Eurosozialismus. Die Demokratische Alternative (Köln/Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1979); S. 117.
- 6 Handelsblatt 3.8.1994; S. 3, 11.8.1994; S. 2, 5./6.11.1993; S. 13. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: „Gefährdet die Lohnkostenentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland“, in: DIW-Wochenbericht, 59, 11 (März 1992); S. 128. Flassbeck, Heiner: „Die Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland“, in: Konjunkturpolitik, 34, 5/6 (1988); S. 255-267. Neuthinger, Egon: „Germany's Enduring Current Account Surplus“, in: Interconomics, 24, 3 (Mai/Juni 1989); S. 141.
- 7 Dosi, Giovanni/Pavitt, Keith/Soete, Luc: The Economics of Technical Change and International Trade (New York et al.: Wheatsheaf, 1990); S. 109f.
- 8 Sid Ahmed, Abdelkader: Économie de l'industrialisation à partir de ressources naturelles. (I.B.R.) Band I. Faits, pratiques et théories (Paris: Publisud, 1989); S. 182ff.
- 9 Eisenhans, Hartmut: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt (Frankfurt am Main/New York: Campus, 1981); v.a. S. 118-192.
- 10 Eisenhans, Hartmut: Global Change and Implications for India (New Delhi: Lancer Books, 1992); S. 31f.
- 11 Watanabe, Susumu: „The Japanese Quality Control Circle: Why it Works“, in: International Labour Review, 130, 1 (Januar/Februar 1991); S. 59.
- 12 Vernon, Raymond: „International Investment and International Trade in the Product Cycle“, in: Quarterly Journal of Economics 80, 2 (Mai 1966); S. 190-207.

## WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

28

### Medien, Macht & Märkte

Weltmarkt für Information und Kommunikation: Medienkonzentration und Medienpolitik. Berlusconi's Kommerzialisierung der Politik. Öffentlichkeit und Politische Kultur. Gewerkschaften und digitale Revolution

J. Becker, W.A. Meier, R. Blum, F. Woll, W. Effering, R. Uesseler, K. Pichshaus

### Diskussion

M. Knauer: Demontage der Fernseh- / Radiokultur  
H.U. Reck: Wider den TV-Populismus  
H. Bonfadini: Gewalt durch Fernsehen?  
A. Godenz: Gewalt gegen Frauen in den Medien  
S. Kappeler: Mediengewalt ohne Täter und Opfer?

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenchau

14. Jg./Heft 28 - Dezember 1994

192 Seiten Fr. 18.- DM 22.- (Abo 32.-) 38.-  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH Postfach CH-8026 Zürich  
Probenentfordern Tel. 01 / 273 03 02



# Fordismus, Postfordismus und das Reformprojekt der Linken

von Arno Brandt\*

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich im Prozeß eines tiefgreifenden Strukturwandels. Das System der standardisierten Massenproduktion ist in eine Krise geraten und wird zunehmend durch ein flexibleres Produktionsmodell ersetzt. Die Globalisierung von Produktion und Dienstleistungen sowie die Internationalisierung der Finanzmärkte haben ein Ausmaß erreicht, das neue institutionelle Regelungen und damit z.T. grundlegende politische Reformen immer dringlicher werden läßt.

Die tiefgreifenden Veränderungsprozesse lassen aber auch die Politikkonzepte der demokratischen Linken nicht ungeschoren davon kommen. Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien stoßen in der europäischen Sozialdemokratie zunehmend auf Resonanz und der ernsthafte Versuch der linken Sozialdemokratie, die Bausteine ihres Reformprojektes neu zusammenzusetzen, steht noch aus.

Das letzte Mal gelang es der europäischen Sozialdemokratie nach dem 2. Weltkrieg, sich mit einem wohlfahrtsstaatlichen Reformprojekt in den politisch-ökonomischen Prozeß der kapitalistischen Entwicklung einzuschreiben und - wenn auch ungleichzeitig und von Land zu Land mit unterschiedlichem Erfolg sowie stark abweichenden Ergebnissen - für eine gewisse Dauer eine hegemoniale Stellung im politischen System einzunehmen. Wenn die These des tiefgreifenden Strukturwandels zutrifft und sich eine neue Etappe kapitalistischer Entwicklung herausbildet, muß die Linke nach neuen Einschreibungsmöglichkeiten suchen und im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrags die Emanzipations- und Demokratisierungspotentiale zur Entfaltung bringen.

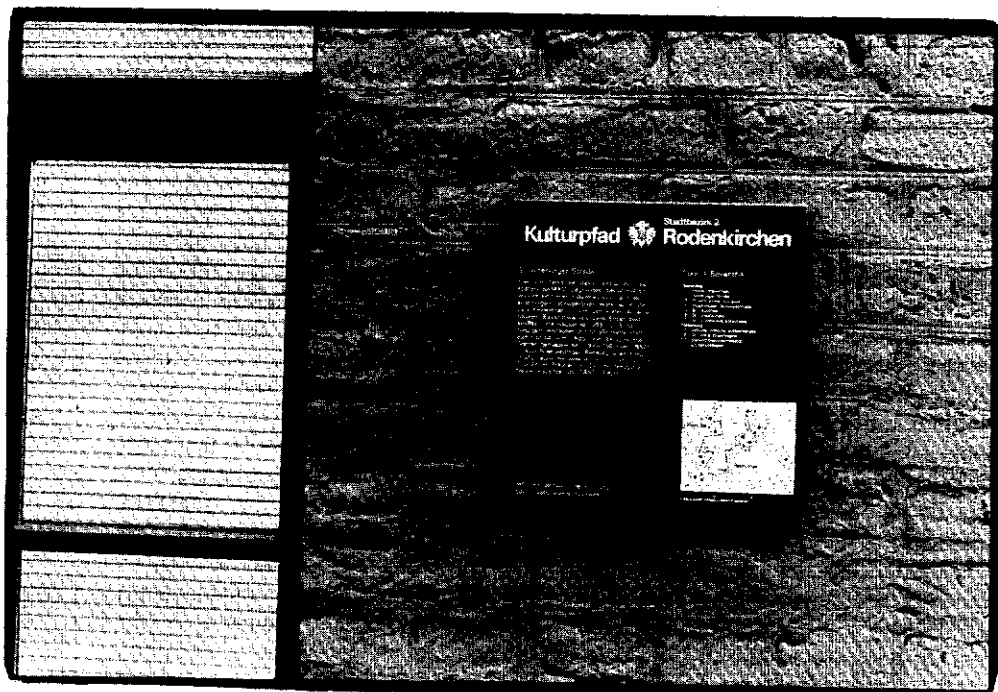
\* Arno Brandt, Hannover, Dr. rer. pol., ist als Wirtschaftswissenschaftler in der Privatwirtschaft tätig.

## 1. Aufstieg und Niedergang des Fordismus

Als Fordismus wird eine Phase kapitalistischer Entwicklung bezeichnet, die durch Massenproduktion und Massenkonsum gekennzeichnet ist. Diesen grundlegenden Strukturen der fordistischen Prosperitätskonstellation entspricht eine spezifische Regulations-

sich fortlaufend ergebenden Stückkostendegression bei steigender Ausbringungsmenge. Die Tendenz zu großbetrieblichen Organisations- und monopolistischen Konkurrenzformen entspricht weitgehend diesem Gesetz der Massenproduktion.

Die Durchsetzung des Modells der Massenproduktion im Konsumgütersektor und spiegelbildlich dazu ein Mo-



Köln Bayenthal 3

weise, die auf dem Wohlfahrtsstaat, dem keynesianischen Interventionsstaat, internen Arbeitsmärkten und zentralisierten industriellen Beziehungen beruht.

Das System der industriellen Massenproduktion hat sich historisch bereits im 19. Jahrhundert durchgesetzt. Piore und Sabel haben die Phase des Übergangs vom Modell der kleingewerblichen Handwerksproduktion zur industriellen Massenproduktion als „erste industrielle Wegscheide“ bezeichnet<sup>1</sup>. Massenproduktion bedeutet die Herstellung standardisierter Massengüter mit spezialisierten Produktionsmitteln<sup>2</sup>. Die ökonomische Effizienzleistung der Massenproduktion beruht dabei auf „economies of scale“, d.h. der

dell des Massenkonsums war mit dem historischen Resultat der „ersten industriellen Wegscheide“ zwar vorgezeichnet, aber noch nicht vollzogen. Dazu bedurfte es einer Reihe institutioneller Voraussetzungen, die in Westeuropa erst nach dem zweiten Weltkrieg geschaffen wurden. Erst in Verbindung mit den neuen Regulationsmechanismen kann von einer fordistischen Prosperitätskonstellation die Rede sein.

Die Erosion der vorangegangenen Wachstumsperiode läßt sich auf positive Rückkopplungen zwischen einer strukturell bedingten - nachlassenden Dynamik des Außenhandels einerseits und einer dualen Wirtschaftsstruktur

von traditionellem<sup>3</sup> und modernem Sektor andererseits zurückführen<sup>4</sup>, die in eine Depressionsspirale einmündete. Folge dieser Entwicklung war eine Phase allgemeiner Stockungen der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1914 und 1945, die sich erst zu dem Zeitpunkt aufzulösen begann, als neue institutionelle Arrangements geschlossen wurden und sich neue Konsumnormen durchsetzten.

In Westdeutschland waren erst durch den Ausgang des 2. Weltkrieges die politischen Bedingungen geschaffen, die aus der Stagnationsphase herausführten<sup>5</sup>. Wie in allen anderen Industrienationen West- und Mitteleuropas ging man auch hier daran, ein komplexes und vielfältig ineinandergreifendes Instrumentarium wohlfahrtsstaatlicher Politik aufzubauen, das die Wirksamkeit des Lohngesetzes einschränkte und damit den „positiven Rückkoppelungseffekt“ zwischen modernem und traditionellem Sektor eindämmte. Damit wurde auch dem marktwirtschaftlich-industriellen Sektor die Chance eröffnet, den bis dahin immer noch starken und stabilen traditionellen Sektor zu erschließen.

Einerseits bewirkte die Neutralisierung des Lohngesetzes, daß den Betrieben des modernen Sektors gewissermaßen „vor ihrer Haustüre“ ein großer und wegen des bislang dort herrschenden eher bescheidenen Versorgungsniveaus sehr expansionsfähiger Markt für ihre Produkte und Leistungen eröffnet wurde<sup>6</sup>. Andererseits wirkten durch die Einführung des wohlfahrtsstaatlichen Instrumentariums „... erstmals in der Geschichte des europäischen Kapitalismus die Verdienste der im industriell-marktwirtschaftlichen Sektor beschäftigten Arbeitskräfte für diesen direkt nicht nur als Kosten-, sondern auch als Nachfragefaktor...“<sup>7</sup>. Die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung der Nachfrage wurde dabei umso notwendiger, je mehr sich die vom modernen Sektor abhängige Erwerbsform verallgemeinerte.

Mit der Neutralisierung des Lohngesetzes war die Basis für die Entfaltung einer Massenproduktion im Konsumgütersektor gelegt, die die Konsumnormen und die Lebensweise der großen Mehrheit der Arbeitnehmer grundlegend veränderte. Diese waren noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts stark vom traditionellen Sektor geprägt<sup>8</sup>. Der Einfluß des traditionellen Sektors auf die Lebensweise großer Teile der Arbeitnehmerschaft verschwand unter der

Wirkung steigender Löhne zusehends<sup>9</sup>. Innerhalb eines Viertel-Jahrhunderts setzte sich die Lebensweise des Massenwohlstands und des Massenkonsums durch. „Ein zentrales Charakteristikum dieser neuen Lebensweise ist, daß zur Befriedigung der wesentlichen materiellen und eines Gutteils der immateriellen Bedürfnisse Güter und Leistungen angeboten und genutzt werden, die nur dank industrieller Technik und Organisation existieren und funktionieren können, deren Produktion ausschließlich von marktwirtschaftlichen Rentabilitätskalkülen gesteuert wird und deren Distribution ausschließlich über weitgehend anonyme, großräumige Märkte erfolgt“<sup>10</sup>.

Eine entscheidende Frage lautet, wie der Arbeitsmarkt unter fordistischen Bedingungen auf die Akkumulationsdynamik, den industriellen Strukturwandel und auf Nachfrageschwankungen reagiert. Während in Westdeutschland in den 50er Jahren noch vornehmlich über den externen Arbeitsmarkt rekrutiert wurde, entstand in den 60er Jahren eine zunehmend größer werdende Qualifikationslücke, die die Herausbildung betriebsinterner Arbeitsmärkte förderte<sup>11</sup>. Veränderungen in der Produkt- und Verfahrenstechnik einerseits und das abnehmende Potential unmittelpbar nutzbarer Qualifikationen andererseits machten es zunehmend erforderlich, daß die Unternehmen die Bedingungen dafür herstellten, daß eine ausreichende Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte die benötigten Qualifikationen selbst erwirbt<sup>12</sup>. Dieser Anforderung dienen interne Arbeitsmärkte, die sich im Kern als auf Dauer angelegte Beschäftigungsverhältnisse mit mehr oder minder geregelten Aufstiegsmustern bei einem hohen Anteil betriebsspezifischer Qualifikation charakterisieren lassen. Kurzfristige Marktschwankungen werden durch arbeitszeitbezogene Anpassungen oder durch Rückgriff auf den externen Arbeitsmarkt (Randbelegschaften) ausgeglichen.

Auf der Ebene der industriellen Beziehungen zeichnete sich das westdeutsche Modell durch ein duales Vertretungssystem aus, das zentral (Branchen- und Bezirksebene) ausgehandelte Verträge mit den Möglichkeiten dezentraler Anpassung an die spezifischen Problemlagen der Unternehmen, Betriebe und Belegschaften zu kombinieren erlaubte<sup>13</sup>. Zu den weiteren Säulen des deutschen Systems industrieller Be-

ziehungen zählen die Mitbestimmung sowie ein breites Geflecht arbeitsrechtlicher und sozialstaatlicher Regelungen.

Kompatibel mit den Strukturen der fordistischen Prosperitätskonstellation ist ebenfalls das System „keynesianischer“ Globalsteuerung, das Ende der 60er Jahre in Westdeutschland im Rahmen des Stabilitätsgesetzes institutionell verankert wurde. Mit dem Instrumentarium der Globalsteuerung war es unter den Bedingungen nationalstaatlich kontrollierter Finanzmärkte und eines wenig turbulenten (welt)wirtschaftlichen Umfeldes möglich, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren.

Der Blick auf die besonderen Entstehungsbedingungen der in den frühen 50er Jahren einsetzenden Prosperitätsphase gibt Hinweise auf die Ursachen, die für ein Nachlassen der Wachstumskräfte gegen Ende der 60er Jahre verantwortlich sind. Der Wohlfahrtsstaat stellt zwar einen prinzipiell auf Dauer angelegten Zustand dar, aber die für die Nachkriegszeit typische Absorption des traditionellen Sektors muß unvermeidlich zu einem Abschluß kommen<sup>14</sup>. Die „nachlassende“ Wachstumsdynamik mündete spätestens Mitte der siebziger Jahre in eine neue Phase mit stagnierendem Grundton ein. Komplementär zu dieser Entwicklung verhält sich ein lang anhaltender Rückgang des Produktivitätswachstums, der die Grenzen des dem fordistischen Produktionsmodell zugrundeliegenden Rationalisierungskonzept (Taylorismus) signalisiert.

Der Niedergang der fordistischen Wachstumskonstellation wurde verstärkt durch eine Reihe weiterer Faktoren. Nur zwei sollen hier skizziert werden:

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Trend zur Internationalisierung von Produktion und Dienstleistungen deutlich verstärkt. Die zunehmende Dynamik der Direktinvestitionen und des intra-industriellen Handels geht einher mit neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung. Die transnationalen Konzerne organisieren sich zunehmend als globale Netzwerke<sup>15</sup>. Während die bürokratischen Großunternehmen der Massenproduktion stark vertikal integriert und hierarchisch strukturiert sind, ist in den dynamischen Wirtschaftsbereichen des Produktions- und Dienstleistungssektors eine Tendenz zur vertikalen Desintegration und Dezentralisierung

der Leistungsprozesse erkennbar. Verstärkt wird dieser Trend durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Entscheidend ist nun, daß die Aufgaben und Entscheidungskompetenzen im Netzwerk nach Maßgabe der spezifischen Kenntnisse und Fertigkeiten an die jeweils geeignetsten Standorte verteilt werden. Dadurch wird die internationale Konkurrenz zunehmend in die Unternehmen selbst hineingetragen, so daß das Tarifgefüge und das System industrieller Beziehungen permanent unter Druck gerät.

Ein destabilisierender Einfluß geht auch von der fortschreitenden Internationalisierung der Finanzmärkte aus. Die internationalen Finanzgeschäfte haben sich insbesondere in den letzten Jahren ganz erheblich quantitativ ausgeweitet. Ende 1993 lagen die internationalen Finanzierungen bei ca. 5,9 Bio. US-\$. Das Handelsvolumen auf den Devisenmärkten umfaßt jährlich etwa 300 Bio. US-\$. Der Handel von derivativen Finanzprodukten wird für 1993 auf ca. 12 Bio. US-\$ geschätzt. 1986 betrug das Handelsvolumen ca. 1 Bio. US-\$. Folge der zunehmenden Internationalisierung der Finanzmärkte ist die verstärkte Übertragung von Zinsbewegungen zwischen den durch Deregulierung und freie Kapitalbewegungen verbundenen Märkten. Entsprechend wurden die Einflußmöglichkeiten auf das Zinsniveau durch die jeweiligen Zentralbanken stark eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund geht die Wirksamkeit einer keynesianischen Stabilisierungspolitik auf nationalstaatlicher Ebene zurück<sup>17</sup>.

## 2. Konturen eines neuen Produktionsmodells

Da die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte der fordistischen Konstellation nachgelassen haben und auch das außenwirtschaftliche Gefüge die Unternehmen vor neue Anforderungen stellt, ist die Suche nach einem neuen Produktions- und Konsummodell unausweichlich. Die Widersprüche der Produktion lassen sich nicht mehr im Rahmen des alten Modells der Regulation auflösen und erzwingen einen weitreichenden Umbau der Regulationsweise.

In ihrem Buch „Das Ende der Arbeitsteilung?“ haben H. Kern und M. Schumann die neuen produktionspolitischen Zielsetzungen zusammengefaßt: „Das neue Rationalisierungs-Paradigma heißt: Effizienz durch Flexibilität.

Die Maschinen müssen sich mit geringstem Aufwand für neue (...) Teile umrüsten lassen (Änderungsflexibilität), besser noch: unterschiedliche Varianten, um nicht zu sagen Modelle, in möglichst chaotischer Folge bearbeiten (Fertigungsflexibilität), einen hohen Mechanisierungsgrad auch bei kleineren Stückzahlen zulassen und auch bei einem Typenwechsel wieder verwendbar sein“<sup>18</sup>.

Mit den neuen Möglichkeiten der Mikroelektronik ist die Industrie im Begriff, einen grundlegenden Wandel der fertigungstechnischen Basis herbeizuführen<sup>19</sup>. Durch die Ausschöpfung der Potentiale der Mikroelektronik werden Prozeßinnovationen hervorgebracht, die das bislang vorherrschende System starrer Massenproduktion auch im Konsumgütersektor zunehmend in Frage stellen. Auf dieser Grundlage werden in der Industrie neue Produktionskonzepte realisiert, die eine schnellere Anpassung an Kundenwünsche und ein erhöhtes Anpassungspotential gegenüber Marktschwankungen bei hoher Qualität erlauben. Das konsumseitige Pendant des neuen Produktionsmodells läßt sich mit den vorherrschenden Trends zur Individualisierung und zur Pluralisierung von Konsum- bzw. Lebensstilen umschreiben<sup>20</sup>. Mit diesen Trends ist eine Gewichtsverlagerung weg von anonymen Massenmärkten und hin zu „personalisierten Märkten“ verbunden, auf denen auf der Basis langfristiger Loyalitätsbindungen individualisierte Konsumstile bedient werden können.

Die neuen Produktionskonzepte basieren nicht allein auf dem technischen Wandel, sondern sind vor allem das Ergebnis organisatorischer Innovationen. Deutliche Produktivitätssteigerungen, Qualitätsverbesserungen und die Erhöhung der Innovationsfähigkeit werden von der Neuorganisation der Arbeit und der Liefer- und Abnehmerbeziehungen erwartet. Dabei geht es um die Verbindung von qualifizierter Gruppenarbeit und flexibler Automatisierung sowie um die Einbeziehung von Lieferanten und Händlern in die kooperative Organisation von Fertigung und Entwicklung. Die Aufwertung der Humanressourcen, flache Hierarchien, Reduzierung der Fertigungstiefe und Entwicklungspartnerchaften mit der Zulieferindustrie zählen zu den entscheidenden Erfolgsfaktoren der neuen Produktionskonzepte.

Unter den Stichworten, wie „lean administration“ oder „lean banking“

werden die neuen Managementkonzepte verstärkt auch in den immer bedeutender werdenden Bereichen des Dienstleistungssektors erprobt. Selbst für Teilbereiche des Handels haben Baethge u.a. Untersuchungsergebnisse vorgestellt, die eine Abkehr von traditionellen Personalmanagementkonzepten andeuten<sup>21</sup>.

Die Durchsetzung dieser neuen Konzepte verläuft keineswegs einheitlich und ist vielfach von Rückschlägen gekennzeichnet. Unsicherheiten gehören nun einmal zu den konstitutiven Merkmalen des Umstrukturierungsprozesses. Vor allem bleiben die konkreten Umsetzungskonzepte auf der betrieblichen Ebene aufgrund der nach wie vor divergierenden Interessenlagen oftmals kontrovers und kommen z.T. nur mühsam voran. Dennoch zeichnen sich mittlerweile die Konturen eines betriebs- und gesellschaftspolitischen Wandels ab, der nur im Rahmen eines reformpolitischen Gestaltungsansatzes eine fortschrittliche Richtung annehmen kann.

## 3. Reformansätze

Vor dem Hintergrund der neuen Marktverhältnisse und Produktionsbedingungen glauben die Verfechter der reinen Marktlehre, daß ihre Stunde gekommen und der „freie Markt“ wieder in seine alten Rechte einzusetzen sei. Vor allem in der „Standortdebatte“ der letzten Jahre war kein Argument zu schade, um nicht für eine allgemeine Privatisierungs- und Deregulierungskampagne herzuhalten<sup>22</sup>.

Während der weit überwiegende Teil der bundesdeutschen Ökonomen noch in der Welt neoklassischer Politikrezepte verharren, sind von führenden US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern ganz andere Siganle zu vernehmen. Die neue ökonomische Theorie zeigt, daß in einer Welt nicht perfekter Märkte, die bereits mit der realistischen Annahme unvollständiger Information gegeben ist, die allgemeine Wohlfahrt durch nicht-marktförmige Regulierungen gesteigert werden kann<sup>23</sup>. Empirische Untersuchungen des MIT (Massachusetts Institute of Technology) zur Leistungsfähigkeit des gewiß stärker am „freien“ Markt ausgerichteten US-amerikanischen Wirtschaftssystems belegen u.a., daß die US-Unternehmen in den 80er Jahren zugunsten kurzfristiger Renditerwartungen potentiell profitable Anlagemöglichkeiten und Wachstumsmärkte

aufgegeben haben<sup>24</sup> und die Qualität des Bildungswesens und der Infrastruktur aufgrund der sträflichen Vernachlässigung des öffentlichen Sektors durch die Reagan-Administration mit produktivitätsmindernden Folgen stark beeinträchtigt wurden<sup>25</sup>. Hinzu kommen infolge deregulierter Arbeitsmärkte tiefgreifende soziale Polarisierungen, die für die amerikanische Gesellschaft mit nachhaltigen negativen Effekten verbunden sind: wie US-Arbeitsminister Robert Reich feststellt: „Die Einkommensunterschiede in Amerika sind größer als irgendwo sonst in der industrialisierten Welt ... Wir können keine prosperierende und stabile Gesellschaft haben, wenn sich dieser Trend fortsetzt.“<sup>26</sup> In diesem Zusammenhang überrascht es nicht, wenn führende US-Ökonomen ihren Blick auf die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen Westeuropas richten, um von hiesigen Erfahrungen zu lernen<sup>27</sup>.

Die in jüngster Zeit auch in der SPD in Mode gekommene Rede davon, daß erst erwirtschaftet werden müsse, was anschließend zu verteilen ist, und daher angesichts der vermeintlichen wirtschaftlichen Probleme („Standort Deutschland“) dem Abbau sozialer Rechte die Zustimmung nicht verweigert werden könne<sup>28</sup>, mißachtet die Erkenntnis, daß der Sozialstaat nicht nur Folge, sondern zugleich Voraussetzung ökonomischer Entwicklung ist.<sup>29</sup>

Bei näherer Betrachtung gibt es kaum überzeugende Argumente, daß gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Strukturwandels mit den Konzepten der Deregulierung und des Sozialabbaus volkswirtschaftlicher Nutzen gestiftet wird. Die neuen - sehr zerbrechlichen - Strukturen und Prozesse in der Arbeitswelt und die verstärkten Anforderungen an die Innovations- und Kooperationsfähigkeit von Belegschaften und Management machen es wenig wahrscheinlich, daß sich der ökonomische Erfolg eher auf einem sozial zerklüfteten Terrain herstellen läßt.

Im Gegenteil, die neuen Produktions- und Managementkonzepte machen eine neue, entwickeltere Regulationsweise erforderlich. Statt gesellschaftlichem Stillstand oder gar Rückschritt stehen grundlegende Reformen im Bereich der Sozial-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, der Verkehrs- und Umweltpolitik und nicht zuletzt der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an. Statt Deregulierung ist in vielen Bereichen eine

umfassende Reregulierung angebracht, ohne die die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschlands in der Tat auf dem Spiel steht. Für diese Zukunftsaufgaben brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag, der nur von der demokratischen Linken initiiert und organisiert werden kann<sup>30</sup>.

## a) Zweite Bildungsreform

Die neuen Produktions- und Organisationskonzepte gehen mit steigenden Qualifikationsanforderungen einher. Nach einer IAB-Projektion zur Entwicklung der Tätigkeits- und Qualifikationsstrukturen aus dem Jahr 1994<sup>31</sup> werden im Jahre 2010, je nach Variante, insgesamt 72% bis 73% aller Arbeitskräfte eine berufliche Erstausbildung oder eine Fortbildung benötigen, weitere 17% bis 18% einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Dagegen wird der Anteil der ungelerten Tätigkeiten auf etwa 10% zurückgehen. Diese Entwicklung hat Konsequenzen für den bisherigen Umfang und die Struktur des Bildungsangebots und setzt bildungspolitische Reformen, wie neue Anreizstrukturen für die Facharbeiterausbildung oder Problemlösungen bei der Organisation und der Finanzierung der zukünftig stark steigenden Zahl von Studienplätzen auf die Tagesordnung<sup>32</sup>.

Noch gravierender als die Niveaushiftungen auf der Ebene der formalen Bildungsabschlüsse ist der Bedeutungswandel bei den Qualifikationsinhalten. Die Neuorganisation der Arbeit erfordert soziale, kommunikative und innovative Mitarbeiterkompetenzen, die vom traditionellen Bildungssystem bislang nicht in ausreichendem Maße erbracht werden. Notwendig ist daher eine „innere Schulreform“, die sowohl bei den allgemeinbildenden als auch bei den berufsbildenden Schulen ansetzt und sich auf die Institutionen der Weiterbildungslandschaft erstreckt. Eine „Zweite Bildungsreform“, wie Oskar Negt sie in einem etwas anderen Begründungszusammenhang einfordert<sup>33</sup>, ist gerade auch vor dem Hintergrund des organisatorischen Wandels in der Arbeitswelt erforderlich. Stichworte einer solchen Reform sind z.B. die Herstellung der Gleichwertigkeit der beruflichen und allgemeinen Bildung, das Angebot doppelt qualifizierender Bildungsgänge, neue Unterrichtsorganisation (Projektorientierung, Fächerintegration etc.), Verringerung der Zahl der Ausbildungsberufe (Entspezialisierung) etc.

## b) Neue Arbeitsmarktstrukturen

Nach Burkart Lutz u.a. erfordern die neuen Produktions- und Organisationskonzepte zwingend den Ausbau berufsfachlicher Arbeitsmärkte, auf denen klar definierte und strukturierte Kompetenzen angeboten und nachgefragt werden, die hohe Produktivität in variablen betrieblichen Kontexten sicherstellen<sup>34</sup>. Nur auf dieser Basis kann nach ihrer Auffassung eine deutliche Steigerung der Mobilität über die Grenzen von Unternehmen ohne erhebliche soziale und wirtschaftliche Kosten hergestellt werden. Professionelle Arbeitsmärkte „... dieser Art sind hochartifizielle Gebilde großer Empfindlichkeit, deren Funktionsfähigkeit weit mehr Normung und Regulation voraussetzt als z.B. die im Vergleich eher harmlosen Bestimmungen zum Schutz der Beschäftigung in internen Arbeitsmärkten“<sup>35</sup>. Die Zielrichtung der von ihnen als erforderlich erachteten Neuordnung der individuellen und kollektiven Beschäftigungsverhältnisse geben sie mit einer Umkehr einer rund dreißigjährigen Entwicklung an, die der Zugehörigkeit zu einem Beruf und deren Dauer eine immer größere Bedeutung zuwies. Bei dieser Reform geht es im Kern darum „... möglichst viele der sozialen Rechtsansprüche der Arbeitnehmer vom jeweils individuellen Arbeitgeber abzulösen und sicherzustellen, daß sie ohne Schwierigkeiten von einem Beschäftigungsverhältnis zum anderen transferiert werden“<sup>36</sup>.

## c) Erweiterte Partizipationschancen

Martin Baethge hat den Sozialtypus des „modernen Arbeitnehmers“, wie er sich im Industrie- und Dienstleistungssektor in den nicht-tayloristischen Arbeitsfeldern darstellt, wie folgt charakterisiert<sup>37</sup>:

- „eine starke inhaltlich akzentuierte Berufsorientierung;
- ein hohes auf Wissen und Fachkompetenz gestütztes Selbstbewußtsein;
- eine hohe Sensibilität gegenüber rigiden Organisations- und Kommunikationsstrukturen;
- eine ausgeprägte Reflexivität, die ein individualistisches Interessen- und Handlungskonzept hervorbringt, mit dezidierten Ansprüchen an Selbstent-



faltung und Selbstdarstellung in der Arbeit wie im Privatleben.“

Dieser Sozialtypus eines post-fordistischen Facharbeiters wird nur dann seine Kreativitäts- und Innovationspotentiale im Arbeitsprozeß einbringen, wenn ihm mehr als symbolische Teilhabe an innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen geboten wird. „Vorausschauendes Denken ist aber nur zu haben, wenn die kompetenteren Mitarbeiter erweiterte Gestaltungsbefugnisse haben; sie werden dann nicht mehr wie Schachbrettfiguren hin und her geschoben werden können. Die Beteiligung bei der Leistungskontrolle liegt auf dieser Linie ebenso wie die Mitentscheidung beim Strukturwandel der Produktion“<sup>38</sup>. Dabei läßt sich zeigen, daß Mitbestimmung am Arbeitsplatz durchaus nicht im Widerspruch zu ökonomischer Effizienz steht. So berichtet Robert Reich in einem lehrreichen ZEIT-Artikel („Backen statt schlachten“) von 29 Studien, in denen die Mitarbeiterbeteiligung bei betrieblichen Entscheidungen untersucht wurde. Davon „... ergaben 14, das sich so etwas positiv auf die Rentabilität auswirkt, 2 ergaben ein negatives Resultat und 13 kamen zu keinem klaren Ergebnis“<sup>39</sup>.

d) Neue

Beschäftigungsoffensive

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich das Problem der Massenarbeitslosigkeit in den kommenden Jahren ohne einen grundlegenden beschäftigungspolitischen Kurswechsel eher noch verschärft. So deutet angesichts des verstärkten Einsatzes der neuen Managementkonzepte einiges darauf hin, daß der Zusammenhang von Wachstum und Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren eher noch lockerer wird. Bei einem für die nächsten Jahre prognostizierten jahresdurchschnittlichen Wachstum von 2% in Westdeutschland ist bestenfalls ein geringfügiger Anstieg der Beschäftigung zu erwarten. Da auch noch andere Faktoren das Niveau der Arbeitslosigkeit beeinflussen (z.B. Erwerbsverhalten, Zuwanderungen), ist für einen Stillstand bei den Arbeitslosenzahlen ein deutlich höheres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erforderlich. Dieser Schwellenwert lag in den letzten 13 Jahren bei einem Wachstum von 3,6%. Ein Wachstum dieser Größenordnung ist aber in den nächsten Jahren als unrealistisch anzusehen und unter ökologischen Gesichtspunkten auch kaum zu bewältigen.

Daher führt kein Weg daran vorbei, über neue Wege der Umverteilung von Arbeit nachzudenken und im Bereich des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes einen expansiven Kurs zu fahren. Es ist dringend eine gesellschaftliche Reform notwendig, um die aktive Arbeitsmarktpolitik auf eine neue finanzielle Grundlage zu stellen und damit der öffentlich geförderten Beschäftigung eine sichere Perspektive zu geben. Dabei müßte eine aktive Arbeitsmarktpolitik aufgrund des rasanten Strukturwandels mehr denn je auf Qualifizierungsprozesse ausgerichtet sein.

Ebenso vordringlich ist eine neue Offensive im Bereich der Arbeitszeitpolitik. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat nachgewiesen, daß die Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich in den 80er Jahren immerhin zu 50% in Beschäftigung umgesetzt werden konnten<sup>40</sup>. Die unterschiedlichen Ansätze der Verkürzung der Arbeitszeit müssen weiterentwickelt und in einen grundsätzlichen reformpolitischen Zusammenhang gebracht werden: „Arbeitszeitpolitik muß als Element eines Projekts zur sozialen Modernisierung konzipiert und angegangen werden, als Strategie zum Umbau der Arbeitsgesellschaft, die den Abbau der Massenarbeitslosigkeit einbettet in ein Konzept der ‘Ökologisierung’ der Ökonomie, der ‘Entpatriarchalisierung’ und ‘Enthierarchisierung’ des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, der Erweiterung und Demokratisierung der Partizipationschancen der Menschen auf allen Ebenen und in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens“<sup>41</sup>.

e) Modernisierung des Staates

„Die öffentliche Verwaltung, nach starren Regeln arbeitend und hierarchisch strukturiert, unterstützte den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung ... nur in dem Maße, wie sie selbst den Anforderungen dieses Prozesses entsprechend organisiert war. ... Der öffentliche Dienst entspricht in Teilen dem industriellen Entwicklungsniveau zu Beginn dieses Jahrhunderts, nicht hingegen den differenzierten Anforderungen der Gegenwart“<sup>42</sup>. Mittlerweile liegen erste Konzepte vor, wie eine „Staatsmodernisierung von links“ gedacht werden kann<sup>43</sup>. Elemente einer solchen Strategie, die nur unter Einbeziehung der Organisationsmitglieder umgesetzt werden können, sind u.a. Hierarchie-

abbau, Überprüfung der Leistungstiefe, Management durch Zielvereinbarung, Budgetierung, Projektmanagement, Kundenorientierung, Einsatz von Personalentwicklungskonzepten sowie die weitreichende Eingrenzung des Berufsbeamtenums. In diesen Zusammenhang gehören auch Maßnahmen, die dazu geeignet sind, bislang staatlich verwaltete Funktionen in die Gesellschaft zurückzuholen. Eine staatlich unterstützte Stärkung der Selbstorganisation der Gesellschaft, die Selbstbefähigung von Bürgerinnen und Bürgern, sozialen Netzen und sozialen Bewegungen könnte integraler Bestandteil einer Staatsreform der Sozialdemokratie werden<sup>44</sup>.

f) Europäisierung der Wirtschaftspolitik und Regulierung der Finanzmärkte

Eine Politik der makroökonomischen Stabilisierung wird auch im Zeitalter des post-fordistischen Kapitalismus erforderlich bleiben. Da eine nationalstaatliche Geldpolitik angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Finanzmärkte immer schwieriger wird und fiskalpolitische Alleingänge mit dem Preis relativ hoher Anpassungskosten (vgl. die französische Wirtschaftspolitik Anfang der 80er Jahre) erkaufte werden müssen, liegt die Herstellung der politischen Union im fundamentalen Interesse der demokratischen Linken. Die Übertragung bislang nationaler Kompetenzen, wie z.B. die Geld- und Fiskalpolitik auf die europäische Ebene (Vereinigte Staaten von Europa) ist daher ein Element einer Neuordnung wirtschaftspolitischer Kompetenzen zwischen Region, Nationalstaat und Europa.

Angesichts der Gefahr kumulativer Instabilitäten auf den entfesselten Finanzmärkten wird heute auch von führenden Finanzexperten eine internationale Wirtschaftspolitik gefordert, um „die Finanzwirtschaft vor sich selbst zu schützen“, wie es Wilhelm Nölling formuliert: „Eine verstärkte Bankenaufsicht, erhöhte Eigenkapitalanforderungen, Mindestreserven, Kapitalverkehrs-kontrollen der verschiedensten Art und eine Spekulationssteuer müssen international vereinbart und angewendet werden, um Marktaktivitäten begrenzen und verlangsamen zu können“<sup>45</sup>. Dabei wäre sicherlich noch ge-

nauer zu analysieren, welche internationalen Kapitalbewegungen bei Einführung der einzelnen Maßnahmen zu erwarten und ggf. zu tolerieren sind.

Ich habe mich mit meinen Ausführungen bewußt auf die Chancen konzentriert, die in den Veränderungsprozessen hin zu einer postfordistischen Phase der kapitalistischen Entwicklung liegen. Die Probleme bei der Umsetzung der notwendigen Reformschritte im Modernisierungsprozeß müssen an anderer Stelle vertieft behandelt werden<sup>46</sup>. Auch besteht kein Zweifel, daß die neuen Produktions- und Organisationskonzepte zu einem erheblichen Teil auch Risiken bergen. Diese werden aber vor allem dann nicht zu bewältigen sein, wenn sich die Linke und mit ihr die Gewerkschaften in bloße Abwehrkämpfe verstricken. Was die Linke mehr denn je braucht, ist eine neue Reformoffensive.

1 vgl. Piore, M./Sabel, Ch.: Das Ende der Massenproduktion - Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin 1985; Eine kritische Analyse zur Arbeit von Piore/Sabel findet sich bei Brandt, G. (1986): Das Ende der Massenproduktion - Wirklich?, in: Erd, R. u.a. (Hg.): Strukturwandel in der Industriegesellschaft, Frankfurt a.M./New York, 1986, S. 103ff.  
 2 Piore, M./Sabel, Ch.: Das Ende der..., a.a.O., S.36  
 3 Der traditionelle Sektor umfaßt Betriebe mit familienwirtschaftlichen und kleinbetrieblichen Strukturen, deren ökonomische Logik noch nicht der kapitalistischen Rationalität folgt.  
 4 Die Austauschbeziehungen zwischen dem modernen und dem traditionellen Sektor (Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem traditionellen in den modernen Sektor, Verausgabung eines Großteils der verfügbaren Lohneinkommen im traditionellen Sektor, Bezug von Investitionsgütern aus dem modernen Sektor durch den traditionellen Sektor) implizieren einen Mechanismus „positiver Rückkoppelung“, der auf dem Lohngesetz und einem noch stark an Prinzipien der Bedarfsdeckung orientierten Investitionsverhalten der Betriebe des traditionellen Sektors beruht. Der Mechanismus der „positiven Rückkoppelung“ läßt sich u.a. wie folgt interpretieren: Die sich durch den Zerfall der Auslandsmärkte verschlechternde Absatzperspektive der Industrie bringt die Arbeitskräftewanderung vom traditionellen zum modernen Sektor zum Erliegen. Durch den anwachsenden Druck der im traditionellen Sektor zurückgestauten Überbevölkerung vermindert sich dessen Investitionsneigung, so daß es zu einer weiteren Verschlechterung der Absatzchancen kommt, die wiederum kontraktive Wirkung auf die Entwicklung der Löhne im modernen Sektor ausübt und so fort...  
 vgl. Lutz, B.: Der kurze Traum..., a.a.O., S. 110ff.  
 5 vgl. ebenda, S. 191ff.  
 6 vgl. ebenda, S.194  
 7 ebenda, S.194  
 8 vgl. ebenda, S.214  
 9 Die Ausrichtung der Konsumnormen auf die Lebensweise der amerikanischen „middle class“ nicht zuletzt über den Mediensektor war in diesem Zusammenhang ausgesprochen förderlich, vgl. ebenda, S. 214ff.  
 10 ebenda, S.216  
 11 vgl. Lutz, B.: Arbeitsmarktstruktur und betriebliche Arbeitskräftestrategie. Eine theoretisch-historische Skizze zu Entstehung betriebszen-

trierter Arbeitsmarktsegmentation, Frankfurt a.M./New York, 1987, S.185ff.  
 12 vgl. Grünert, H./Lutz, B.: Strukturwandel, Arbeitsmarktstruktur und Arbeitnehmerrechte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H.11 (1994), S.737  
 13 vgl. Dörre, K.: Auf der Suche nach einem neuen Kompromiß, Das deutsche System industrieller Beziehungen im Spannungsfeld von globaler Ökonomie, Unternehmensreform und gesellschaftlicher Regulierung (Diskussionspapier zur SOFI-Tagung „Gesellschaft im Übergang - Beiträge zu einer anderen Standortdebatte“ vom 12.-14.1.1995 in Göttingen), S.3ff.  
 14 vgl. Lutz, B.: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt a.M./New York 1989, S.230  
 15 vgl. Reich, R.: Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt, Berlin 1993, S.91ff.  
 16 vgl. BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) 5/1994  
 17 vgl. Altwater, E.: Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: Prokla 97 (1994), S.522ff.  
 18 Kern, H./Schumann, M.: Das Ende der Arbeitsteilung? (4.Aufl.), München 1991, S.43f.  
 19 vgl. Kern/H.Schumann, M.: Das Ende der..., a.a.O., S. 23ff.,  
 20 vgl. Esser, J., Hirsch, J.: The crisis of fordism and the Dimension of a „post-fordist“ regional an urban structure, in: Amin, A. (ed.): Post-Fordism, Oxford, 1994, S.77  
 21 vgl. Baethge/M., Grimm, A./Oberbeck, H.: Neue arbeits- und personalpolitische Konzepte im Groß- und Einzelhandel, in: Baethge, M./Oberbeck, H. (Hg.): Personalentwicklung im Handel - Zwischen Stagnation und neuen Perspektiven, Frankfurt, New York 1992, S.64  
 22 Zur Fragwürdigkeit dieser Debatte angesichts der jüngsten Exporterfolge der deutschen Wirtschaft vgl.: DIW-Wochenbericht, H. 1 (1995)  
 23 vgl. Semmler, W.: Markt- und Nicht-marktförmige Regulierung: Neuere Tendenzen in der Theorie, in: Prokla 82 (1991), S.23ff.  
 24 vgl. Oehlke: Zur gesellschaftspolitischen Ambivalenz der schlanken Produktion, in: WSI-Mitteilungen, H.2 (1993)  
 25 vgl. Krugman, P.: The Age of diminished expectations, Washington D.C. 1990, S.173  
 26 in: Der Faktor Theta, in: Die Zeit, 9.12.1994  
 27 vgl. Freeman, R.B.: Working under different rules, New York 1994  
 28 vgl. v. Dohnanyi, K.: Der Mythos der SPD, in: Der Spiegel, Nr 48 (1994); S. 50ff., sowie seine Rede auf dem Bundesparteitag der SPD in Halle 1994  
 29 „Der Sozialstaat ist Teil der gesellschaftlichen und ökonomischen Infrastruktur und hat zum „Erfolg“ der bundesdeutschen Volkswirtschaft beigetragen. Zwar nehmen die sozialstaatlichen Sicherungssysteme Anteile des gesellschaftlichen Reichtums in Anspruch. Andererseits sichern sie aber die finanziellen, qualifikatorischen und sozialen Voraussetzungen dafür, daß die diesen Reichtum produzierenden Arbeitskräfte der Wirtschaft auch auf Dauer zur Verfügung stehen“. Solidarität am Standort Deutschland. Eine Erklärung von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Frankfurt 1994, S.15  
 30 vgl. Lipietz, A.: Post-Fordism and Democracy, in: Amin, A. (ed.): Post-Fordism, Oxford 1994, S.338ff.  
 31 vgl. Tessaring, M.: Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010, in: MittAB, H.1 (1994), S.5ff.  
 32 vgl. Buttler, F.: Humankapital als Standortfaktor, Argumente zur Bildungsdiskussion aus arbeitsmarktpolitischer Sicht, in: MittAB, H.4 (1993), S. 467ff.  
 33 vgl. Negt, O.: Wir brauchen eine zweite, eine gesamtdeutsche Bildungsreform, in: ders. (Hg.): Die zweite Gesellschaftsreform, Göttingen 1994, S. 276ff.

34 vgl. Grünert, H./Lutz, B.: Strukturwandel ..., a.a.O., S.741  
 35 ebenda, S. 741f.  
 36 ebenda, S. 742  
 37 Baethge, M.: Arbeit 2000. Wie Erwerbsarbeit Spaß macht - Arbeitsansprüche der Beschäftigten als Herausforderungen für die Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 11 (1994), S.720  
 38 Bischoff, J.: Postfordistischer Kapitalismus oder Krise des Fordismus?, in: Sozialismus, H. 1 (1995), S.31  
 39 Reich, R.: Backen statt schlachten, in: Die Zeit, 4.2.1994  
 40 vgl. Franz, W.: Der Arbeitsmarkt, Mannheim et al., S.82  
 41 Kurz-Scherf, I.: Es gibt nur zwei Freiheiten - Plädoyer für eine konsequente Politik der Arbeitszeitverkürzung, in: Negt, O. (Hg.): Die zweite Gesellschaftsreform, a.a.O., S.62  
 42 Bäumer, H./Erd, R.: Hat der öffentliche Dienst (noch) eine Zukunft?, in: Frankfurter Rundschau, 5.2.1993  
 43 vgl. Jordan, J.: Umbau statt Abbau - Wie die Hessen-SPD den Staat modernisieren will. Vorschlag der AG Staatsmodernisierung vom 16.5.1994, sowie Naschold, F.: Modernisierung des Staates - Zur Ordnungspolitik und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors, Berlin 1993  
 44 vgl. ebenda, S. 73  
 45 Nölling, W.: Die Finanzwelt vor sich selbst schützen, in: Die Zeit Nr. 45, 5.11.1993  
 46 vgl. Jürgens, U./Naschold, F.: Arbeits- und industriepolitische Entwicklungsgänge der deutschen Industrie in den neunziger Jahren, in: Zapf, W./Dierkes, M. (Hg.): Institutionenvergleich und Institutionendynamik, in: WZB-Jahrbuch 1994, Berlin 1994, S.239ff.

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion 11

Neue Realitäten des Kapitalismus - Linke Positionsbestimmungen

Heinz Jung zum 60. Geburtstag

Kapitalismus und Alternativen - diskussion - neue Strukturen - Soziale Bewegungen, verunsicherte Subjekte - Globale Probleme: Realitäten und Illusionen - Rückblicke und Ausblicke

Mit Beiträgen von J. Bischoff, H. Bömer, D. Boris, E. Dähne, F. Deppe, G. Fülberth, W. Gerns, H. Heining, J. Huffschild, F. Krause, A. Leisewitz, L. Peter, W. Petschick, K. Pickshaus, J. Reusch, H. Schäfer, U. Schumm-Garling, H. Werner

Frankfurt/M. 1995, 210 Seiten, DM 14.80

IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069/7392934

# Weder toter Hund noch schlafender Löwe

Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus

von Jörg Huffschmid\*

## I. Entwicklung und Krise der SMK-Theorie

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) war in den drei Jahrzehnten von 1960 bis 1990 der Kern der Variante von Kapitalismusanalyse, die vor allem von TheoretikerInnen in den und um die traditionellen kommunistischen Parteien und einigen marxistischen SozialdemokratInnen vertreten wurde. Die Tatsache, daß die Diskussion um die Theorie des SMK regelmäßig - von VertreterInnen wie KritikerInnen - mit klaren politischen Zuordnungen verbunden wurde, hat die Rationalität der Analyse und Kritik in den kapitalistischen Ländern zuweilen schwer beeinträchtigt und zu diffamierenden Abgrenzungen auch da geführt, wo die sachlichen Punkte nahe beieinander lagen; andererseits wurden gravierende analytische Differenzen verwischt, wenn sie im gleichen politischen Lager auftauchten.

Die starke politische Aufheizung der Kontroversen über die Theorie des SMK ist allerdings einigermaßen verständlich. Ihre Herausbildung war nämlich eng mit der Sicht der weltgeschichtlichen Entwicklung verbunden, die Ende der 50er Jahre in den kommunistischen Parteien vorherrschte. Danach befand sich der Weltkapitalismus seit der Oktoberrevolution in einer „allgemeinen Krise“. Seit der Niederschlagung des Faschismus, der Entstehung eines sozialistischen Lagers und den antikolonialen Befreiungskämpfen habe diese Krise eine neue (dritte) Etappe erreicht, die durch den verzweifelten aber letztlich vergeblichen Überlebenskampf des Kapitalismus gekennzeichnet sei. 1960 führte die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau den Begriff SMK in die offizielle Parteiterminologie ein, als sie in ihrer Abschlusserklärung hervorhob: „Das kapitalistische Weltssystem ist von einem tiefen Niedergangs- und Zersetzungsprozess erfaßt. Die Widersprüche

des Imperialismus haben das Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus beschleunigt.“ Unter SMK wurde dabei zugleich ein ökonomisches Ausbeutungs- und ein politisches Herrschaftssystem verstanden, das dem Monopolkapital maximale Macht verschaffe und die gesamte Gesellschaft nach monopolkapitalistischen Interessen formiere.

Auf dieser theoretischen Grundlage wurde in der Folge auf die politische Hauptlinie orientiert, alle nicht dem Monopolkapital und den Spitzen des Staatsapparates zuzurechnenden - und insofern von ersterem ausgebeuteten und letzterem unterdrückten - Klassen und Schichten in einem breiten antimonopolistischen Bündnis zusammenzufassen. Der demokratische und antimonopolistische Kampf solle zunächst zu antimonopolistischer Demokratie führen, die ihrerseits Zwischenstufe vor dem Übergang zum Sozialismus sei.

Nachdem die Wirklichkeit diese Sicht der geschichtlichen Entwicklung in aller Härte als Irrtum widerlegt hat, ist es still um die Theorie des SMK geworden. Sie ist zunächst im Gefolge des Zusammenbruchs des osteuropäischen Sozialismus und der Krise der kommunistischen Parteien fortgespült worden, und die Gegner betrachten sie wie den Marxismus überhaupt als toten Hund. Dabei übersehen sie jedoch, daß die theoretische und empirische Diskussion in einer Reihe von Ländern - Frankreich, BRD, Sowjetunion, DDR, ebenso USA, Japan, Südkorea und Mexiko - zu einer meines Erachtens produktiven Differenzierung und Weiterentwicklung der Theorie geführt und diese auf einen Stand gebracht hat, der sich nicht mehr einfach politischen Opportunitätskriterien anpaßt, sondern eigenständige wissenschaftliche Beiträge zur Kapitalismusanalyse hervorgebracht hat.

## II. Kernaussagen der SMK-Theorie

Als wesentliche Elemente enthält die Theorie des SMK, wie sie Ende der

80er Jahre stand, drei Gruppen von Aussagen:

- zur ökonomischen Kernstruktur,
- zur politischen Regulierung der Wirtschaft,
- und zum Verhältnis zwischen Kernstruktur und politischer Regulierung im modernen oder „reifen“, eben dem staatsmonopolistischen Kapitalismus.

1. Die *ökonomische Kernstruktur* ist durch eine systematische Struktur-differenzierung im Unternehmenssektor gekennzeichnet: in den meisten Sektoren und in der Wirtschaft insgesamt gibt es eine relativ kleine Zahl großer Unternehmen, die in einem widersprüchlichen Verhältnis von Konkurrenz, Kooperation und Verflechtung zueinander stehen, insgesamt aber die Märkte in hohem Maße gestalten können. Diese Struktur-differenzierung des Gesamtkapitals hat sich bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts - in Reaktion auf Produktivkraftentwicklung und Krisentendenzen - herausgebildet und seitdem eine bemerkenswerte Kontinuität bewahrt: Viele der heute führenden kapitalistischen Unternehmen waren auch vor hundert Jahren schon führende kapitalistische Unternehmen. Diese Monopole (nicht im Sinne der Marktformenlehre, sondern als ökonomisch dominante Unternehmen) verfügen aufgrund ihrer Größe über systematische Rentabilitätsvorteile gegenüber dem „Rest“, d.h. der großen Masse der Unternehmen, die vielfach in abhängiger Zuliefer- oder Abnehmerbeziehung zu den Marktführern stehen. Die systematische Korrelation zwischen Unternehmensgröße und/oder Konzentrationsgrad einer Branche mit der jeweiligen Profitrate ist mittlerweile auch von nichtmarxistischen Untersuchungen weitgehend bestätigt. Die Monopole üben neben Marktmacht auch außerökonomische Macht aus.

2. Die *Regulierung* ökonomischer Prozesse ist durch eine stark gewachsene Rolle des Staates und politischer Interventionen in die Wirtschaft gekennzeichnet: Ein großer Teil des Staatsap-

parates befaßt sich mit ökonomischer Steuerung, staatliche Politik ist zu einem erheblichen Teil wirtschaftliche Politik, die Staatsquote liegt bei einem Vielfachen des Wertes von vor 80 Jahren. Dieser steigende Staatsinterventionismus hängt mit der Entwicklung der Produktivkräfte und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der damit verbundenen zunehmenden Komplexität und Vergesellschaftung des ökonomischen Prozesses sowie mit der Notwendigkeit zusammen, durch sozialpolitische Maßnahmen das erforderliche Minimum an gesellschaftlichem Zusammenhang, Akzeptanz und Ausgleich zu gewährleisten. Ohne umfangreiche politische Regulierung und Gestaltung kann wirtschaftliche Entwicklung nicht funktionieren. Das gilt auch unter Bedingungen der allgemeinen Deregulierungsrhetorik und von Privatisierungswellen. Denn bei der Deregulierungsdiskussion geht es nicht um das Ob, sondern um die Richtung der Regulierung, und bei der „Entstaatlichung“diskussion geht es - jedenfalls in Europa - um die Verringerung der Staatsquote von 50% auf 45% oder im Höchstfall 40%, nicht um radikalen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft überhaupt.

3. Das große Gewicht der jeweils führenden Unternehmen für die Wirtschaft eines Landes hat auch Folgen für die Richtung und den *Inhalt der politischen Regulierung*: Über verschiedene Verflechtungen und Verbindungen zwischen Staat und Unternehmen sowie Einflüsse letzterer auf erstere wird staatliche Politik in hohem Maße durch die Interessen der führenden Unternehmen beeinflusst und gestaltet. Die Einflußnahme erfolgt teils über die traditionellen Formen der Verbandslobby, die im wesentlichen von den Interessen des Großkapitals bestimmt wird; teils ergibt sie sich auch mehr oder weniger „naturwüchsig“ aus der hervorragenden Rolle einzelner Konzerne für ganze Städte, Regionen und Länder. Der kontinuierliche Personalaustausch zwischen Staat und Großunternehmen, zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten führt mehr oder weniger zwanglos - d.h. ohne daß es besonderer „Verschwörungen“ bedarf, die dennoch gelegentlich geschehen - zur besonders intensiven Vertretung von Konzerninteressen in der Politik. Schließlich gibt es ganze Bereiche insbesondere in der Hochtechnologie-Entwicklung, die durch eine enge Verzah-

nung staatlicher und privater Funktionsträger, Institutionen und (Forschungs-) Aktivitäten gekennzeichnet sind. In Einzelfällen kann man/frau bei solchen Verflechtungen von *staatsmonopolistischen Komplexen* sprechen: etwa bei der Rüstung, der Telekommunikation, der Luft- und Raumfahrt.

Diese drei Aussagenkomplexe dürften heute nach wie vor - oder sogar in gesteigertem Maße - zutreffen. Wer sie nicht zur Kenntnis nimmt, verfehlt den ökonomischen Kern des modernen Kapitalismus und seiner politischen Regulierung.

## III. Überzogene Erklärungsansprüche an die SMK-Theorie

Wer aber nur diesen Kern sieht, dabei stehen bleibt und alles aus ihm abzuleiten versucht - wie es die Theorie des SMK längere Zeit versucht hat -

**Das Insistieren darauf,  
die Realität ökonomischer Interessen und politischer Durchsetzungsmacht nicht zu vernachlässigen ...**

kann möglicherweise erheblich an realen wirtschaftlichen, sozialen, technischen und politischen Entwicklungen - und auch an neuen sozialen Bewegungen - vorbeigehen, sie nicht erfassen. In diesem Sinne werden der Theorie des SMK - oder jedenfalls ihren größeren Varianten - zu Recht eine Reihe von Defiziten vorgeworfen, die sie in mancher Hinsicht auch in den 80er Jahren noch realitätsblind und politikunfähig gemacht haben.

Erstens spielen trotz der Dominanz der Großunternehmen oder „Monopole“ viele *kleine und mittlere Unternehmen* eine technologisch dynamische und beschäftigungspolitisch zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung - auch wenn ihre Innovationen und Erfindungen am Ende oft von Monopolen aufgekauft und auf breiter Front verwertet werden. Die Geschichte der Innovationen, Erfindungen und Entdeckungen beispielsweise in der Computersoftware oder der Biotechnologie ist nicht in

erster Linie eine Geschichte der großen staatlichen, privaten und staatlich-privaten Forschungseinrichtungen; sie ist vielfach die Geschichte individueller Gelehrter, kleiner Klitschen, von zufälligen Konfigurationen und beiläufigen Ergebnissen - während oftmals groß angelegte Forschungsstrategien und Technologiekonzepte in Sackgassen endeten. Insofern lassen sich auch die speziellen Situationen und Interessen dieser Unternehmen und Schichten nicht einfach als antimonopolistisch kennzeichnen, sie unterliegen vielmehr sehr viel komplizierteren und eigenständigeren Formierungsprozessen.

Zweitens wird der beherrschende Einfluß der Monopole auf die staatliche Politik vor allem durch zwei Faktoren *relativiert*: Zum einen sind die Interessen „des“ Monopolkapitals nicht einheitlich; ihre Unterschiedlichkeit und teilweise gegenseitige Blockade schafft den Raum für relativ selbständiges Handeln des Staates. Zum anderen öffnet die Form der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie auch anderen als monopolistischen, und auch anderen als kapitalorientierten Interessen Artikulations- und Einflußmöglichkeiten: technologische, kulturelle, ökologische, soziale, Jugend- und Altersfragen usw. Die breite *Ausdifferenzierung* von Interessen und *Pluralisierung* entzieht sich einer Analyse einem einfachen Monopolschema - und erst recht einer Lösung entlang einem einfachen Antimonopolismus-Schema. Dies macht moderne kapitalistische Systeme so - im Vergleich zum untergegangenen Sozialismus - flexibel in doppeltem Sinne: einerseits aufnahmefähig für neue Probleme, Kräfte und Interessen, die bemerkt und bearbeitet werden; andererseits überlebensfähig als System, das diese Interessen nicht nur be-, sondern dabei zugleich verarbeitet, sich einverleibt und nicht daran zugrundegeht. Hierbei spielen insbesondere die (Massen) Medien eine zentrale Rolle: Ihr Pluralismus sorgt dafür, daß Probleme wahrgenommen, artikuliert und - durchaus kontrovers - diskutiert werden können; zugleich sorgen die ökonomische Struktur der privaten und die politische Struktur der öffentlichen Medien dafür, daß Artikulationen radikaler Systemalternativen marginalisiert werden. Dennoch schafft die begrenzte politische Offenheit des modernen Kapitalismus zumindest die Perspektive und Möglichkeit für Veränderungen, die nicht bloße kosmetische Operationen sind.

\* Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen



Drittens wirft die zunehmende *Internationalisierung* neue Fragen auf, die den Rahmen der traditionellen SMK-Theorie sprengen: Welche Rolle spielt nationalstaatliche Regulierung noch für große Konzerne, die nicht nur immer mehr Waren exportieren, sondern auch mehr und mehr im Ausland produzieren und das Beschaffungswesen weltweit organisieren? Bedeutet Internationalisierung den Anfang vom endgültigen Ende des SMK - als einer historischen Phase des national orientierten (oder „fordistischen“) Kapitalismus? Tendiert sie dazu, an die Stelle des nationalen einen internationalen staatsmonopolistischen Kapitalismus zu setzen? Oder hat der traditionelle SMK auch unter den Bedingungen zunehmender Internationalisierung noch eine Funktion, sozusagen als Verstärker der jeweiligen nationalen Kapitale in ihrem Kampf auf dem und um den Weltmarkt? Die Diskussion dieser Fragen hat in den 80er Jahren begonnen. Schlüssige Antworten darauf gibt es noch nicht; aber es wird zunehmend klar, daß zumindest solide fundierte Antworten zu einer Schlüsselfrage nicht nur für die Theoriebildung, sondern auch für die politische Artikulation von Alternativen zur herrschenden Entwicklungsrichtung werden.

Die vierte - und m. E. wichtigste - Relativierung der SMK-Theorie ist die Tatsache, daß wesentliche Probleme der modernen kapitalistischen Gesellschaft nicht durch die Existenz oder Strategie der Monopole, oder des SMK, nicht einmal durch das Kapitalverhältnis überhaupt erklärbar sind und ihre zwanghafte Rückführung auf diese oder „Ableitung“ aus diesen Kategorien mehr den Blick für bestimmte Probleme verstellt als ihn öffnet. So ist die zunehmende Zerstörung der Umwelt nicht primär ein Resultat der kapitalistischen Form der industriellen Entwicklung, sondern ein Resultat eines Wachstumsfetischismus, der zwar historisch erstmals im Kapitalismus auftrat und von ihm gefördert und gestaltet wurde, aber keinesfalls auf ihn beschränkt blieb - wie die deprimierenden Erfahrungen mit ökologischen Zerstörungen in sozialistischen Ländern zeigen. Auch die Tatsache, daß es Unterdrückung von Frauen durch Männer nicht nur im Kapitalismus, sondern als gesellschaftliche Erscheinung in vorkapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften gab, weist den zumindest

in der ersten Hälfte der 80er Jahre immer wieder erhobenen Anspruch der Theorie des SMK zurück, alle relevanten gesellschaftlichen Phänomene und Probleme in letzter Instanz erklären und folglich aus dieser Erklärung auch Wege zu ihrer Lösung ableiten zu können.

Viele dieser Einwände und Relativierungen sind in den 80er Jahren im Rahmen der Theorie des SMK aufgegriffen und intensiv und mit unterschiedlichen Akzenten diskutiert worden. Zwar gab es kein einheitliches Ergebnis dieser Diskussion, aber es lassen sich nach meinem Eindruck doch zwei gemeinsame Tendenzen feststellen: Zum einen wurde die Analyse der ökonomischen Kernstruktur und des ökonomisch-politischen Funktions- und Regulierungsmechanismus getrennt von den früher mit der Theorie des SMK verbundenen geschichtsphilosophischen Thesen von der allgemeinen Krise und dem zwangsläufig nahenden Ende des SMK. Zum anderen wurde klargestellt, daß diese Theorie ein wesentliches und tragendes Element der Analyse des modernen Kapitalismus, nicht aber diese Analyse insgesamt sei. Sie ist kein toter Hund der Kapitalismusanalyse, aber auch kein schlafender Löwe, dessen neuerliches Erwachen alle wesentlichen Dinge klarstellen könnte. In dieser „abgespeckten“ und auf die drei oben zusammengefaßten Hauptaussagen reduzierten Form dürfte sie auch heute noch einen fruchtbaren, ich meine sogar unverzichtbaren Ansatz zur Analyse ökonomischer Kernprozesse und ihrer Regulierung darstellen.

#### IV. Entwicklungsvarianten des SMK

Eine spezifische Linie im Rahmen der Diskussion über den SMK verdient hervorgehoben zu werden, weil sie auch heute, nachdem der erste Schock über den Zusammenbruch sozialistischer Fehlentwicklungen und Illusionen verarbeitet wurde, Ansatzpunkte für eine analytisch produktive Diskussion und politisch weiterführende Orientierung bietet. Es handelt sich um die Diskussion der verschiedenen möglichen *Entwicklungsvarianten* des SMK, die insbesondere vom Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt vorangetrieben wurde. Sie basiert auf der - für VertreterInnen der kommunistischen Partei immerhin bemerkenswerten - Einschätzung, daß an-

gesichts der Schwäche der Kräfte, die sich auf die Überwindung des Kapitalismus richteten, eine solche Perspektive für konkretes politisches Handeln nicht hilfreich, sondern eher lähmend sei. Unter den gegebenen Bedingungen komme es vielmehr darauf an, die Entwicklungsrichtung des SMK selbst zu beeinflussen. Dies könne bessere Ausgangsbedingungen für das Herangehen an den Sozialismus schaffen.

Seit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre zeichnet sich in der Bundesrepublik die Tendenz zur Herausbildung einer *aggressiv-autoritären und konfrontativen Variante des SMK* ab: Der sozialpartnerschaftliche Konsens wird von Seiten der Unternehmen aufgekündigt, die Bundesregierung sekundiert mit Abbau sozialer Leistungen und gewerkschaftlicher Rechte. Die ökonomische Orientierung richtet sich zunehmend auf den Weltmarkt: Forschungs- und Technologiepolitik wird mehr und mehr in den Dienst der Stärkung internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarktüberlegenheit gestellt, von der natürlich in erster Linie die großen international operierenden Konzerne profitieren. Die Bindung der Kapitalverwertung an ausreichende Kaufkraft auf dem Binnenmarkt wird erheblich gelockert; steigende Profite sollen nicht von Binnenwachstum abhängen. Eine solche Politik programmiert soziale Polarisierung; stärker autoritäre und disziplinierende Politik soll die damit verbundene politische Polarisierung und tendenzielle Destabilisierung eingrenzen.

Bekanntlich haben sich diese damals frühzeitig gesehenen und analysierten Tendenzen zur weltmarktorientierten Neuformierung des SMK mittlerweile - und beschleunigt durch den Zusammenbruch des Sozialismus - in hohem Maße durchgesetzt. Sie haben bei uns durch die deutsche Einheit insofern einen zusätzlichen Schub erfahren, als Deutschland plötzlich und unerwartet auch politisch Führungsmacht in Europa geworden ist und sich anschickt, sich auch militärisch in Richtung auf imperialistische „Normalität“ zu entwickeln. Das zunächst auf den ökonomischen Bereich beschränkte Expansions- und Aggressionspotential wird hierdurch beträchtlich erweitert.

Da weder die Abschaffung der ökonomischen Kernstruktur ansteht noch die politische Regulierung insgesamt zur Disposition steht, kommt es darauf an, die faktische Politisierung der Wirtschaftsregulierung im heutigen

SMK aufzugreifen und in eine andere Richtung zu lenken. Diese andere Entwicklungsrichtung wurde damals *reform- und binnenorientierte Entwicklungsvariante* des SMK genannt. Dabei geht es darum, die Unterordnung von immer mehr gesellschaftlichen Problemen und Ansprüchen unter die Priorität der Weltmarktkonkurrenz - d.h. der Rückkehr zu einer recht platten Form des SMK - nicht zuzulassen und Wirtschaftspolitik primär direkt an wesentlichen materiellen Interessen der Bevölkerung auszurichten: Beschäftigung, intakte Umwelt, soziale Sicherheit, Versorgung mit öffentlichen Gütern. Das führt noch nicht zur Abschaffung oder Überwindung des SMK, kann ihn aber auf einen anderen als den vorherrschenden Entwicklungspfad zwingen. Auch dies ist allerdings nur möglich auf der Grundlage einer energischen Mobilisierung der Bevölkerung und es zielt auf eine stärkere demokratische Beteiligung an der Regulierung der Wirtschaft. Dafür braucht es materielle Konzeptionen und nicht nur Antikonzeptionen.

#### V. Beitrag der SMK-Theorie zur Diskussion der Linken

Im Rahmen der Weiterentwicklung und politischen Nutzung der Theorie des SMK ist die konzeptionelle Erarbeitung von realistischen, d.h. reformorientierten Alternativen zur herrschenden Variante der kapitalistischen Entwicklung zu einem Schwerpunkt dieser Diskussion geworden. Diese Hinwendung zu Fragen alternativer Politik hat sie gemeinsam mit anderen Richtungen oppositioneller Theorie und Politik: Die Grünen entwickeln konkrete Szenarios für den Ausstieg aus der Atomenergie, linke SozialdemokratInnen propagieren Reformprojekte für eine soziale Grundsicherung für alle und für ein alternatives Verkehrssystem, alternative WirtschaftswissenschaftlerInnen, RaumplanerInnen, NaturwissenschaftlerInnen, InformatikerInnen und viele Gruppen mehr stecken enorm viel Energie in Beiträge zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft und Wirtschafts-, Forschungs- Sozialpolitik usw. Diese Konvergenz der Arbeitsperspektiven für alle, die etwas verändern wollen, schafft objektiv günstige Voraussetzungen für bessere Kommunikation und Kooperation. Frühere Abgrenzungen, oft mehr in ter-

minologischer Hinsicht als in der Sache, sind auch für das eigene Selbstverständnis entbehrlich geworden und stehen einer produktiven Diskussion und Zusammenarbeit nicht mehr im Weg.

Gibt es einen spezifischen Beitrag, den die Theorie des SMK zu der dringend erforderlichen - und bereits in Gang gekommenen - Diskussion und Verständigung der Linken leisten kann, sozusagen als fruchtbares Erbe der theoretischen Arbeit am Ende der 80er Jahre? Sie kann und sollte versuchen, bestimmte zentrale Aussagen einzubringen, die den Test durch die Realität bestanden haben. Sie betreffen die oben skizzierten Kernaussagen über den außerordentlich großen Einfluß, den wenige führende Unternehmen auf die Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik und mit Abstufungen auch andere Bereiche staatlicher Regulierung haben. Die Interessen der Automobilindustrie müssen sich zwar nicht zwangsläufig und aufgrund der Logik des SMK durchsetzen. Nur: faktisch tun sie es, ebenso wie die der großen Energiekonzerne und der Chemieriesen.

Forderungen nach Ökologisierung der Wirtschaft und Übergang zu nachhaltiger Produktionsweise gründen sich sicher zu Recht auf Ansätze, die, um es freundlich zu sagen, nicht primär auf dem Boden der SMK-Theorie entwickelt wurden. Die daraus abgeleiteten Forderungen nach grundlegenden Verhaltensänderungen der einzelnen Individuen in der Gesellschaft sind - früher von VertreterInnen der SMK-Theorie im besten Fall belächelt - sicher gerechtfertigt. Aber es gilt auch: Die Beschränkung oder auch nur die hauptsächlichliche Konzentration auf individuelle Verhaltensänderungen bringt die Gefahr mit sich, daß die ökonomischen Interessen und die politische Durchsetzungsmacht verkannt oder zumindest unterschätzt werden, die - nicht notwendigerweise, aber faktisch - zu dem gegenwärtigen Zustand geführt haben, davon profitieren und sich nach wie vor wirklich relevanten Veränderungen widersetzen. Das Insistieren darauf, diese Realität nicht zu vernachlässigen, sie sorgfältig zu analysieren und

in politische Reformstrategien zu berücksichtigen (die sich natürlich nicht im Antimonopolismus erschöpfen dürfen), das ist wahrscheinlich der wichtigste originäre Beitrag, den die Theorie des SMK auf absehbare Zeit zur theoretischen und praktischen Formierung einer linken gesellschaftlichen Bewegung leisten kann.

Das ist deshalb nicht wenig, weil es vor zwei Gefahren bewahren kann: erstens einer Leugnung oder Verkenning von Interessenunterschieden und -gegensätzen und zweitens vor Illusionen hinsichtlich der Härte der politischen Auseinandersetzung um wirkliche Veränderungen. Während diejenigen, die der ersten Gefahr aufsitzen, sich gewöhnlich irgendwann im Lager derer wiederfinden, die die Gemeinsamkeit der Interessen über die Notwendigkeit von Veränderungen stellen, führen geplante Illusionen häufig zum Abschied von politischen Ambitionen überhaupt. Beides läßt sich durch gnadenlose Illusionslosigkeit bei der Analyse von Machtstrukturen und Interessenformierungen vermeiden, und dazu kann die Theorie des SMK in besonderer Weise beitragen.

#### DREISAM-POLITIK-AKTUELL

##### Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein Rassismus in Politik, Kultur und Alltag

Hrsg. von Annita Kalpaka und Nora Rätznel  
vom Institut für Migrations- und Rassismustorschung e.V.



ISBN 3-89452-413-8  
160 Seiten, 19,80 DM

Im Buchhandel erhältlich.

Dreisam in der Rutscher Verlag GmbH  
Große Telegraphenstr. 34-36, 50676 Köln  
Tel.: 02 21/92 16 35-0, Fax: 02 21/2 40 34 09

# „Stimmen für Stahmer“ gegen „Initiative W.M. '95“

oder: Wie eine andere Partei entsteht

von Andreas Wehr\*

## STIMMEN FÜR STAHMER



Argumente für die Mitgliederabstimmung am 5.2.1993



Im folgenden Text soll es nicht um die Suche nach Gründen für das konkrete Ergebnis der Urabstimmung zur Spitzenkandidatur der Berliner SPD vom 5. Februar gehen. Ebenso wenig sollen die Konsequenzen des Votums ausgeleuchtet werden, soweit sie die entstandene Personenkonstellation an der Parteispitze und die Ausgangslage für die Abgeordnetenhauswahlen betreffen. Im Mittelpunkt des Interesses sollen vielmehr der Ablauf des innerparteilichen Wahlkampfes und die darin sichtbar gewordenen Konsequenzen für die

anhaltenden Medienaufmerksamkeit, die die Partei nach schlaun Berechnungen - hätte sie selbst für soviel Raum Anzeigen schalten sollen - mehr als sieben Millionen Mark gekostet hätte. Doch hatten wir das nicht schon einmal gehört? Auch nach der Mitgliederbefragung auf Bundesebene am 13. Juni 1993 gab es kaum einen Zweifel am Erfolg des Experiments. Gebracht hat es aber letztlich nichts. Bei der Bundestagswahl erinnerte sich kaum noch jemand daran. Entscheidend blieb vielmehr, daß wir mit dem falschen Kandidaten antraten.

Weiterentwicklung der Partei stehen. Zu fragen ist, welche Rückwirkungen auf die innerparteiliche Arbeit und den weiteren Weg der Berliner SPD zu erwarten sind.

Schließlich muß die Frage angegangen werden, ob das erstmals angewandte Verfahren der Kandidatenauswahl denn tatsächlich einen Gewinn darstellt. Eine, zu gegeben, ziemlich ketzerische Frage angesichts von mehr als 400 Neueintritten während der Wahlkampagne, von neidischen Blicken aus den konkurrierenden politischen Lagern von CDU bis PDS und einer über Wo-

Die Urwahl zur Spitzenkandidatur für die Berliner SPD steht im Kontext von sich häufenden Personalplebisziten, national wie international. Einige SPD-Bundestagskandidaten wurden so nominiert, erstmals wurde der Hamburger SPD-Landesvorsitzende von der Mitgliedschaft bestimmt und die CDU Nordrhein-Westfalen kürte auf diesem Weg ihren Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Diskutiert wird die Urwahl des Bundespräsidenten und der Ministerpräsidenten. In einige Länderverfassungen wurde die Direktwahl der Bürgermeister aufgenommen. Auch in Frankreich entschied vor kurzem die Basis der Sozialistischen Partei über ihren Präsidentschaftskandidaten.

In die SPD fand der Gedanke der Urwahl Eingang über den von der „Projektgruppe SPD 2000“ des Parteivorstandes erstellten Vorschlag, der 1993 unter dem Titel „Ziele und Wege der Parteireform“ vorgelegt wurde. In der Satzung der Partei wurde sie auf dem Wiesbadener Parteitag 1993 verankert, nachdem sie bereits zuvor - allerdings noch ohne jede satzungsgemäße Legitimation - in Form der Mitgliederbefragung etabliert worden war. Von Beginn an fanden sich als ihre Befürworter ganz unterschiedliche Positionen zusammen. Da gab und gibt es zum einen diejenigen, die die Urwahl als Chance zur inneren Demokratisierung, der stärkeren Beteiligung der breiten Mitgliedschaft und zur Öffnung der Partei nach außen begreifen. Mit Sicherheit handelte die übergroße Mehrheit der Mitglieder der Projektgruppe des Parteivorstandes aus diesen Motiven heraus. Daneben gab und gibt es aber auch eine, wenn auch nicht so lautstarke, aber dennoch äußerst einflußreiche Strömung, die die Mitgliederbefragung als willkommene Möglichkeit sieht, die oft lästigen Funktionärebene, von denen man schon seit langem vermutet, daß sie in ihrer Zusammensetzung nicht mehr die breite Mitgliedschaft repräsentieren, in ihrer Bedeutung zu reduzieren. So war es nicht ganz zufällig, daß der Gedanke der

direkten Mitgliederbefragung auf Bundesebene in einer Zeit mehrheitsfähig wurde, als die Parteiführung unter Engholm mit ihrem „Befreiungsschlag“ von Petersberg zur Abschaffung des Asylrechts, zur unbeschränkten Teilnahme an UNO-Blauhelmissionen und zur Einwilligung zum großen Lauschangriff in den tief gestaffelten innerparteilichen Abwehrkämpfen steckenblieb - um einmal im Bild der Militärs zu bleiben.

Auch Ditmar Staffelt hatte bei der Durchsetzung der Urwahl für die Berliner Spitzenkandidatur wohl eher die Stärkung seiner Rolle gegenüber den widerpenstigen Funktionären in den Kreisen und den allzu selbständigen Parteitage delegierten mit Hilfe eines Basisvotums im Sinn. Pech nur für ihn, daß kaum hätte er als damals noch alleiniger Kandidat die Urwahl durchgesetzt - ihm in Ingrid Stahmer eine Konkurrentin erwuchs, gegen die er von Beginn an chancenlos war.

### Wahlkampf in der Berliner SPD - erste Schlußfolgerungen

Mehr als zwei Monate innerparteilichen Wahlkampfes um die Spitzenkandidatur ergeben im Rückblick ein noch sehr unvollkommenes Gesamtbild. Manche zuvor geäußerten Befürchtungen im Hinblick auf die Auswirkungen der Urabstimmung fanden keine Bestätigung, anderes ist weit schlimmer gekommen, vieles bleibt widersprüchlich und läßt nur errahnen, wohin sich die Partei auf diesem für sie neuen Weg begeben wird. Schon jetzt kann festgehalten werden:

1. Unterbezirke, Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse glaubten anfangs, die Angelegenheit wie eine ganz normale Nominierungsrunde angehen zu können. So lud man denn die beiden Kandidaten ein, ließ sie ihre Vorträge herunterspulen, eröffnete die Diskussion und wunderte sich, daß die Veranstaltung steril, farblos und nicht selten ausgesprochen langweilig abließ. Des Rätsels Lösung: Am Ende gab es eben nichts zu entscheiden, die Vorstellungen dienten lediglich der Information für den späteren Wahlgang. Die wenigen Kreisverbände, die dennoch eine Nominierung aussprachen, bezogen denn auch bald Prügel aus der Mitgliedschaft ob der autoritären Bevor-

mundung der Basis. Auch die Kandidaten empfanden diese Veranstaltungen - ein wenig abschätzig als „Doppelpack“ benannt - als lästige Pflichtübungen eines vergehenden Parteilebens (was hätte man in dieser kostbaren Zeit nicht für wichtige journalistische Hintergrundgespräche führen können!). Es gehört nicht viel Weitsicht dazu vorzusagen, daß bei künftigen Wahlgängen solche „Rituale“ fast gänzlich wegfallen werden.

2. Aber auch die Kandidaten selbst trugen viel zur schnell aufkommenden Langeweile bei, denn der Kampf der Personen verlief ohne jegliche inhaltliche Polarisierung. Ingrid Stahmer und Walter Momper wurden nicht müde, ihre nahtlose Übereinstimmung in nahezu allen inhaltlichen Fragen immer und immer wieder zu betonen. Die hier nur „millimetergroßen Abstände“ wurden zu stehenden Redewendungen. Weder das groß herausgestellte „11+1-Punkte-Programm für Aufschwung und Sicherheit“ Walter Mompers noch die in Broschüreform unter das Parteivolk verbreiteten „10 Fragen - 10 Antworten“ von

Kandidaturen zu Spitzenämtern werden in der Zukunft untrennbar mit der Verfügung über eigene Gelder bzw. mit der über Spendengelder verbunden sein.

Ingrid Stahmer boten irgendetwas wirklich Neues. So erhielten die vorhandenen und auch wichtigen Unterschiede in den Persönlichkeitsprofilen und Führungsstilen der beiden eine Bedeutung, die ihnen eigentlich nicht zukam, und die wohl kaum einen derartig aufwendigen mehrmonatigen Wahlkampf rechtfertigen konnten.

In der inhaltlichen Farblosigkeit zeigte sich ein Dilemma der gesamten Urabstimmung. Anders als bei den oft zum Vergleich bemühten Vorwahlen in den USA gibt es bei den deutschen Parteien noch immer eine relativ große programmatische Dichte und eine davon abgeleitete Partei- und Fraktionsdisziplin, die bei Personalausinandersetzungen nicht einfach abgestreift werden kann. Beide Kandidaten waren an allen wichtigen Entscheidungen der Berliner SPD in den letzten Jahren aktiv beteiligt und haben sie auch mitgetragen, ob das

z.B. der Beschluß zur Großen Koalition oder die Abgrenzung gegenüber der PDS war. Jede gravierend davon abweichende Haltung wäre daher nur schwer verständlich zu machen gewesen. Man kann aber gespannt sein, in welche Richtung sich das jetzt noch bestehende Spannungsverhältnis zwischen den Ansprüchen an einen echten innerparteilichen Wahlkampf und der Gebundenheit an programmatische Aussagen bzw. an die Fraktionsdisziplin der Partei auflösen wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß - vergleichbar mit den Verhältnissen in den USA - die Personalisierung der Politik die programmatischen Strukturen auch der deutschen Parteien weiter auflösen wird. Die gegenwärtig in der Berliner SPD zu beobachtende Geringschätzung von Parteitagebeschlüssen (Stichwort: Landesschulamt) weist ebenfalls in diese Richtung.

3. Wenn oben davon die Rede war, daß eine Strömung in der Partei das Instrument der Urabstimmung als Möglichkeit der Disziplinierung der ungeliebten Aktivmitgliedschaft durch ein Votum der einfachen Mitglieder sieht, so kann die Anlage des Wahlkampfes von Walter Momper als ein konkretes Beispiel für diesen Versuch gewertet werden. In der an alle Mitglieder verschickten Werbebroschüre heißt es über den „Gründen für Walter Momper“ u.a.: „Führende Funktionärskreise wollen ihn lieber nicht“. In einem Gespräch mit dem Tagesspiegel sprach er gar von der „Fettschicht der Funktionäre“. Da kam mehr als lange aufgetauter Ärger über eine angeblich ungerechte Behandlung durch die Partei zum Ausdruck, da wurde bewußt der vor allem von einigen Medien geführte Antiparteiendiskurs bedient.

Wenn es dennoch nicht gelang, die „einfachen Mitglieder“ gegen die dazwischen von ganz oben aus zu mobilisieren, so lag es sicherlich auch darin begründet, daß es eine starre Trennung zwischen Mitgliedern und Funktionären nicht mehr gibt. Nach einer Studie des Berliner Landesverbandes waren ca. 40% aller Mitglieder einmal in Funktion tätig bzw. sind es immer noch. Zu viele Wählerinnen und Wähler waren denn auch nicht bereit, mit der Stimmabgabe zugleich mit sich selbst scharf ins Gericht zu gehen. Der lange Wahlkampf und die dichte innerparteiliche Kommunikation in einer Großstadt sorgten zudem dafür, daß viele Parteimitglieder - sowohl Funktionäre als auch Mitglie-

\* Andreas Wehr, Berlin



der ohne Funktionen - über Ortsvereinsversammlungen, Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüsse in den Diskussionsprozeß einbezogen waren, so daß eine Trennung der Einstellungen entlang der Funktionen nicht aufkommen konnte. Zwar gab es bei den Funktionären von Beginn an ein deutliches Übergewicht zugunsten von Ingrid Stahmer, doch eine Analyse der Einzelergebnisse zeigt, daß auch bei einer hohen Wahlbeteiligung ihr Stimmenanteil größer war. Es bleibt der äußerst bedenkliche Umstand, daß der Wettstreit um die Spitzenkandidatur einer Partei mit dem Kampf gegen die tragenden Strukturen eben dieser Partei verbunden wurde.

4. Der innerparteiliche Wahlkampf trug viele Merkmale einer echten Wahlausaueinandersetzung zwischen konkurrierenden Parteien. Es wurden Mitarbeiterstäbe gebildet, örtliche Wählerinitiativen fanden sich zusammen, Kleinanzeigen und Prominentenauftritte erschienen in Tageszeitungen, mehr oder weniger gelungene Logos wurden entworfen, es entstanden Kandidatenbroschüren, es kursierten Spendenaufrufe, auch die unvermeidlichen Künstlerinitiativen machten sich bemerkbar, jedes Parteimitglied erhielt von Walter Momper ein persönliches Anschreiben, oft dazu noch von Mitgliedern der „Initiative W.M. '95“ einen Telefonanruf, und man lud zu Feiern und zum Kaffee ein. Selbst der Straßenwahlkampf wurde nicht ausgelassen. So konnte man Walter Momper am Weddinger Leopoldplatz mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren sehen.

Das von der Parteispitze angeordnete innerparteiliche Wahlkampfbeschränkungsabkommen erwies sich durch das Vorgehen des Momper-Teams als Makulatur.

Vor allem der Wahlkampf von Walter Momper war um vieles professioneller und aufwendiger als das noch eher hausbackene Werben der Gruppe um Ingrid Stahmer. Er war auch um ein vielfaches teurer: Schätzungen gehen allein dort von gut 100.000,- DM aus. Geld, das in keinem innerparteilichen Rechenschaftsbericht auftauchen wird. Bedenkt man, daß all das sozusagen aus dem Stand heraus organisiert wurde, so kann man erahnen, was auf die Partei zukommt, wenn derartige Kampagnen über einen langen Zeitraum angelegt und organisiert werden. Es werden sich feste Stäbe bilden, die sich professionell mit der Bildung von Unterstützerkrei-

sen, der Beobachtung der Partei, mit der Pressearbeit und vor allem mit dem Eintreiben von Geldern befassen werden. Kandidaturen zu Spitzenämtern werden in der Zukunft untrennbar mit der Verfügung über eigene Gelder bzw. mit der über Spendengelder verbunden sein.

5. Die sich im innerparteilichen Wahlkampf herausbildenden Fronten überlagerten für einen kurzen Zeitraum die in Berlin traditionellen Flügelstrukturen, sie schienen wie aufgelöst. Einträchtig warben in Anzeigen und Aufrufen Rechte wie Linke für Momper wie für Stahmer. Die Rechte präsentierte sich zutiefst gespalten. Die linken Kreisverbände, die Jusos und der Donnerstagskreis plädierten zwar mehrheitlich für Stahmer, doch überall gab es beachtliche Minderheiten für Momper.

Es ist nicht auszuschließen, daß diese, bisher nur kurzlebigen, um Personen organisierten Bündnisse die innerparteilichen Flügelbildungen ablösen werden, ganz ähnlich wie bei den französischen Sozialisten. Die SPD hätte damit einen großen Schritt in Richtung einer Präsidialpartei getan.

6. Entgegen mancher Befürchtungen haben die Medien die Wahl nicht entschieden. Zeitungen und Sender waren fast alle um Neutralität bemüht. Erschien am Montag mit Ingrid Stahmer in einer Zeitung ein Interview, so konnte man sicher sein, daß Walter Momper am Dienstag dran war. Auch die Sendeminuten waren genau zugeteilt. Kaum ein Journalist wollte sich der einen oder anderen Seite zurechnen lassen. Das Bild hätte sicherlich ganz anders ausgesehen, wenn der Personenwahlkampf auch ein inhaltlicher Kampf gewesen wäre.

Waren die Medien zwar nicht wahlentscheidend, so wäre die Urwahl in dieser Form ohne sie aber gar nicht erst vorstellbar gewesen, handelte es sich doch um eine auf Medienwirkung hin ausgerichtete Inszenierung. Einen Großteil ihrer Wahlkampfarbeit verwendeten die Kandidaten denn auch darauf, die Mitglieder über Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen zu erreichen bzw. in der breiten Öffentlichkeit ein für sie günstiges Klima zu schaffen, das wiederum auf die Entscheidung des einzelnen Parteimitglieds einwirken sollte. Ganz besonders begehrt waren Statements oder gar Umfragen darüber, wer die größeren Chancen gegen Dieppen habe. So profitierten diesmal alle Seiten vom symbiotischen Verhältnis von Politik und Medi-

en. Die einen waren dankbar für den gebotenen Unterhaltungswert der personality-show, bei den anderen herrschte eitel Freude über soviel unbezahlbare Sendeminuten und Zeilen. Dort wo die Medien kein Interesse zeigten - wie an den gleichzeitig abgehaltenen Urwahlen über die Bezirksbürgermeisterkandidaten -, fanden sie in der Öffentlichkeit faktisch nicht statt. Wen interessiert schon die Abstimmung über meist nur einen Kandidaten in einem der 23 Berliner Stadtbezirke? Kaum ein Parteimitglied hätte sich dafür auf den Weg in das Wahllokal gemacht.

### Urwahlen - ein Beitrag zur innerparteilichen Demokratisierung?

Für endgültige Schlußfolgerungen über die Auswirkungen der Urwahlen auf den künftigen Weg der SPD ist es mit Sicherheit noch zu früh. Der hier beschriebene Wahlkampf in der Berliner SPD ist im wesentlichen eine Momentaufnahme eines regionalen Schauplatzes. Weitere Erfahrungen, national wie international, müssen aufgearbeitet werden, damit sich ein vollständigeres Bild ergibt. Schon jetzt lassen sich aber einige Trends ausmachen:

1. Die Übernahme plebiszitärer Elemente - oft verwechselt mit Formen direkter Demokratie - in den innerparteilichen Meinungsbildungsprozesse stehen in einem engen Zusammenhang mit einer sich entwickelnden Bereitschaft, die immer komplexer und unüberschaubarer werdenden gesellschaftlichen Zusammenhänge auf Personen und Symbole zu reduzieren. Die zunehmende Bedeutung und Macht der Medien sind sowohl Bedingung als auch Ergebnis dieses Reduktionsprozesses. Symbolische Handlungen, seien es Inszenierung von Parteitage oder die Auswahl von immer neuen „Hoffnungsträgern“ ersetzen dabei eingreifende Politik durch inhaltslose Kommunikation. „Politische Integration bleibt aber nötig für eine funktionsfähige und damit stabile Demokratie. Dabei ist das natürlich der wesentlich schwierigere, kompliziertere, zeitaufwendigere Weg. Diesen Weg meiden zu können, scheint mir ein ursächlicher Hintergrund bei der Forderung nach plebiszitären Elementen im Staat als Ganzem und innerhalb der Parteien zu sein“, so das SPD-Präsidiumsmitglied Christoph Zöpel.

2. Sollte aus den Einzelbeispielen der Urwahlen eine allgemeine innerparteiliche Praxis werden, so wird sich die SPD von einer repräsentativ-demokratischen zu einer präsidial-demokratischen Partei wandeln, vergleichbar den französischen Sozialisten oder gar der Demokratischen Partei der USA. Die sie dann durchgängig prägenden innerparteilichen Personenkonkurrenzen werden in den Medien und kaum noch in den Gremien der Partei selbst ausgetragen. Die Konsequenzen für die innerparteiliche Demokratie werden weitreichend sein. Noch einmal Christoph Zöpel: „Die SPD als eine Partei, die auf Parteitage über Details streitet, die ihre Kompromisse in einem zusätzlichen Spiegelstrich findet, ist mög-

illusorisch, zu groß ist immer noch die Erwartung, daß damit auf Dauer eine größere innerparteiliche Mobilisierung erreichbar ist. Es sollte allerdings bedacht werden, daß die Bundessatzung nur die Möglichkeit von Urabstimmungen in den Bezirken vorsieht, über die Aufnahme in das jeweilige Statut entscheiden die örtlichen Gremien. Dort, wo dies noch nicht geschehen ist, sollte, vor dem Hintergrund der beschriebenen Erfahrungen, eine kritische Diskussion mit dem Ziel geführt werden, die satzungsmäßige Verankerung der Urabstimmung zu verhindern.

2. Wo sich die Medien für die Urabstimmung nicht interessieren, läuft sie in's Leere. Trotz des monatelangen Berliner Wahlkampfes um die Spitzenkan-

Die von den Kandidaten aufgewendeten bzw. als Spenden eingenommenen Finanzmittel müssen hinsichtlich ihres Ursprungs und ihrer Verwendung nachvollziehbar sein. Um eine gewisse Chancengleichheit zu gewährleisten, sollten Obergrenzen bei den Ausgaben festgelegt werden. Anschreiben an alle Parteimitglieder sollten nur von der Partei selbst erfolgen, die Adressenbestände sollten den Kandidaten nicht zur Verfügung gestellt werden.

4. Um der Entmachtung der Partei entgegenarbeiten zu können, sollten Urwahlen mit der innerparteilichen Arbeit so eng wie möglich verknüpft werden. Die Briefwahl sollte ausgeschlossen sein, sie war auch bei den Berliner Wahlen nicht möglich. Noch besser ist

**Ja,** ich helfe Walter Momper helfen, Regierender Bürgermeister zu werden:

- ich mache bei Wahlkampf-Aktionen mit, sagt mir Bescheid;
  - ich spende für die Kampagne, schickt mir noch ein Formular zu.
- Ansonsten schlage ich vor:

Name: .....  
Vorname: .....  
Anschrift: .....  
1 ..... Berlin

Unterschrift

**Einsenden an:**  
**Initiative W.M. '95**  
**Mohrenstraße 30**  
**10117 Berlin**

SPD Neukölln, 2. Abt.,  
Spendenkonto Walter Momper:  
Bank für Gemeinwirtschaft, Konto:  
1521 8987 00: BLZ 100 101 11

**Sonntag, 29. Januar 1995**  
**18.00 Uhr. Einlaß: 17.00 Uhr**

**Walter Momper - Die Fete**  
mit vielen prominenten Gästen.  
Es spielen die Rebelguys.

**"Joe am Wedding"**  
Seestraße/Amrumer Straße  
Nahe U-Bahnhof Amrumer Straße

Eintritt: DM 10,-



Gestaltung: Uwe Weiß, Fotos: Peter ThielFoto: Mike Minehan

licherweise auf dem Weg in die Irrelevanz. In der Folge wird Sachloyalität durch Personalloyalität ersetzt werden - aber diese Loyalität ist eine andere“.

Die bisher nicht stattgefundenene innerparteiliche Debatte über die Probleme und Konsequenzen der Urwahlen muß spätestens jetzt begonnen werden. Diejenigen, die sie als Durchbruch in der innerparteilichen Demokratisierung feiern, sollten prüfen, ob sie die sich jetzt abzeichnenden bedenklichen Auswirkungen dabei auch im Sinn hatten.

### Was tun? - vier Vorschläge

1. Die Forderung nach Wiederaufhebung der Urwahl in den Satzungsbestimmungen der Partei ist gegenwärtig

didatur auf Landesebene gingen in den westlichen Bezirken gerade mal knapp über 50% der Parteimitglieder in die Wahllokale. Wäre über die gleichzeitig bestimmten Kandidaten für die Bezirksbürgermeister isoliert abgestimmt worden, so wäre ein Fiasko zu erwarten gewesen, denn in der Berichterstattung kamen diese Wahlen nicht vor. Die von vielen angeregten Abstimmungen auf unterer Ebene, z.B. über Landtags- und Bundestagsabgeordnete, sollte man daher sein lassen, es sei denn, man will das Instrument der Urabstimmung schnell ad absurdum führen.

3. Es sollte bei Urabstimmungen verhindert werden, daß Wahlkampfstäbe organisatorisch und finanziell unabhängig von den Parteistrukturen agieren.

es, man verknüpft den Wahlgang mit einer Ortsvereinsveranstaltung, auf der am Ende geheim abgestimmt wird.

Es sollte aber Klarheit darüber herrschen, daß die Urwahlen nur ein Element der schleichenden Aushöhlung der innerparteilichen Demokratie darstellen. Die Eingrenzung der mit ihr einhergehenden negativen Effekte wird nur dann wirksam sein, wenn man der Entdemokratisierung der Partei als ganzes - der Reduzierung von Parteitage auf inszenierte Medienereignisse, der Loslösung der Fraktionen und Regierungen von Entscheidungen der Partei, der Mißachtung von Programmen - entgegentritt.

1 Thomas Meyer/Klaus-Jürgen Scherer/Christoph Zöpel: Parteien in der Defensive, Köln 1994, S. 13  
2 ebd., S. 14

# Durch Wettbewerb zur Macht

Die Geschichte der SPD-Landtagsfraktion NRW 1946-1966

von Christoph Meyer\*

Rezension zu: Dieter Düding: *Zwischen Tradition und Innovation. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966*, Bonn 1995 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 37, hrsg. von Dieter Dowe und Michael Schneider). Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, 408 Seiten, DM 68,-

Rechtzeitig zum NRW-Landtagswahlkampf legt der Kölner Historiker ein Buch vor, in dem es um die Vorgeschichte der Erfolgsstory der SPD im bevölkerungsreichsten Bundesland geht. Nur den wenigsten in der jüngeren Generation dürfte bewußt sein, daß die Sozialdemokratie in den ersten zwanzig Jahren der Landesgeschichte lediglich auf Platz zwei in der Wählergunst stand, Politik und Regierung in dieser Zeit maßgeblich von der CDU geprägt wurden.

Die Landtagsfraktion stand aus zwei Gründen im Zentrum sozialdemokratischer Politik in NRW: Einmal, weil sie meistens Oppositionsfraktion war, SPD-Politik sich an der Spitze also hier abspielte und zum anderen, weil es in NRW keinen starken SPD-Landesverband gab; die traditionellen Bezirksstrukturen waren im Parteileben vorherrschend. Damit ist die Geschichte der SPD in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 1966 im wesentlichen die Geschichte ihrer Fraktion, was die Bedeutung des Buches unterstreicht.

## Juniorpartner der CDU und Defensivposition in der Nachkriegszeit

Düding unterteilt die zwanzig Jahre in drei Phasen. In der Zeit zwischen der Einberufung des ersten Landtags im Herbst 1946 und den Landtagswahlen von 1950 war die SPD als Juniorpartnerin an CDU-geführten Regierungen beteiligt, die über eine breite parlamentarische Mehrheit verfügten (bis 1948 gehörte auch die KPD der NRW-Landesre-

gierung an; die FDP nur bis 1947). In der Fraktion dominierten Politiker wie der Fraktionsvorsitzende und Dortmunder Oberbürgermeister Fritz Henßler (1886-1953), die schon in der Weimarer Republik aktive Sozialdemokraten und in der Nazizeit Widerstandskämpfer, Verfolgte, Emigranten bzw. KZ-Häftlinge gewesen waren. Beseelt von dem Willen, das Land nach sozialdemokratischen Vorstellungen zu ordnen, machte sich die SPD-Fraktion gemeinsam mit den anderen Parteien an den Aufbau des von der britischen Besatzungsmacht geschaffenen Landes. Die Errichtung der parlamentarischen Demokratie gelang - mit weitergehenden sozialistischen Zielvorstellungen scheiterten die Sozialde-

Es war also nicht nur der soziale Wandel in NRW, der die Wählerinnen und Wähler in Massen der SPD zutrieb. Es war in ganz erheblichem Maße das Werk der SPD selbst.

mokraten. Dabei hatte sich die SPD-Fraktion auf zwei Bereiche konzentriert, die ihr besonders wichtig erschienen und ihre Vorhaben im Parlament auch durchgesetzt: die Sozialisierung der Bergbauindustrie mit den Stimmen von Zentrum und KPD, die Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie mittels paritätisch besetzter Wirtschaftskammern gemeinsam mit der CDU. Beide Gesetze scheiterten 1948 bzw. 1949 am Veto der Briten. Obwohl Labour-regiert, beugte sich die Besatzungsmacht den Interessen der wirtschaftlich stärkeren US-Amerikaner. Die dritte entscheidende Niederlage brachten die stark katholisch geprägten Fraktionen von CDU und Zentrum der SPD in der Schulpolitik bei: Alle (weitgehenden) Kompromißangebote der den Gedanken der (überkonfessionellen christlichen) Gemeinschaftsschule vertretenden Sozialdemokraten

aus dem Wind schlagend, setzten sie eine Verfassung durch, die die konfessionelle Bekenntnisschule zur Regelschule erklärte, das Elternrecht über das Wohl des Kindes stellte und dafür auch die Entstehung von Zwergschulen mit bis zu acht Jahrgängen in einer Klasse billigend in Kauf nahm. Die SPD unterlag bei der Volksabstimmung über die Verfassung und bei der Landtagswahl von 1950.

Auf den Aufbruch der unmittelbaren Nachkriegszeit folgte eine sich über die gesamten 50er Jahre erstreckende Periode der Defensive. Unter dem Druck der politischen Verhältnisse in der frisch gegründeten Bundesrepublik und - konkret - unter dem Einfluß von Bundeskanzler Adenauer mußte die NRW-CDU der SPD die Regierungsbeteiligung verweigern. Durch Tod oder Abwanderung in die Bundespolitik verlor die SPD-Fraktion einen Großteil ihres Führungspersonals. Henßlers Nachfolger im Fraktionsvorsitz, der Hagener Oberbürgermeister Fritz Steinhoff (1897-1969), war nicht in der Lage, neue politische Impulse zu setzen. Der fehlende organisatorische Unterbau führte dazu, daß die geschwächte SPD-Fraktion auf Landesebene weitgehend auf sich allein gestellt war. Durch den Niedergang der sozialdemokratischen Lizenzpresse verlor die SPD an Einfluß auf die NRW-Öffentlichkeit. Während die Fraktion in der Schulpolitik trotz ihrer Kompromißbereitschaft an der harten Haltung der katholischen Landtagsmehrheit scheiterte, konnte sie sich auf zwei wichtigen Politikfeldern nicht einmal auf eine gemeinsame Linie einigen: Bei der Abstimmung über die Kommunalverfassung unterstützte ein Teil der SPD-Fraktion die Regierungsmehrheit, die für die Beibehaltung der von den Briten eingeführten Ratsverfassung mit der „Doppelspitze“, also den Dualismus zwischen Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung, eintrat, während der andere Teil für eine „unechte Magistratsverfassung“ nach preußischem Muster plädierte. Ähnlich verhielt sich die Fraktion bei der Abstimmung über die Landschaftsverbandsordnung. Daß die SPD 1956 dennoch in einer Koalition mit FDP und

Zentrum und mit Steinhoff als Ministerpräsident die Regierungsverantwortung übernehmen konnte, war nicht ihr eigenes Verdienst. Die FDP führte diesen Koalitionswechsel aus bundespolitischen Gründen herbei. Der Fähigkeit der neuen Regierung zur Politikgestaltung waren enge Grenzen gesetzt: Mit dem katholischen Zentrum ging nichts in der Schulpolitik, und die wirtschaftsliberale FDP blockierte jeden Ansatz zur Sozialisierung. Mit der Parole „Kampf dem Atomtod!“ zog die sozial-liberale Regierung in den Landtagswahlkampf von 1958. Er endete - es war das einzige Mal in der Landesgeschichte - mit der absoluten Stimmenmehrheit für die CDU.

## Modernisierung der NRW-SPD in den 60er Jahren

Es folgt der Schwerpunkt der Untersuchung - Schwerpunkt nicht nur aufgrund der besseren Quellenlage, sondern vor allem, weil der Autor die konzeptionellen und institutionellen Veränderungen in der Politik der SPD-Landtagsfraktion als entscheidend für die Übernahme der Regierungsmacht im Jahr 1966 ansieht.

Nach einer Übergangsphase unter den Fraktionsvorsitzenden Steinhoff und Kassmann übernahm der Kölner Bundestagsabgeordnete Heinz Kühn (1912-1992) die Führung des Landtagswahlkampfes von 1962 und nach der (deutlich knapperen) Wahlniederlage auch die Spitzenposition in der Fraktion. Diese personelle Entscheidung und die Modernisierung der Bundespartei (Godesberger Programm, 1959) entfalteten eine Dynamik der Innovation in der Fraktionspolitik. Kühn setzte den Aufbau einer politikfähigen Landes-Parteiorganisation durch, zog sich inner- und außerhalb der Fraktion ein Team politischer Experten heran und schuf durch den Aufbau von Arbeitskreisen zu den einzelnen Politikfeldern auf Fraktions- und Parteiebene den zur Entwicklung von tragfähigen Konzepten notwendigen Unterbau. Er sorgte für eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion; das zerrüttete Verhältnis zur katholischen Kirche wurde durch öffentlichkeitswirksame Kontakte zum Klerus verbessert. Die SPD-Fraktion unter Heinz Kühn initiierte eine Parlamentsreform, die vom Wettbewerbsgedanken zwischen Regierung und Oppo-

sition ausging und die Stellung des Oppositionsführers sowie des Parlaments stärken sollte. Die SPD-Fraktion entwickelte (ohne den Sozialisierungsgedanken auskommende) Konzepte zur Überwindung der Bergbaukrise, profilierte sich auf dem „modischen“ Gebiet der Raumordnung und Landesplanung und bemühte sich auf dem Boden der bestehenden Landesverfassung um eine soziale und konfessionelle Öffnung der NRW-Schulen. Inhaltlich-konzeptionell und - mit Ausnahme des jungen Kultusministers Mikat - auch personell hatten die Regierungsparteien CDU und FDP der schwingvoll vorgetragenen SPD-Strategie nicht viel entgegenzusetzen. Die Landtagswahl von 1966 entschied die SPD mit 49,5% und 99 von 200 Sitzen eindrucksvoll für sich. Wenige Monate später trat (zu Zeiten der Großen Koalition in Bonn!) eine sozial-liberale Koalition an, die sich bis 1980 in der Regierungsverantwortung behaupten sollte.

Es war also nicht nur der soziale Wandel in NRW, der - unter dem Decknamen „Genosse Trend“ - die Wählerinnen und Wähler in Massen der SPD zutrieb. Es war in ganz erheblichem Maße das Werk der SPD selbst, die Modernisierung von Partei- und Fraktionsarbeit auf der Landesebene, die für den Umschwung sorgte. Die Erneuerung der SPD war nicht nur die Sache der Bundespartei; die NRW-Landtagsfraktion leistete einen eigenständigen Beitrag dazu.

## Gemeinsamkeit, Wettbewerb oder Konfrontation? - Fazit

Godesberg kann nicht einfach nur als Bruch der SPD mit sozialistischen Prinzipien verstanden werden. Godesberg war auch der Bruch mit dem Dualismus, der die SPD seit dem Erfurter Programm von 1891 kennzeichnete: auf der einen Seite einen gesellschaftlichen Endzustand namens klassenlose Gesellschaft anzustreben, andererseits aber - damit unverbunden - reformistische Politik zu betreiben oder sich - wie die NRW-SPD in den fünfziger Jahren - gleich mit „stillschweigender Kooperation“ (S. 213) mit dem bürgerlichen Lager zu bescheiden. So gesehen befähigte die weltanschauliche Öffnung die SPD, die bestehende Gesellschaft zu gestalten, indem sie sich auf sie einließ.

Während die Bundespartei allerdings in erster Linie nach *Gemeinsamkeiten* mit der CDU suchte, setzten die NRW-Sozialdemokraten auf *Wettbewerb* mit der Regierung. Wettbewerb allerdings auf der Basis eines gemeinsamen Grundkonsenses, oder, um es mit den Worten von Heinz Kühn zu sagen: „Der Streit konzentriert sich zunehmend auf Prioritäten, auf Akzente, auf Methoden, nicht mehr auf die Inhalte, sondern auf die Geschwindigkeiten und Energien, mit denen man die oftmals gleichen Inhalte zu realisieren versucht“ (S. 214, Anm. 861). Diesen Grundkonsens begründete er mit „den Entwicklungen des modernen Wohlfahrtsstaates“ (ebd., Anm. 860).

Was vermag uns die Geschichte der SPD-Landtagsfraktion NRW heute zu sagen? Zweifellos lohnt sich das Studium der Oppositionsstrategie von Heinz Kühn. Viele der damals verwandten Mittel stünden der SPD auch heute gut zu Gesicht - wenn auch in modifizierter Form. Insbesondere, daß die NRW-Sozialdemokraten die Regierungsparteien - anders als im Bund - mit einer kompetitiven, nicht einfach nur kooperativen Strategie jagten und die CDU 1966 auch eindrucksvoll (und, wie sich zeigen sollte, dauerhaft) zur Strecke brachten. Allerdings haben sich die geschichtlichen Konstellationen seitdem verändert. Der auf dem erfolgreichen „Wohlfahrtsstaat“ basierende Grundkonsens wird derzeit im Namen des Standorts vom Kapital und seinen Vertretern aufgekündigt. Entscheidend ist, daß die SPD diese veränderte Grundkonstellation erkennt. Eine sozialdemokratische Strategie kann heute nicht zuerst die *Gemeinsamkeiten* suchen, sie ist auch nicht nur auf Wettbewerb, sie ist in der Sache auf Konfrontation angewiesen.

Ein Fazit zum Buch: Es ist reich an Fakten, anschaulich geschrieben und eröffnet eine neue Perspektive auf den Wandel der Sozialdemokratie von der „Klassen-“ zur „Volkspartei“. Die Lektüre lohnt sich - auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen.

\* Christoph Meyer, Köln, spw-Redaktion



# „Sahnehäubchen auf einem Kaffee, der gar nicht will“

Der Berliner Parteitag der PDS

von Frank Wilhelmy\*

Das mit „Sahnehäubchen“ und „Kaffee“ bezieht sich auf das Verhältnis von Führung und Partei der PDS und stammt vom grünen Sahnebäcker Joschka Fischer. Es ist ein durchaus schräges Bild, aber noch recht freundlich als Bewertung von Partei und Parteitag der PDS und nicht allzu ungerichtet. Heribert Prantl von der „Süddeutschen“ hingegen hatte seinen Kommentar der „1. Tagung des 4. Parteitages der PDS“ überschrieben mit: „Der Anfang vom Ende der PDS“ - um dann ähnlich wie Fischer bildhaft zu werden: „Gysi und Bisky, auch die Schriftsteller Heym und Zwerenz, die sogenannte bunte Truppe der PDS im Bundestag, ist der Schnittlauch auf einer Suppe: schwimmt obenauf, verändert aber den Geschmack und die Substanz nicht.“

Nun, den Anfang vom Ende der PDS habe ich in Berlin noch nicht verspürt. Man kann getrost davon ausgehen, daß mit der PDS noch einige Jahre zu rechnen ist. Zumindest als linke, ostdeutsche Regionalpartei (teilweise mit Volksparteicharakter) hat sie sich mit über 6000 Mandatsträgern bei 121.000 Mitgliedern im Osten (West: 2000) institutionalisiert. Zudem: Parteitage sind sicher wichtig, aber selten entscheidend. Gäbe es aber eine kurze, treffende Bezeichnung für „wieder-mal-knapp-an-der-Katastrophe-vorbeigeschrammt“, ich würde sie als Schlagwort zur Charakterisierung der Situation während des PDS-Parteitages durchaus empfehlen.

Nach ihrem Bundestagswählerfolg (mit 2.066.000 Stimmen) sollte dieser Parteitag eine Konsolidierung der Aufwärtsbewegung erreichen, ein inhaltliches und personelles Signal für die Politikfähigkeit der PDS als modernisierter sozialistischer Partei in der ganzen Bundesrepublik setzen. Vier Themen/Aufgabenkomplexe standen folgerichtig im Vordergrund: Oppositionsverständnis und parlamentarische Arbeit (Regierungstolerierung oder gar -beteiligung),

modernes sozialistisches Profil und Abgrenzung vom „Stalinismus“, Westverankerung der Partei und schließlich „PDS und Jugend“. In allen vier Bereichen hat es letztlich keine richtige Klärung gegeben. Erzwungene Formelkompromisse, eklatante Widersprüche oder schlicht Dürftiges an Inhalten konnten keine nachhaltige Motivation oder bessere Orientierung vermitteln.

Ursprünglich sollte der Parteitag „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“ diskutieren und beschließen (siehe Kasten). Das Intellektuellen- bzw. Vorstandsmehrheits-Papier, von vielen als das „Godesberg“ der PDS beargwöhnt, war aber zu spät vorgelegt worden und stieß mit Begriffen wie „Gesellschaftsvertrag“ und einem pragmatisch reformpolitischen, gestaltungswilligen Tenor auf massive Kritik und Vorbehalte aus Partei und Bundestagsgruppe. Neben der Ablehnung durch die Kommunistische Plattform und Teile der AG Junge GenossInnen befürchteten auch Westlinke und die „Zentristen“ in der PDS, z.B. Mitglieder wie Uwe Jens Heuer, daß sich die Partei zu stark von der identitätsrelevanten DDR-Vergangenheit distanzieren, sich zu sehr an die Erwartungen der bürgerlichen Öffentlichkeit und der Sozialdemokratie anpasse und ihren Antikapitalismus vernachlässige.

Die PDS-Führungs-Troika Bisky/Gysi/Modrow versuchte nun, ein abge-specktes Essential-Papier, die „Fünf wichtigsten Diskussionspunkte“ (siehe Kasten), ohne Debatte und für Bisky persönlich mit der Kandidatur als Parteichef verbunden, durchzupeitschen. Dies gelang nicht ohne eklatante Komplikationen. Zuerst stimmte der Parteitag in der Reihung der Positionen, von denen die PDS sich abgrenzen wollte, die mit einer Mitgliedschaft „unvereinbar“ seien (nationalistische, chauvinistische, antisemitische sowie stalinistische Auffassungen) den Begriff „Antikommunismus“ hinein. Das hätte womöglich den Mandatsverzicht des erklärten „Antikommunisten“ Gerhard Zwerenz, MdB, zur Folge gehabt und gleichfalls den Ausschluß von Graf Einsiedel,

MdB. In einer Kampfabstimmung fand man am anderen Tag eine Kompromißformel: „Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“ Das gestattete gleichzeitig die Duldung des Antikommunismus Einzelner, die Vereinbarkeit mit der Tradition des „demokratischen Kommunismus“ einiger anderer und die Abgrenzung vom „Stalinismus“.

Kraftakt erster Teil. Nun mußte die Kommunistische Plattform (KPF), deren Vertreterin Wagenknecht in den Vorstand wollte - was Gysi an einer Kandidatur gehindert und für Bisky vielleicht den Rücktritt bedeutet hätte, rhetorisch niedrigerungen werden. Kraftakt und Kunststück Teil zwei. Die Schwierigkeit bestand darin: geht man die KPF für scharf an, vergrätzt man die Masse der Partei gleich mit, diejenigen nämlich, denen rigider Antikapitalismus und selbst erfahrene DDR-Vergangenheit unverzichtbare Identitätselemente sind. Weiter mußte tunlichst vermieden werden, genauer zu bestimmen, was denn nun „demokratischer“ im Unterschied zum „stalinistischen“ Kommunismus ist, was kommunistische Politik heute überhaupt heißt und was davon legitim in der PDS vertreten und mit ihr umgesetzt werden könnte. Denn eigentlich sind alle klassischen Elemente, die Kommunisten stets von Sozialisten (und Sozialdemokraten) unterschieden (härtere Dogmenfestigkeit, Avantgardismus, Zentralismus, instrumentelles Demokratieverständnis, systemzerstörendes Revolutionsverständnis, Gewaltfrage etc.) in der PDS offiziell explizit nicht mehr programmatisch vorhanden bzw. werden sie strikt abgelehnt.

Eine wirkliche inhaltliche Diskussion über die ideologischen Grundlagen der PDS-Politik (die von ihr gerne auch mit dem Etikett „Pluralismus“ abgewiegelt wird), hätte m.E. unweigerlich zu Brüchen und Spaltungen führen müssen. Das nicht tun zu müssen, um den bislang nützlichen heterogenen Sammelbeckencharakter der Partei nicht zu gefährden,

war das Problem: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!

Die KPF symbolisch zu bezwingen, ohne es bis zur letzten Konsequenz durchfechten zu wollen (und machtpolitisch zu können) war die rhetorische Leistung Gysis. Er kämpfte gegen eine nach seinem (und meinem) eigenem Empfinden „beklemmende“ Stimmung im Saale an: böse Ressentiments gegen die Führung, die öffnende programmatische Bewegung zu erreichen suchte. Sein Manöver: er koppelte die emotional tiefe Ablehnung der Partei für die russische Tschetschenienintervention mit einem Zitat aus Wagenknechts Buch „Antisozialistische Strategien...“ Sie hatte über Prag 1968 geschrieben (S. 153): „Nicht nur war die KPC weitgehend auf einen sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt; die Entwicklung erreichte schließlich einen Punkt, an dem der Status quo im Sozialistischen Lager ernsthaft erschüttert zu werden drohte und binnen kurzem sich in Prag die Machtfrage stellen konnte.“ Genau in diesem Moment habe die Sowjetunion eingegriffen und die „Konterrevolution“ niedergeworfen. Kein Wort habe sie, so bemerkte Gysi dazu richtig, zur Verurteilung der damaligen Intervention verlo-

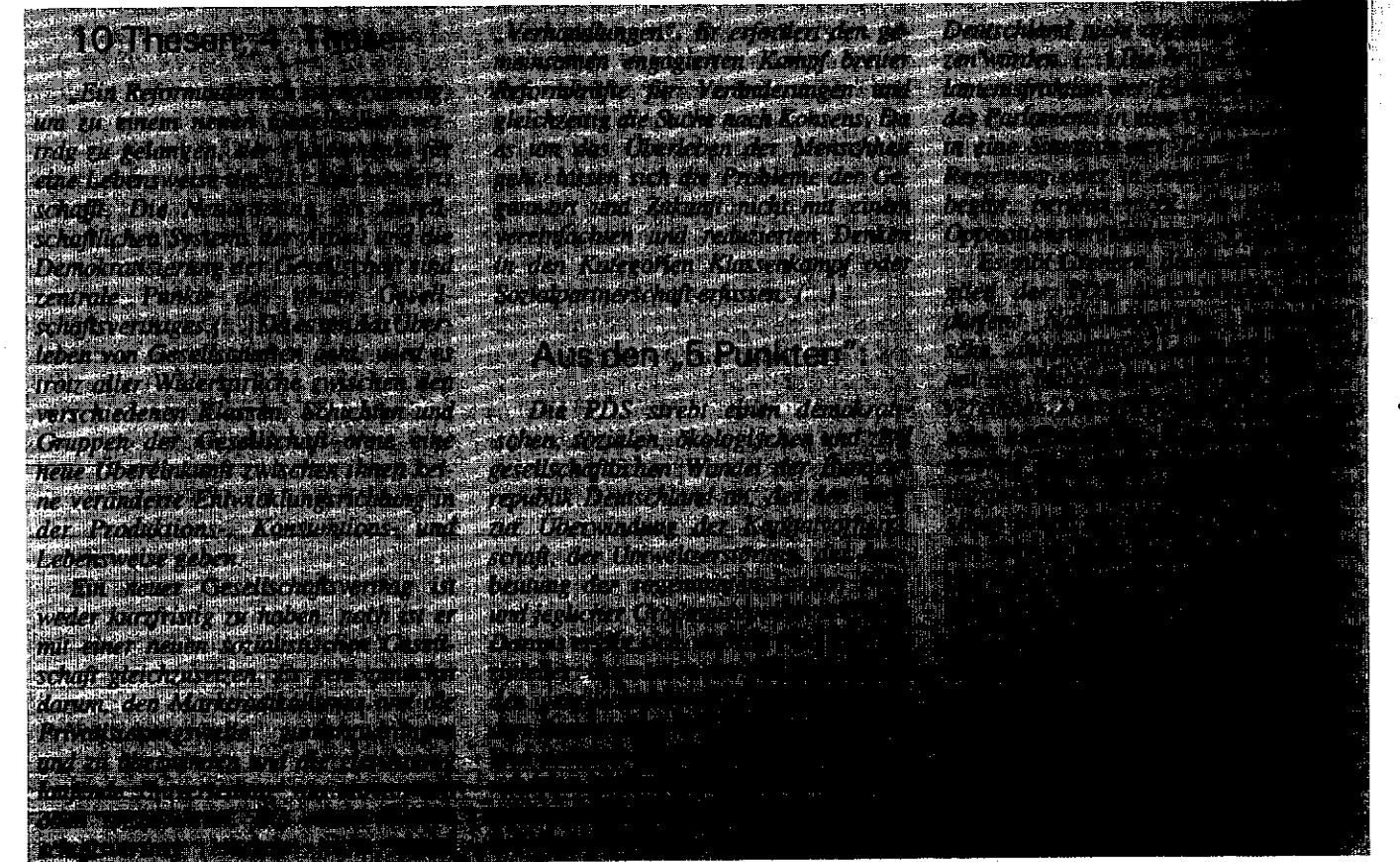
ren. Die PDS könne aber heute nur dann glaubwürdig gegen den Tschetschenienkrieg auftreten, wenn sie prinzipiell das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkenne und deshalb auch die damalige Intervention verurteile. Das war der Durchbruch. Riesenapplaus für Gysi.

Bei den Vorstandswahlen wurde Bisky mit 83% zum Vorsitzenden wiedergewählt (was überraschte - er selbst hatte mit größerer Ablehnung gerechnet und wohl auch überlegt, ob er den Bettel hinschmeißen solle), Wagenknecht scheiterte knapp mit 33% der Stimmen. Die Zeche, den indirekten Denkkzettel für die Führungsspitze, zahlten der Westsi Wolfgang Gehrke, der drei Wahlgänge brauchte, um stellvertretender Parteivorsitzender zu werden und besonders der programmatische Kopf und ehemalige Wahlkampfleiter André Brie, der sich im Kampf um die Position des Geschäftsführers nicht gegen den amtierenden Genossen Harnack durchsetzen konnte - später (nach persönlicher Bedenkzeit, ob er noch weiter kandidieren solle) aber mit besserem Ergebnis als Gysi in den Vorstand gewählt wurde.

Die Jugenddebatte erbrachte neben dem Ergebnis, daß man keinen Jugendverband der PDS wolle, da dies „kontra-

produktiv“ bzw. „antiquiert“ sei, die Rolle rückwärts im Oppositionsverständnis. War in den „5 Punkten“ von Tolerierung und Koalition die Rede (siehe Kasten), setzte der Beschluß „PDS und Jugend“ massiv auf außerparlamentarischen Druck und fundamentalere Opposition: „Die PDS ist keine Regierung im Wartestand.“

Die Debatte um die Verankerung der PDS im Westen war schließlich die zweitwichtigste und -schwierigste und zugleich aber auch dürfzigste des gesamten Parteitages. Neben rührenden Erfahrungsberichten waren Wiederholungen der inhaltlichen Positionen der PDS zu hören, Selbstermunterungen und Banalitäten. Die Beschlußfassung listete die Bereiche und Ebenen auf, wo man wie bisher oder mehr als zuvor oder immer mehr arbeiten will. Geniale strategische Durchbrüche wie: Der Parteivorstand berät regelmäßig mit den westlichen Landesverbänden!- oder: Zentrale Konferenzen finden künftig verstärkt im Westen statt! - verdeutlichen das Grundproblem der PDS. Ihre Zukunft entscheidet sich im Westen. Momentan sieht es da duster aus, wenn man die Ausstrahlung des Parteitages nehmen wollte. Da fällt mir denn doch unweigerlich der Prantl wieder ein-



\* Frank Wilhelmy, Bad Münster a. St., Politikwissenschaftler, Sprecher des Juso-Bezirktes Rheinland-Hessen-Nassau

# „Einzig aussichtsreich ist die Idee eines libertären Sozialismus“

Interview mit André Brie\*

**spw:** Im Unterschied zur Partei- und Bundestagsgruppenführung (Bisky, Gysi) hast Du den Parteitag der PDS harsch kritisiert. Du hast den Widerspruch festgestellt, daß die Partei zwei sich ausschließende Beschlüsse zu ihrem Oppositionsverständnis verabschiedet hat: Fundamentalopposition und Verweigerung versus Bereitschaft zum Mitgestalten, Tolerieren, evtl. langfristig Mitregieren...

**Brie:** Ja, ich frage mich, warum gleiche und sehr große Mehrheiten an einem Tag zu einer entscheidenden Frage des Politikverständnisses und im übrigen auch der Politikfähigkeit der PDS das eine und am nächsten Tag das Gegenteil beschließen. Warum sind wir uns so wenig bewußt, was wir beschließen? Natürlich haben die schlechte und sehr späte Vorbereitung des Parteitages durch den Parteivorstand und das Fehlen einer transparenten Diskussion innerhalb der PDS im Vorfeld des Parteitages (ebenfalls durch die mangelhafte Arbeit des Vorstandes, dem ich angehöre und in dessen Kritik ich einzuschließen bin) die Parteitagsdelegierten vor eine fast unlösbare Aufgabe gestellt. Ich denke, daß ganz prinzipielle Entwicklungsprobleme der PDS deutlich geworden sind: eine Flucht aus realer Widersprüchlichkeit und der Unbequemlichkeit von Politik; eine immer noch existierende Harmoniehehnsucht; eine defizitäre Kommunikation, ein noch wenig entwickelter Diskurs innerhalb der PDS; das Fehlen einer ausreichenden theoretischen Versicherung.

Vieles kann gar nicht anders sein. Der Kollaps der SED, aus der die PDS kommt, ihrer Praxis und ihrer Theoriegebäude liegt erst 5 Jahre zurück. Die gesamte Linke steht vor grundlegend neuen theoretischen und praktischen Fragestellungen und befindet sich in einer geradezu katastrophalen Defensive. Immerhin war der jüngste Parteitag der PDS aber auch zum ersten Mal dadurch gekennzeichnet, daß sich der innerparteiliche Pluralismus auch gegen die bis-

her so klar dominierende Linie von Bisky und Gysi durchsetzte. Als deren Anhänger bedaure ich das einerseits, andererseits - und das ist zunächst sogar wichtiger - ist es Ausdruck für einen fortgeschrittenen Emanzipationsprozeß, für eine endlich vollzogene Abnabelung von der SED. Kern meiner Kritik ist, daß es noch nicht gelungen ist, Neues in der PDS zu vereinbaren, zu einer Strategie des konkreten und wirksamen Eingreifens in Politik und Gesellschaft der BRD überzugehen.

## Das „Stalinismus“-Problem

**spw:** In der beschlossenen Abgrenzung vom „Stalinismus“ (aber auch vom „Antikommunismus“) sollte wohl ein starkes Signal gegen ein wie auch immer geartetes „orthodoxes“ Sozialismusverständnis und gegen nostalgische Vergangenheitsverklärung gesetzt werden. Findest Du nicht, daß der „Stalinismusbegriff“ dafür eigentlich ungeeignet ist? Ist es nicht eine kolossale Verharmlosung des stalinistischen Terrors, wenn man Ulbricht-Nostalgikerinnen wie Sahra Wagenknecht so bezeichnet?

**Brie:** Hinsichtlich des Stalinismus-Begriffes befand und befindet sich die PDS in einem mehrfachen Dilemma. Erstens begann die Geschichte der PDS auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 mit einer massiven Auseinandersetzung mit dem gescheiterten staatssozialistischen System der DDR, das damals von Markus Wolf als „Stalinismus in den Farben der DDR“ und auch von praktisch allen anderen Rednerinnen und Rednern als stalinistisch gekennzeichnet wurde. Das mag man heute wissenschaftlich und politisch für falsch halten, weil es die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Zeit des stalinistischen Terrors und dem Poststalinismus verwischt. Es ist aber real gewordene Geschichte der PDS. Jeder Versuch, diese Ursprungsdiskussion „umzukrempeln“, würde nicht nur als Zurückgehen hinter die damalige Schärfe der Auseinandersetzung aufgefaßt werden, sondern vorhandene Tendenzen, genau das zu tun, bestärken.

Zweitens gibt es in der PDS Kräfte, die zwar Stalins Terror-Regime kritisieren, aber glauben und glauben machen wollen, daß damit der Rest staatssozialistischer Zeit mehr oder weniger Bestand haben könne. Drittens. Die Politik des Massenmordes und extremer Repressionen unter Stalin hatte Voraussetzungen: Demokratiefreudigkeit, antiemanzipatorische politische und gesellschaftliche Praxis, die Mißachtung der politischen und individuellen Menschenrechte, Zentralismus und Dirigismus usw. Genau diese Voraussetzungen blieben aber auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU als prägende Züge der staatssozialistischen Gesellschaften und der Politik der kommunistischen Parteien erhalten. Diese Kontinuität war letztlich für die Reformunfähigkeit der „real sozialistischen Länder“ verantwortlich und wurde mit der Verwendung des Begriffs des Stalinismus auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED betont.

**spw:** Wie auch immer, gab bzw. gibt es denn „Stalinisten“ in der PDS? Worum geht es wirklich? Wo ist die inhaltliche Linie, ab der sich die „pluralistische“ PDS (Selbstbezeichnung) abgrenzen muß?

**Brie:** Die Verharmlosung des stalinistischen Terrors ist tatsächlich selten geworden, und in dieser Hinsicht gibt es in der PDS praktisch keine „Stalinisten“. Ich bin mir durchaus bewußt, daß mit dieser Debatte über Stalinismus und Antistalinismus, Kommunismus und Antikommunismus, Gysi/Bisky contra Wagenknecht die eigentlichen Probleme, Widersprüche und Inhalte eher verschleiert werden können. Der eigentliche Gegenstand der Auseinandersetzungen in der PDS ist nur ungenügend bewußt. Die PDS will einen linken Pluralismus in der Partei, und sie hat bislang davon durchaus profitiert. Kommunistisches Gedankengut (leider meistens in orthodoxer Form, selten wirklich bei Rosa Luxemburg oder Antonio Gramsci oder dem alten Trotzki anknüpfend), linksalternative Vorstellungen, linkssozialdemokratische Orientierungen, radikal ökologische und radikal feministische Positionen oder eine ziemlich starke Arbeitsgemeinschaft von Christinnen

und Christen in und bei der PDS haben die programmatische Diskussion der PDS deutlich vorangebracht. Dieser Pluralismus in der PDS kann aber selbstverständlich nicht beliebig sein. Soll die immer noch offene Entwicklung eines neuen sozialistischen Projekts gelingen, so muß dieser Pluralismus Sozialismus, Demokratie und Libertät verbinden, und das nicht als Wortgeschwafel, sondern in konkreter Politik.

**spw:** Gibt es denn dafür Resonanz bzw. Träger in der Partei?

**Brie:** Es treffen in der PDS zumindest drei programmatische Richtungen aufeinander, eine sicherlich eher schwache, die weitgehend an den Sozialismustheorien der Vergangenheit festhält (unter dem Motto „Zurück zu Lenin“), eine zweite, wahrscheinlich die dominierende, die bestrebt ist, sozialistische Positionen mit einem wirklichen Demokratismus zu verbinden, aber Sozialismus nach wie vor primär als Verstaatlichung sieht und auch in ihren aktuellen politischen Vorstellungen staatsorientiert ist. Schließlich gibt es eine dritte Richtung, die ich persönlich für die einzig aussichtsreiche bei der Erneuerung des sozialistischen Projekts halte, die Idee eines libertären Sozialismus, in dem westliche Moderne und Sozialismus zusammengedacht werden. Rainer Land charakterisierte diese Richtung in einem unveröffentlichten Artikel („Orthodoxie und Modernität in der PDS“) wie folgt: „Diese Gesellschafts- und Reformvorstellungen gehen davon aus, daß die spezifischen Eigendynamiken moderner westlicher Gesellschaften, etwa die Modernisierungs- und Innovationsantriebe der Kapitalwirtschaft nicht aufgehoben werden können oder sollten. Vielmehr wird angenommen, daß die negativen sozialen und ökologischen Wirkungen der Moderne beherrschbar und sogar emanzipatorisch-progressiv gewendet werden können, wenn es gelingt, partizipatorische Brücken zwischen „Systemen“ und Individuen einzubauen. An die Stelle staatlicher Interventionen sollen hier zivilgesellschaftliche und sozialgemeinschaftliche Partizipation treten...“

Bisher hat in der PDS die Diskussion und Auseinandersetzung um eine solche Programmatik und Politik noch nicht einmal richtig begonnen. Unabhängig davon muß aber in der PDS bereits jetzt klar sein, daß undemokratische Politikvorstellungen in der PDS nichts zu suchen haben. Das ungelöste Problem be-

steht jedoch darin, daß natürlich niemand in der PDS sich zu solchen (undemokratischen) Positionen bekennen würde...

## Perspektiven der PDS

**spw:** Du hast immer wieder auf die Strukturprobleme der PDS hingewiesen. Neben der weiter anstehenden Klärung der inhaltlichen Fragen wird das langfristige Überleben der PDS von der Profilierung als gesamtdeutsche linke Partei (bis zur Bundestagswahl 1998) abhängen. Bis heute hat sich aber an der kümmerlichen Existenz der West-PDS nichts geändert. „Massenzulauf“ hat die PDS im Westen lediglich durch Kader altlinker Sekten...

**Brie:** Die PDS hat in Westdeutschland keinen „Massenzulauf“. Immerhin dürfte sie die einzige linke Gruppierung sein, die in den vergangenen zwei Jahren ihre Mitgliederzahl substantiell vergrößert hat. Um das gleich und entscheidend zu relativieren: die Zahl stieg von 500 auf 2000. Der größere Teil des „Zulaufs“ sind junge Menschen. Gleichzeitig ist die PDS durch ihren Wahlerfolg, zu dem ja auch die Wahl von 5 Bundestagsabgeordneten in den westdeutschen Ländern gehört, für etliche alte linke Gruppierungen interessant geworden. Das Problem sind nur selten deren einzelne Mitglieder, sondern ist die Tatsache, daß angesichts der personellen Schwäche der PDS in Westdeutschland schon eine gut organisierte Gruppe von 10 oder 20 Leuten den Charakter eines ganzen PDS-Landesverbandes völlig ändern kann.

Die eigentliche Schwierigkeit ist jedoch eine völlig andere. Es gibt gegenwärtig keine gesellschaftliche Bewegung, aus der heraus sich ein neues sozialistisches Projekt entwickeln könnte, so wie beispielsweise die Grünen aus dem Aufbruch 1968, der Anti-KKW-, der Frauen- und der Friedensbewegung der 70er Jahre entstanden sind. Wir handeln aus Abwehrkämpfen heraus, aus dem gerade erfolgten, sehr umfassenden Scheitern eines sozialistischen Versuchs, aus der Defensive. Es gibt keine Patentrezepte. Ich bin überzeugt, daß eine sozialistische Partei nur als bundesweite Partei eine Perspektive hat. Ich bin auch überzeugt, daß es links von SPD und Grünen genügend Platz für eine solche Partei gibt und daß eine im demokratischen und libertären Sinne moderne antikapitalistische und sozialistische

Partei im Ensemble anderer politischer Kräfte in der BRD dringend erforderlich ist. Aber Parteien sind auch kulturelle Phänomene und lassen sich nicht „künstlich“ oder administrativ entwickeln. Das langfristige Überleben der PDS - in dieser Hinsicht stimme ich völlig zu - wird sich mit der Profilierung als bundesweite Linkspartei entscheiden und maßgeblich vom Bundestagswahlergebnis 1998 abhängen. Dafür ist in Westdeutschland und Westberlin mindestens eine Verdoppelung der 1994 erreichten 1 % erforderlich.

**spw:** Die „taz“ hat unlängst süffisant getitelt, daß die PDS programmatisch auf dem Weg nach „Godesberg“ sei. Die Kommunistische Plattform hat dies naturgemäß beklagt, andere haben es als Taktik abgetan, wiederum andere sehen darin eine Unausweichlichkeit: Wie anders als reformistisch, also sozialdemokratisch kann denn heute noch linke Politik begründet und organisiert werden?

**Brie:** Warum eigentlich sind wir allesamt nur in der Lage, in zwei Polen zu denken: sozialdemokratisch - kommunistisch, revolutionär - reformistisch, schwarz - weiß oder wie ein Computer 1 - 0? Das Bild von Godesberg stimmt in keiner Weise. Die SPD war lange eine reformistische und nicht eine linkssozialdemokratische Partei. Die PDS ist nicht auf dem Weg nach Godesberg. Es gibt nichts Überflüssigeres im deutschen Parteiensystem als eine zweite sozialdemokratische Partei, und es gibt in der Linken nichts Anachronistischeres als den kommunistischen Parteityp. Die Perspektive der PDS liegt nicht zwischen, sondern jenseits der Pole von Sozialdemokratismus und Kommunismus. Reformen können viel revolutionärer sein als der verhängnisvolle Versuch, „alle Mächte der alten Gesellschaft zu zerschlagen“ oder die neue Gesellschaft auf den Trümmern der alten aufzubauen. Man mag reformistisch und sozialdemokratisch zu Recht gleichsetzen. Reformistisch und sozialdemokratisch jedoch sind keine Synonyme. Das reformistische wird erst dann reformistisch, wenn das Ziel einer gesellschaftlichen Alternative aufgegeben wird, in der die sozialen, kulturellen, ökologischen und anderen gemeinschaftlichen Interessen vorherrschen und realisiert werden können (im übrigen, ohne die anderen Interessen zu ersticken).

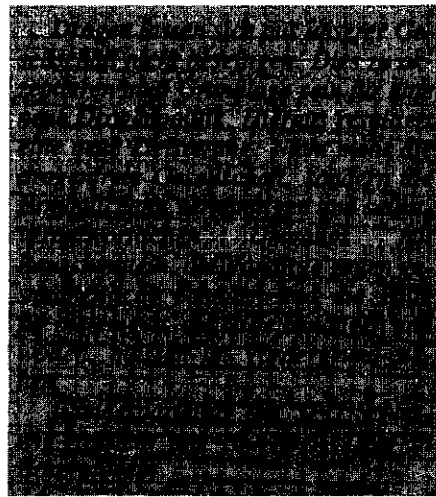
\* Dr. André Brie, Berlin, Politikwissenschaftler, Mitglied im Parteivorstand der PDS. Für spw führte Frank Wilhelm das Gespräch.



# Neue Drogenpolitik in der BRD

von Konrad Nabel

Hätte zu Beginn der neuen drogenpolitischen Debatte Ende der 80er Jahre in Schleswig-Holstein jemand behauptet, ab 1994 würde bundesweit über die Frage gestritten, wie Cannabis-Produkte so ans Volk gebracht werden können, daß einerseits den Gesetzen Genüge getan, andererseits man den Ansprüchen eines vorangegangenen Verfassungsgerichtsurteils gerecht würde, so wäre dieser Mensch für verrückt erklärt worden.



Tatsächlich gibt es diesen Streit seit Mitte des letzten Jahres. Er wird öffentlich und mit viel Vehemenz ausgetragen; die Schlachtlinien sind (fast) dieselben wie in den 70er Jahren, doch das Gewicht der Kontrahenten hat sich durch das Verfassungsgerichtsurteil vom März 1994 verschoben: Das „Cannabis-Urteil“ testiert der herrschenden Drogenpolitik zwar die Verfassungsmäßigkeit und spricht sich gegen das vom Lübecker Richter Wolfgang Neskovic postulierte „Recht auf Rausch“ aus, nimmt jedoch gleichzeitig die Androhung der Strafverfolgung von den KonsumentInnen, räumt auf mit der Mär von der Einstiegsdroge Haschisch, hält die gesundheitlichen Folgen des Cannabis-Konsums für wissenschaftlich untersuchungswürdig - und damit nicht mehr für feststehend negativ - und öffnet nach Ansicht vieler in der Gesundheits- und

Justizpolitik sogar die Möglichkeit, über legale Erwerbsmöglichkeiten für KonsumentInnen nachzudenken.

## Die gemeinsame Richtlinie zu §31a BtMG

Insgesamt bestätigte das Verfassungsgericht damit die ersten Entkriminalisierungsschritte, die nach der Ergänzung des Betäubungsmittelrechts um den §31a eingeleitet wurden, hob aber zusätzlich die Möglichkeit, auf Sanktionen zu verzichten, in den Rang eines verfassungsrechtlichen Gebots. Schleswig-Holstein hatte bereits im Mai 1993 als erstes Bundesland eine Richtlinie zur Umsetzung des §31a BtMG<sup>1</sup> beschlossen, nach der die Staatsanwaltschaft in der Regel - auch in Wiederholungsfällen - von der Verfolgung absieht, wenn „Anbau, Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr, Erwerb, Verschaffen in sonstiger Weise oder Besitz (von Drogen) ... lediglich dem Eigenverbrauch in geringer Menge“ dienen. Als geringe Mengen wurden definiert: 30 g Cannabisprodukte, 5 g Kokain oder Amphetamine und 1 g Heroin.

Die durch das Urteil dem Bund und den Ländern gegebenen Aufträge erzeugten zunächst zwar viel Geschäftigkeit, Ergebnisse sind aber noch nicht wirklich greifbar. So konnten sich die JustizministerInnen bislang nicht zu einer einheitlichen Bewertung der „geringen Menge“ durchringen. Eine Einigung scheiterte nicht nur an der starren Haltung Bayerns, sondern auch an den neuen Bundesländern, die sich neuen, bisher nicht gekannten Problemen gegenüber sahen, und auch an einigen SPD-regierten West-Ländern.

Dagegen haben die für die Gesundheit zuständigen MinisterInnen den Auftrag des Verfassungsgerichts offensiver angenommen, zu prüfen, ob mit einer eher liberalen Handhabung - vergleichbar der in den Niederlanden - die drogenpolitischen Ziele besser als derzeit umgesetzt werden können. In ihrer gemeinsamen Entschließung vom November 1994 haben sie sich darauf verständigt, neue gesundheitspolitische Konzepte zu erarbeiten, mit dem Ziel, „zu einer der Realität entsprechenden Neuber-

wertung weicher Drogen zu kommen und damit auch die Konsumenten weicher Drogen vor dem kriminellen Umfeld zu schützen“. Dabei sind auf der Grundlage auch „der Analyse der in europäischen Nachbarstaaten gemachten Erfahrungen“ die „rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten von einzelnen ... Maßnahmen ... beim regelnden Eingriff in den illegalen Cannabismarkt zu prüfen“<sup>2</sup>.

Damit ist natürlich auch die Frage nach legalen Möglichkeiten des Erwerbs der immer noch illegalen Droge Cannabis gemeint. Entsprechend dem Ursprung der Initiative für diese Entschließung wurde die schleswig-holsteinische Gesundheitsministerin Heide Moser mit der Federführung bei diesem Vorhaben beauftragt. Ihr lautes Nachdenken, wie denn solche Maßnahmen aussehen könnten - vielleicht eben wie in den Niederlanden die Coffee-Shops - hat die aktuelle Auseinandersetzung neu entfacht.

Auch wenn die schleswig-holsteinische SPD auch in der Bundespartei gezielt auch auf diese Position hingearbeitet hat, ist es nötig, die hinter dieser Auseinandersetzung vielfach vergessenen anderen Bestandteile der Drogen- und Suchthilfepolitik aufzuzeigen, die für Betroffene und das Hilfesystem mindestens eine genauso große, meist eine größere Rolle spielen. Neben der Entkriminalisierung von DrogenbenutzerInnen und der angestrebten Trennung der Märkte sind die Prävention, das Beratungs- und Hilfesystem sowie die Substitution Bestandteile einer modernen Drogen- und Suchthilfepolitik, die sich seit 1988 zunächst im Land, in vielen Teilen auch bundesweit zunehmender Akzeptanz erfreut.

## Ein umfassender Suchtbegriff

Eine der Grundlagen der schleswig-holsteinischen Drogenpolitik ist ein umfassender Suchtbegriff, der nicht unterscheidet zwischen legalen und illegalen Suchtmitteln, der sowohl für stofflich als auch für nicht stofflich gebundene Suchtverhalten gilt. Sucht wird als Folge eines vor Konfliktsituationen ausweichenden Verhaltens gesehen, das sich

im Laufe der Zeit bei häufigen „Erfolgs-erlebnissen“ zunächst über die Gewöhnung zu einem zwanghaften Verhaltensmuster entwickelt und damit die Betroffenen krank macht.

Die Bedingungen für die Entstehung von Sucht sind vielfältig, jeder und jede Süchtige hat seine eigene „Suchtkarriere“, aber maßgeblich für die Entstehung von Sucht ist auch das Lebensumfeld, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können die Entwicklung süchtiger Verhaltensweisen begünstigen.

Hauptziel bleibt neben der Entkriminalisierung von DrogenbenutzerInnen und der Anerkennung von Sucht als behandlungsbedürftiger Krankheit (auf der Basis der WHO-Definition von 1964) bei allen Sozialleistungsträgern - und damit die konsequente Anwendung des Regelsystems der gesundheitlichen Versorgung in vollem Umfang auf die Suchtgefährdeten und Suchtkranken - die gesellschaftliche Integration von Suchtkranken und die Suchtvorbeugung.

## Prävention

Gesundheitspolitik im allgemeinen und Drogenpolitik im speziellen baut nach sozialdemokratischem Verständnis auf einer weitgefaßten Prävention auf. Der „Suchthilfebericht 1995“<sup>3</sup> der schleswig-holsteinischen Landesregierung nennt „neben der Förderung eines angemessenen Gesundheitsverhaltens und der Stärkung von Eigenverantwortung, Konfliktfähigkeit und sozialer Kompetenz ... die angemessene Gestaltung von allgemeinen Lebensbedingungen“, führt also sowohl verhaltens- als auch verhältnisbezogene Präventionsziele auf.

Zwar werden die gesundheits- und sozialpolitischen Ziele von Prävention wie schon im ersten „Drogenhilfeplan - Suchthilfe in Schleswig-Holstein“<sup>4</sup> auf die Abstinenz von Suchtmitteln jeder Art gerichtet, darüber hinaus wird Suchtvorbeugung jedoch „auch auf das Ziel eines kontrollierten Umganges mit Drogen, dem bestimmungsgemäßen Gebrauch von Medikamenten und Selbstkritik gegenüber sonstigen Alltagssüchten ausgerichtet“<sup>5</sup>.

Seit 1991 wurde der Präventionsbereich erheblich gestärkt durch die Einrichtung einer Zentralstelle für Suchtvorbeugung, einer Koordinationsstelle für schulische Suchtvorbeugung und die Verankerung von Prävention als Quer-

schnittsaufgabe aller Schularten. Beide Einrichtungen werden im Land und zum Teil bundesweit stark nachgefragt, die Ausbildung zur Suchtpräventionskraft<sup>6</sup> wurde von rund 300 TeilnehmerInnen aufgenommen, darüber hinaus arbeiten weit über 150 MultiplikatorInnen im präventiven Bereich.

Dem dänischen und holländischen Modell folgend wird dabei zunehmend berücksichtigt, daß viele junge Menschen Cannabisprodukte gebrauchen. Wie für Alkohol und andere legale Drogen gilt: Die Droge Cannabis muß entmystifiziert werden, über Hanf als Kultur- und Nutzpflanze muß genauso informiert werden wie über den vernünftigen Umgang mit Cannabis und gesundheitliche Risiken aus dem Cannabiskonsum.

## Beratung und Hilfe

Das zweite Standbein der schleswig-holsteinischen Suchthilfepolitik ist eine inzwischen dichte Beratungs-Infrastruktur, die auf der 1988 vorgefundenen auf- und ausgebaut wurde. Im Hinblick auf das Ziel, drogenkranke Menschen zu entkriminalisieren und damit zu entstigmatisieren, wurde die Trennung der Beratungs- und Hilfeangebote für Abhängige von legalen und illegalen Drogen aufgegeben, wo dies aus medizinischer und sozialpädagogischer Sicht gerechtfertigt ist. Beratung für KonsumentInnen illegaler Drogen und ihre Angehörigen findet heute nicht nur in neuen, auf möglichst breite konzeptionelle Vielfalt angelegten niedrigschwelligen Beratungsstellen statt, sondern auch in einigen ehemals ausschließlich auf Alkohol-Probleme spezialisierten Einrichtungen. Darüber hinaus steuern mobile Beratungsstellen zusätzliche Orte an, einige StreetworkerInnen arbeiten direkt in der Szene. Mit nur rund 43.000 EinwohnerInnen pro BeraterIn liegt Schleswig-Holstein nach Bremen bundesweit an der Spitze.

Das Beratungs- und Hilfeangebot für Suchtkranke trägt den speziellen Bedürfnissen unterschiedlicher Zielgruppen Rechnung: So gibt es eigene Beratungs- und Hilfeangebote für Frauen, Kinder, HIV-infizierte Menschen und Strafgefangene. Ebenso großer Wert wurde auf ein breites konzeptionelles Spektrum gelegt. Dabei sind die niedrigschwelligen Hilfen als suchtbegleitende Hilfen oder Überlebenshilfen von zentraler Bedeutung. Suchtkranke Men-

schen müssen sich nicht mehr durch ein glaubhaft versichertes Abstinenzziel für Hilfeangebote der Gesellschaft „qualifizieren“, sondern jeder und jedem stehen die individuell nötigen Hilfen zu.

In diesem Sinne konnte das Medikamentengestützte Therapiekonzept („Methadon-Programm“) des Landes erheblich erweitert werden. 1990 wurde die Substitutionsbehandlung opiatabhängiger Menschen zunächst mit 30 Patienten begonnen, Anfang 1995 sind es bereits über 400 Drogenabhängige, die in Schleswig-Holstein Polamidon L/Methadon erhalten. Ein nicht mehr wegzudenkender Baustein im Rahmen der Substitutionsbehandlung für Drogenabhängige ist die Drogenambulanz in Kiel, in der neben Methadon auch Codein zur Substitution abgegeben wird.

Daneben wurden gleichzeitig die Entgiftungsstationen und auch die abstinenzorientierten Langzeittherapieeinrichtungen erheblich erweitert, so daß die Versorgung mit stationären Therapieplätzen in Schleswig-Holstein von den Experten für ausreichend gehalten wird. Gab es früher bis zu Wartezeiten bis zu 6 Monaten, so können Suchtkranke nach dem Entzug heute innerhalb weniger Wochen einen Therapieplatz erhalten.

Von entscheidender Bedeutung ist also die Bereitstellung einer breiten Palette von Beratungs- und Hilfeangeboten für Menschen mit Drogen- und Suchtproblemen. Diese werden von Betroffenen und Angehörigen zunehmend angenommen und auch in der Bevölkerung mehr und mehr akzeptiert.

- 1 Gemeinsame Richtlinie zur Umsetzung des §31a BtMG, Schleswig-Holsteinisches Amtsblatt, S. 675ff. (beteiligt waren: Justizminister, Minister für Arbeit und Soziales, Jugend, Gesundheit und Energie, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Frauenministerin)
- 2 Entschließung der 67. GMK am 17/18.11.1994, u.a. zitiert im „Suchthilfeplan 1995“, S. 157
- 3 Suchthilfebericht für Schleswig-Holstein, Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein, Kabinettsbeschluss vom 07.02.95
- 4 Drogenhilfeplan - Suchthilfe in Schleswig-Holstein, Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein, 1991
- 5 Suchthilfebericht 1995, a.a.O., S. 19
- 6 Informationen zu dieser bundesweit bisher einmaligen Ausbildung: Landesstelle gegen die Suchtgefahren, Schauenburger Straße 36, 24105 Kiel

\* Konrad Nabel MdL, Ahrensburg, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

# Wohnen als Problem der Gerechtigkeit

von Hans-Günter Bell\*

Rezension zu: Peter Conradi/Christoph Zöpel: *Wohnen in Deutschland - Not im Luxus, erschienen bei Hoffmann und Campe, Hamburg 1994, 336 Seiten.*

Die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Conradi und Christoph Zöpel haben ein Buch vorgelegt, von dem sie selbst sagen, daß es „kein weiteres Fachbuch“ sein solle, sondern das sich an interessierte Laien wendet. Sie wollen „zeigen, welche Wohnprobleme Menschen in unserer Gesellschaft haben können und welche Möglichkeiten es gibt, diese Probleme zu lösen.“ (23)

Am Anfang des Buches stehen daher Zahlen und Fakten: Zur unterschiedlichen Wohnversorgung in europäischen Ländern, zur Größe der Wohnungen, zum Wohnungsbestand in Deutschland, u.a.m. Es folgt eine Darstellung der Entwicklung der Wohnungspolitik in Deutschland nach 1949, die die Autoren zusammenfassend als „Erfolgsstory“ bewerten. Beständig sei die Zahl der Wohnungen in Deutschland gestiegen, die Wohnfläche je Einwohner habe sich außerordentlich vergrößert und die Qualität der Wohnungen sei besser geworden. „Dennoch haben Ungerechtigkeiten eher zugenommen, wird eines der existenziellen, der ursprünglichsten Bedürfnisse des Menschen, in sozialer Geborgenheit zu leben, für viele nicht erfüllt. *Wohnen in Deutschland ist und bleibt ein Problem der Gerechtigkeit*“ (68).

Deutlich fällt die Kritik an der Wohnungspolitik der Bundesregierung nach 1982 aus. Zu ihren Maßnahmen gehörten u.a. die Lockerung des Mietrechts, die Aufhebung der Steuerbefreiung für gemeinnützige Unternehmen und eine fortgesetzte Verringerung der Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau bis hin zum Rückzug des Bundes aus der Förderung für Mietwohnungen im Jahre 1984. Diese Wohnungspolitik führte zu einem kurzfristigen Anstieg der Neubauten im Jahr 1984. Darauf folgte jedoch ein stetiger Rückgang der Neubautätigkeit, bis 1988 mit 209.000 Wohnungen ein Tief-

stand erreicht wurde, während gleichzeitig die Mieten deutlich anstiegen. Diese Regierung habe „durch tatsächliche falsche Wohnungspolitik Wohnungsmangel und unnötige Mietsteigerungen herbeigeführt“ (118).

Dieser gescheiterten Wohnungspolitik stellen die Autoren ihre Vorstellungen einer „Wohnungspolitik über die neunziger Jahre hinaus“ entgegen, die drei Grundentscheidungen verpflichtet ist:

- „Der Bau neuer Wohnungen (...) bedarf der steuerlichen Förderung“, (172)
- „Ein ausreichender Bestand an Sozialwohnungen (...) ist erforderlich“, (ebd.).
- „Die Vermietung von Wohnungen und die Gestaltung der Wohnverhältnisse ist auch eine soziale Aufgabe“, (ebd.).

## Für eine gezielte und effiziente steuerliche Förderung

Die Autoren beklagen zu Recht, daß bei der Diskussion über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus der große Bereich der steuerlichen Förderung verschwiegen wird. Dabei werden für diese steuerliche Förderung jährlich zwischen 30 und 50 Milliarden DM an staatlichen Mitteln aufgewandt, während für die direkte Förderung nur 10 bis 20 Mill. DM aufgewandt werden. Gerade bei der steuerlichen Förderung liegt jedoch vieles im Argen: In ihrer derzeitigen Ausgestaltung ist weder die soziale noch die regionale Treffsicherheit gewährleistet. Die Förderung geht an den Brennpunkten des Bedarfs vorbei und trägt kaum dazu bei, den Wohnungsmangel derjenigen zu beseitigen, die sich ohne öffentliche Hilfe nicht mit Wohnraum versorgen können. Vielmehr sind Mitnahmeeffekte durch Bezieher höherer Einkommen die Regel.

„Mehr Gerechtigkeit und Effizienz der eingesetzten Finanzmittel“ (171) ist also dringend erforderlich. Hierzu muß zunächst die steuerlichen Begünstigung des Wohnungsbaus oder des Wohnungskaus Einkommensstärkerer eingeschränkt und müssen Mitnahmeeffekte vermieden werden.

Die Autoren machen zahlreiche Vorschläge zur Reform der steuerlichen För-

derung (197 ff.), von deren Umsetzung sie sich Steuermehreinnahmen in eine Größenordnung von bis zu 8 Milliarden DM versprechen. U.a. schlagen sie vor, Kostenobergrenzen bzw. Höchstbeträge a) bei der Absetzung nach Abnutzung nach §7 (5) Einkommenssteuergesetz, b) bei der Verrechnung der Verluste aus Vermietung und Verpachtung mit anderen Einkünften und c) bei Erhaltungsaufwendungen festzulegen.

So sinnvoll diese Vorschläge im Einzelnen auch sind, so reichen sie letztlich nicht aus, Wohnungsnot zu beseitigen. Notwendig wäre es vielmehr, den ange deuteten Weg „eines gesetzlichen Anspruchs auf öffentliche Förderung des eigengenutzten Wohneigentums“ zielstrebig zu beschreiten. Die Autoren beklagen zwar, daß sich dieser Gedanke bei den Beratungen des Zweiten Wohnungsbau-gesetzes 1956 nicht durchsetzen konnte (90), greifen ihn jedoch auch selbst nicht wieder auf. M. E. müßte die steuerliche Förderung grundlegend umgestellt und auf *eigengenutztes Wohneigentum beschränkt werden*. Hierdurch würde

- einerseits Spekulation und Luxusmodernisierung eingeschränkt werden und in ihrer Folge die Vertreibung von MieterInnen begrenzt werden und
- andererseits würde ein zweistelliger Milliardenbetrag zusätzlich frei, der für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden könnte.

Die Autoren vertreten die Meinung, „daß es ohne einen *zureichenden Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen* nicht geht“ (200), und stellen die Bedeutung der Belegungsbindungen, stabiler Mieten und einer gleichmäßig hohen Summe staatlicher Finanzmittel heraus.

## Für eine soziale Organisation der Wohnungspolitik

Als Folgerung aus der Tatsache, „daß zumindest das untere Drittel der sozialen Pyramide Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt hat“ (207) fordern sie eine „soziale Organisation der Wohnungswirtschaft“ (ebd.) in der die Kommunen u.a. durch die Bildung kommunaler Im-

mobilienfonds und den Ankauf von Bindungen Einfluß auf die Nutzung eines Teils des örtlichen Wohnungsangebots nehmen.

Unverständlich jedoch, warum die Autoren die Bodenreform als nachrangig ansehen. Zumal sie selbst die Problemstellung richtig benennen: „Wirtschaftliche Umstrukturierung, Altlastenbeseitigung, ökologisch orientierter Städtumbau und Bebauung von Baulücken, Brachen und ungenügend genutzten Flächen (erfordern) bessere Zugriffsrechte der Kommunen“ (210). Meines Erachtens ist die Bodenreform längst überfällig. Die steuerliche Bevorzugung des Bodens schafft eine künstliche Nachfrage und treibt die Bodenpreise zusätzlich in die Höhe. Erforderlich sind u.a.:

- ein preisbegrenztes Vorkaufsrecht der Kommunen,
- die Besteuerung von Bodenwertsteigerungen,
- die Möglichkeit der Kommunen, Maßzahlen und Hebesätze abgestuft festzulegen.

Ausführlich behandelt werden auch qualitative Aspekte des Wohnungsbaus. Sinnvolle und notwendige Forderungen in diesem Zusammenhang sind

- eine größere Flexibilität der Wohnungsgrundrisse,
- die Unterstützung unterschiedlichster Möglichkeiten der Selbsthilfe z.B. in Genossenschaften und beim Selbstbau,
- die Beteiligung der zukünftigen Mieter an der Gestaltung ihrer Wohnung,
- die Beachtung ökologischer Anforderungen an den Wohnungsbau.

Bei diesen qualitativen Anforderungen an den zukünftigen Wohnungsbau fehlt leider eine Fragestellung, die in der öffentlichen Diskussion zu Recht zunehmend Beachtung findet, nämlich die *frauengerechte Ausgestaltung der Wohnung und des Wohnumfeldes*.

Ausführlich behandelt werden hingegen die Ansätze zur *Kosteneinsparung*.

## Kommunale Finanzkrise

Inhaltliche Kritik verdienen u.a. die Ausführungen zur Krise der kommunalen Finanzen und zur Erhöhung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau.

An mehreren Stellen verweisen die Autoren auf die Finanzkrise der Kommunen und fordern eine Konsolidierung und „die Ausgaben den Einnahmemöglichkeiten anzupassen“ (303). Ich hätte an dieser Stelle ein engagiertes *Plädoyer für*

die notwendige *Gemeindefinanzreform* erwartet, deren Ziel es sein müßte, den Kommunen für ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben zusätzliche und verlässliche Finanzmittel an die Hand zu geben. Aber weit gefehlt. Stattdessen setzen die Autoren auf „Public Privat Partnership“ und fragen, „wieviel Personal von den Städten in welcher Höhe bezahlt werden kann?“ (304). *Privatisierung öffentlicher Leistungen und Personalabbau im öffentlichen Dienst* - sind das wirklich die richtigen Antworten auf die kommunale Finanzkrise?

## Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau

Die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau sind seit 1980 den steigenden Einkommen nicht mehr angepaßt worden, so daß immer weniger Menschen Zugang zu einer Sozialwohnung hatten. Auf Drängen der SPD-geführten

„Im gebauten Kontrast von Palästen und Hütten wird der extreme Gegensatz von Reich und Arm für jeden ständig sichtbar.“ C. Zöpel

Länder wurden dann jedoch 1994 die Einkommensgrenzen angehoben, so daß jetzt etwa 40 Prozent der Haushalte zugangsberechtigt sind. Die Autoren vertreten die Meinung, daß dies ein Erfolg sozialer Wohnungspolitik sei. Dem möchte ich widersprechen.

Ihre eigene Erklärung ist bereits in sich widersprüchlich. Einerseits behaupten sie, daß „der soziale Abstieg mancher Quartiere (...) auch dadurch programmiert (war), daß die Bundesregierung (...) nicht willens war, die Einkommensgrenzen im sozialen Mietwohnungsbau den steigenden Einkommen anzupassen“ (313). Deshalb hätten die Städte oft Mieter mit geringem Einkommen und persönlichen Problemen in diesen Gebieten konzentrieren müssen, „statt durch eine gezielte Belegungspolitik mit besser verdienenden Angestellten und Arbeitern (...) die soziale Entmischung eines Quartiers zu verhindern“ (ebd.). Andererseits weisen sie auf das Problem hin, daß sich die Bundesregierung aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hatte - mit der Folge, daß die Neubautätigkeit dra-

stisch zurückgegangen ist und damit die Wohnungsversorgung Einkommensschwächerer zunehmend schwieriger geworden ist. Es ist dann jedoch nur folgerichtig, daß sich in den verbleibenden Sozialwohnungen zunehmend die Einkommensschwachen und sozial Benachteiligten sammeln. Denn, wo sonst sollen sie wohnen? Was ist die Alternative? Den „besserverdienenden Angestellten und Arbeitern“ die weniger werdenden Sozialwohnungen zu überlassen und die Einkommensschwächeren der Obdachlosigkeit zu überlassen?

Daß der Kern des Problems nicht bei den Einkommensgrenzen, sondern bei den fehlenden Sozialwohnungen liegt, erkennen die Autoren zwar auch: „Erst die Steigerung des Neubaus von Wohnungen mit Bindungen bringt den vollen Nutzen der Anhebung der Einkommensgrenzen (...). Andernfalls würde sie auch neue Probleme schaffen, weil immer mehr Anspruchsberechtigte öffentlich geförderte Wohnungen nachfragen können und dieses Nachfrage vom Staat nicht durch ein ausreichendes Angebot befriedigt werden kann“ (209). Diese Einsicht kommt jedoch zu spät. Die Einkommensgrenzen sind angehoben worden, ohne daß der Neubau von Sozialwohnungen im notwendigen Umfang gesichert ist. Damit stehen zahlreiche Verdrängte im Einkommensschwächerer bevor.

Eine Kritik, die sowohl von Manfred Rommel, dem CDU-Oberbürgermeister von Stuttgart, im Vorwort des Buches (15) als auch von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände geteilt wird. „Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und stigmatisierte Wohnungsnotfälle kommen (...) kaum mehr zum Zuge, weil sich die Vermieter die ‚geringsten Risiken‘ aussuchen werden. Es ist zu befürchten, daß es zu einer verstärkten Konzentration dieser Personengruppen in wenig attraktiven Wohnlagen und Provisorien kommt“ (Stellungnahme vom 13.06.1994). Die bloße Anhebung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau ist also kein Erfolg einer sozialen Wohnungspolitik.

Für „den interessierten Laien“ ist dies sicherlich ein lesenswertes Buch, das einen guten Einblick in die aktuelle wohnungspolitische Diskussion gibt und eine Fülle an Fakten und Zusammenhängen nachvollziehbar vermittelt. Für in wohnungspolitischen Initiativen Engagierte oder beruflich mit der Wohnungspolitik Befasste bietet dieses Buch jedoch wenig neuen Erkenntnisse oder Anregungen.

\* Hans Günter Bell, Dipl.-Ing. (Stadt- und Regionalplanung), Köln



# Frauen und Kinder zuerst?

von Konrad Nabel und Felix Welti\*

Auch im 'internationalen Jahr der Familie' und trotz durchaus zugespitzter und konkreter Alternativprogramme der Parteien und gesellschaftlichen Gruppen hat die Diskussion um die sozialstaatliche Sicherung von Menschen mit Kindern - mal „Familienlastenausgleich“, mal „Kinderleistungsausgleich“ genannt - in der Öffentlichkeit weder die ihr zukommende Aufmerksamkeit noch die politische Ernsthaftigkeit erreicht, die ihr angemessen wäre. Stattdessen war und ist zu hören, mit der Pflegeversicherung sei die letzte große Lücke der sozialen Sicherung geschlossen worden.

Die Frage der Leistungen des Staates oder der Sozialversicherungen an Kinder und ihre Eltern ist allgemein wichtig für die Frage der Einkommensverteilung und -umverteilung und im speziellen für die Armutsbekämpfung. Zugleich hat sie eine entscheidende Bedeutung für das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis, dessen Rahmen immer weniger allein durch Druck und Tradition in den Familien und Lebensgemeinschaften und immer stärker durch das soziale Sicherungssystem gesetzt wird, das insofern nicht nur die soziale Sicherungsfunktion, sondern auch die ordnungs- und (patriarchalisch) herrschaftssichernde Funktion des Familienverbandes übernommen hat.

## Unzureichender und ungerechter „Familienlastenausgleich“

Gegenwärtig findet ein großer Teil des 'Familienlastenausgleichs' im Steuerrecht statt. Mit der gemeinsamen Steuerveranlagung von Ehegatten (Ehegattensplitting) werden nicht Erziehung und Unterhalt von Kindern unterstützt, sondern die Ehe „als solche“ - und zwar um so mehr, je größer der Einkommensunterschied der Eheleute ist. Mit den Kinderfreibeträgen vermindert sich das zu versteuernde Einkommen von Eltern. Dies nützt denjenigen, deren Einkommen besteuert wird, und es



nützt ihnen mit steigendem Einkommen immer stärker. Der dritte größere Teil ist das Kindergeld, das auch durch einen Zuschlag für Geringverdienende nicht ausgleichen kann, was das System der Steuerfreibeträge verursacht: einen 'inversen Lastenausgleich', das heißt, unterstützt werden am stärksten diejenigen, die besser verdienen. Kinder reicherer Eltern sind dem Staat auf diese Weise - und nach den dem Steuerrecht eigenen Prinzipien folgerichtig - mehr wert.

Dazu kommt, daß die absolute Höhe des 'Ausgleichs' gering ist. Die Kosten von Kindern tragen nach wie vor überwiegend die Eltern selbst. Bis zum achtzehnten Lebensjahr fallen Kosten von etwa 500.000 DM an. Dies führt zu einer Schieflage, einer Ungerechtigkeit innerhalb des Sozialsystems: die 'Alterslast', das heißt der Unterhalt derjenigen, die zu alt zum arbeiten sind, wird über die Rentenversicherung und andere Sicherungssysteme von den aktuell arbeitenden Menschen bestritten (denn die Versicherungsbeiträge kommen ja nicht auf die hohe Kante). Durch die Pflegeversicherung ist ein beträchtlicher Teil des verbliebenen Risikos der Kinder der Älteren weggenommen worden, für die nicht mehr arbeitsfähigen Eltern aufkommen zu müssen. Der Unterhalt derjenigen, die

zu jung zum arbeiten sind, wird aber nur zu einem geringen Teil - über das (fragwürdige) System des Familienlastenausgleichs - von der aktiven Erwerbsbevölkerung insgesamt bestritten, zu einem größeren Teil von den individuellen Eltern dieser Kinder.

Eltern bestreiten also aus ihrem Erwerbseinkommen einen wesentlich größeren Teil von Lasten für nicht Erwerbstätige als Kinderlose. Zugleich ist ihr Beitrag in Unterhaltsleistungen und Erziehungsarbeit notwendige Voraussetzung dafür, daß für ihre Generation das System weiter funktioniert, d.h. die heute aktive Bevölkerung im Rentenalter wiederum von dann werktätigen Menschen ernährt wird. Hier liegt ein Konstruktionsfehler der Sicherungssysteme vor, der zu einer ungerechtfertigten Benachteiligung der Eltern gegenüber den Kinderlosen führt.

Übertrieben ist es, hierin eine zwingende oder die einzige Gefährdung des Rentensystems zu sehen<sup>1</sup>. Steigt zum Beispiel die Produktivität, kann in einem flexiblen und solidarischen Sozialsystem auch die Quote der aktiv Erwerbstätigen reduziert werden. Zuwanderung aus Ländern mit erheblichem Bevölkerungszuwachs bleibt eine Möglichkeit, die sinkende Bevölkerungszahl auszugleichen, wenn dies notwendig erscheint.

## Unzureichende Versorgung mit Kinderbetreuungs-einrichtungen

Nicht „die Deutschen sterben aus!“ ist das Problem, sondern der Verlust an Lebenschancen für Kinder und Lebensqualität für Eltern. Kinder sind noch vor Arbeitslosigkeit das größte Armutsrisiko in der Bundesrepublik. 1991 bezogen 9% der Kinder und Jugendlichen in den westlichen Bundesländern Sozialhilfe<sup>2</sup>. Insbesondere vom dritten Kind an wird ein stark erhöhtes Armutsrisiko festgestellt, weil dann im allgemeinen erhöhte Wohnungskosten anfallen und wegen mangelnder gesellschaftlicher Kinderbetreuung der Einkommensausfall der Mutter fast zwingend wird<sup>3</sup>. Treffen Arbeitslosigkeit und Kinderreichtum zusammen, ist die Gefahr sozialen Abwärtens und materieller Armut am höchsten. Kinder aus solchen Familien sind extrem benachteiligt, was Bildungs- und Berufschancen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betrifft. Die seit Jahren real sinkende Sozialhilfe und die Diskussion um das Lohnabstandsgebot bei der Sozialhilfe treffen wiederum Eltern mit Kindern, denn nur bei ihnen greifen die zynischen Rechenspiele, die belegen sollen, daß ein Haushalt mit Sozialhilfe besser dasteht, als wenn 'der Ernährer' die Kinder alleine 'ernährt' - was mit einem niedrigen Arbeitseinkommen eben gar nicht anständig möglich ist.

Nicht zuletzt die schlechte Versorgung mit Kindertageseinrichtungen hat die Bundesrepublik Deutschland in der Analyse ihres Sozialsystems im Vergleich von EU-Ländern in die Rubrik „ehebezogener Patriarchalismus“ gebracht<sup>4</sup>. So kann von einer Vollversorgung für die Drei- bis Sechsjährigen in Belgien, Frankreich und Dänemark gesprochen werden (BRD: 67%, Schleswig-Holstein deutlich darunter), wo auch noch 25-50% der unter Dreijährigen einen Platz haben (BRD 1,8%)<sup>5</sup>. Dort ist auch der Grundschultag durchgehend. In Frankreich sind 74% der Frauen mit unter dreijährigen Kindern berufstätig, in der BRD 33%, auch wenn die Mütter der bis Sechsjährigen betrachtet werden, steigt die Quote nur auf 40%<sup>6</sup>.

Der Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz ist im patriarchalen Kontext folgerichtig im Rahmen der repressiven Neuordnung des Ab-

treibungsrechts verankert worden - als rechtlich „milderes Mittel“, die Entscheidung von Frauen zu beeinflussen. Dieser Rechtsanspruch hat einen weiteren und entscheidenden Fehler: Während er bundesgesetzlich verankert ist, müssen für die Verwirklichung die Kommunen und Länder aufkommen. Die Kosten betragen 14 Milliarden DM für die jahrzehntelang versäumten Investitionen und bis zu 6 Milliarden DM jährlich an Betriebskosten. Werden noch die dringend benötigten Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren und im Schulkindalter bei einem Versorgungsgrad von nur 20% hinzugenommen, erhöht sich dieser Betrag auf 42 Milliarden DM für Investitionen und 11 Milliarden DM jährliche Betriebskosten<sup>7</sup>.

Am Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz wird deutlich, wie die für die meisten Menschen schwer durchschaubare Verteilung von Kompetenzen, Pflichten und finanziellen Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen Reformpolitik lähmt und es erschwert, die politische Verantwortung klar zu verorten. Die Erklärung der zuständigen Länderminister, den Rechtsanspruch nicht verwirklichen zu können, schlägt gegen die sozialdemokratischen Länderregierungen in einem Feld, in dem tatsächlich noch erhebliche Reformanstrengungen unternommen werden. Der Unmut der Betroffenen schließlich richtet sich oft genug gegen die Kommunen, denen ohnehin in der Verschiebung von Sozialkosten in den letzten fünfzehn Jahren erhebliche Lasten aufgebürdet wurden. Die Forderung nach einem Einstieg des Bundes in die Kindertagesstättenfinanzierung muß aufgrund der gesellschaftlichen Notwendigkeit wie aus grundsätzlichen Erwägungen der Finanzverfassung und Sicherung der Substanz kommunaler Selbstverwaltung erhoben werden. Ihre Verankerung im Bundestagswahlprogramm der SPD<sup>8</sup> gehörte zu den erfreulichen „hard facts“ des Programms, die es wert gewesen wären, auf die Probe gestellt zu werden.

Das Fehlen von Kinderbetreuungs-einrichtungen führt in starkem Maße zu Arbeitslosigkeit und auch Sozialhilfeabhängigkeit von Frauen; nicht nur Alleinerziehenden, sondern auch solchen in Familien oder Partnerschaften, die bei „normaler“ Einkommensstruktur und Rollenzuweisung feststellen müssen, daß sich Erwerbstätigkeit fast nicht lohnt, wenn Kinderbetreuung privat fi-

nanziert werden muß.

In den Ländern der früheren DDR hat sich die Situation der alleinerziehenden (18% der Haushalte mit Kindern dort) am stärksten verschlimmert. In der DDR wurden 80% der Kinderkosten durch staatliche Transfers übernommen; heute sind Familien mit Kindern und eben Alleinerziehende dort die schlimmsten Verlierer der Einheit<sup>9</sup>. 76% der Haushalte mit drei Kindern in den neuen Bundesländern hatten 1993 ein Pro-Kopf-Einkommen von unter 700 DM<sup>10</sup>.

Der ehebezogene Patriarchalismus des bundesdeutschen Sozialsystems legt es darauf an, Frauen durch die Kindererziehung aus dem Erwerbsleben zu drängen: mit dem Ehegattensplitting fängt es an, das sich am stärksten bei Ein-Verdiener-Ehen lohnt. Das Erziehungsgeld ist an die Aufgabe der Erwerbstätigkeit gekoppelt, die Kündigungsschutz-Regelungen und Vorkehrungen für die Wiedereingliederung der Erziehungsurlauberrinnen sind unzureichend. Weil es so niedrig ist, wird das Erziehungsgeld fast nur vom schlechterverdienenden Partner in Anspruch genommen, in 99% der Fälle von der Frau.

Schließlich ist auch der konservative Ausweg aus der Schieflage im Verhältnis Kinderleistungsverhältnis typisch mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten als Rentenzeiten soll der 'Beitrag der Kindererziehung zur Rentensicherung' abgegolten werden - allerdings nur, wenn er von einer Hausfrau erbracht wurde. Dies war der vom Bundesverfassungsgericht in seiner 'Familienentscheidung' vom 7.7.1992 aufgezeigte Weg. Die Kritik daran sollte sich nicht deswegen zurückhalten, weil das BVerfG überhaupt die Notwendigkeit einer Reform des Familienlastenausgleichs einforderte<sup>11</sup>.

Dem konservativen Familienkonzept steht auf sozialdemokratischer Seite immerhin das klare Bekenntnis zur Abschaffung der Kinderfreibeträge und der Zahlung eines einheitlichen Kindergeldes von 250 DM im Monat gegenüber<sup>12</sup>: kein unmotiviertes Wahlgeschick, sondern verteilungspolitisch überfällig, wenn auch nicht hinreichend. Die emotional oft als „links“ eingeordnete Alternative, das Kindergeld noch stärker an Einkommensgrenzen zu koppeln, würde in Wirklichkeit den weiteren Rückzug des Sozialstaats aus dem Generationenvertrag und damit eine weitere Erosion seiner Akzeptanz

\* Konrad Nabel MdL, Ahrensburg, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Felix Welti, Grohnsdorf, wiss. Mitarbeiter an der Universität Hamburg, sozialpolitischer Sprecher des SPD-KV Stormarn

bedeuten. Werden Kinderleistungen endgültig zu Fürsorgeleistungen statt zu einem Solidarbeitrag, dann werden die dann außen vorstehenden „besserdienenden“ Lohnabhängigen keinen Sinn mehr darin sehen, sie mitzufinanzieren - und noch anfälliger für die Ideologie des Sozialabbaus.

Anfang März 1995 wurde als Kompromiß zwischen Familien- und FinanzpolitikerInnen und zwischen CDU/CSU und FDP ein neues Modell der Wahlfreiheit zwischen Kinderfreibeträgen - erhöht auf 6264 DM je Kind - oder Kindergeld - erhöht auf 200 DM für das erste und 300 DM für jedes weitere Kind - vorgestellt. Im Ergebnis bedeutet dies eine Verbesserung der sozialen Sicherung der meisten Kinder (vor allem bei Familien mit einem Kind, kinderreiche Familien werden durch Wegfall des bisherigen Kindergeldzuschlags dagegen schlechter gestellt) und öffentliche Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen von 6 Milliarden DM. Die sozial ungerechte höhere Förderung von Familien

mit höherem Einkommen durch die Kinderfreibeträge bleibt aber erhalten.

Das Kindergeld soll in Zukunft durch einen Abzug von der Einkommensteuer schuld verrechnet bzw. durch die Finanzämter ausgezahlt werden. Dadurch sind die an der Einkommensteuer beteiligten Länder in die Finanzierung mit einbezogen - mit welchen Beträgen werden noch anstehende Verhandlungen zeigen. Dennoch ist diese geplante Neuregelung ein - wenn auch unzureichender - Fortschritt, der durch vergleichsweise klare SPD-Aussagen und öffentlichen Druck erreicht wurde.

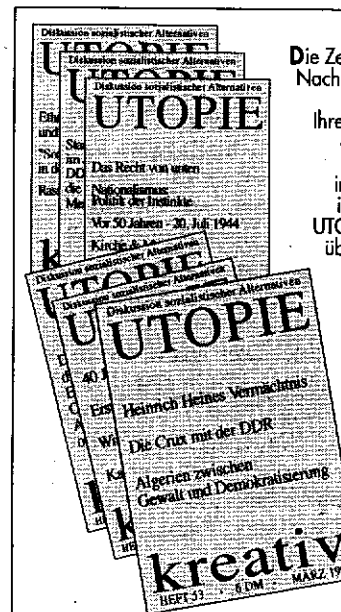
Die von den Familienpolitikerinnen und -politikern der Bundestagsfraktion vorgeschlagene Kinderkasse als neue Sozialversicherung mit einer existenzsichernden Leistung von 600 DM war bislang nicht mehrheitsfähig. Sie würde die Ungerechtigkeit zwischen Kinderlosen und Eltern stark vermindern. Doch auch hier wäre wieder zu befürchten: nur die Arbeitenden bezahlen die Reform. Darum müßte auch hier eine zumindest

nen die Sozialhilfe zu streichen und die Kinder in Waisenhäusern unterzubringen. Die Barbarei, den Bezug von Sozialleistungen als „Sozialmißbrauch“ zu definieren, kann schon bald in die Forderung nach Zwangs-Geburtenlenkung für Einkommensschwache münden. Wollte der Kapitalismus früher noch eine zuverlässige Reservearmee, sind die Kinder der ärmeren Schichten heute in Gefahr, als „Überbevölkerung“ definiert zu werden - nicht nur global, sondern zunehmend auch national.

In Abgrenzung dazu kann und muß die Linke die Frage, wie Leben mit Kindern für alle Beteiligten eine höhere Qualität erreicht und wie gerade für Frauen keine 'Kinderfalle' mehr in der Erwerbsbiographie steht für sich besetzen. Zum ausbaufähigen Modell 'Kinderkasse' muß ein integrierter Entwurf kommen, bei dem 'familien'- 'frauen'- und 'arbeitsmarkt'politische Forderungen ein ausstrahlungsfähiges Gesamtkonzept ergeben: radikale Arbeitszeitverkürzung, eine Elternversicherung mit einer Lohnersatzleistung für aus Erziehungsgründen verminderte (nicht aufgegebene) Erwerbsarbeit, eine quantitativ und qualitativ verbesserte Kinderbetreuung und die verfassungsmäßige und reale Gleichstellung aller Menschen und Lebensgemeinschaften, die Kinder erziehen, gehören dazu.

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem fünften Erscheinungsjahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

Der öffentlich erweckte Schein der Gemeinsamkeit in Fragen der Förderung von Familien mit Kindern ist also brüchig; an den entscheidenden Fragen muß vielmehr genau geprüft werden, ob eine „familienfördernde“ Maßnahme auf die Chancengleichheit von Kindern und Eltern oder auf die Stärkung patriarchaler Strukturen und die Zementierung von Einkommensunterschieden hinausläuft. Und daß auch dieser Bereich der Sozialpolitik nicht vor einer „Mißbrauchsdebatte“ geschützt ist, zeigt das Beispiel der USA. Dort haben die frisch mit einer Mehrheit ausgestatteten republikanischen Reaktionen alleinerziehende Mütter unter pauschalen Mißbrauchsverdacht gestellt, schlagen vor, ih-



Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem fünften Erscheinungsjahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

**UTOPIE kreativ** erscheint seit November 1994 wieder monatlich Einzelheft 6 DM Jahresabonnement Inland: 60 DM (incl. Porto) Ausland: 78 DM (incl. Porto) Förderabonnement: 120 DM Information und Bestellungen: Redaktion UTOPIE kreativ Weydingerstr. 14-16 10178 Berlin Tel. 030-28409561

Bestellcoupon

Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Liefertermin

Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ Ich bezahle

\_\_\_\_\_  bargeldlos durch Bankeinzug

\_\_\_\_\_  auf Rechnung

Straße: \_\_\_\_\_ Kto.-Nr. \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

Plz, Ort: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen, es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Deutschlands Abstand zur Geschichte 'in der Luft' und 'am Boden'

Zur Rolle bildlicher Vorstellungen im Out-of-area-Diskurs

von Andreas Disselnkötter\*

Nach der "Zukunft des Krieges" befragt, erklärte Francis Fukuyama vor kurzem, daß uns "die Art der Kriege, auf die sich die industriellen Demokratien" einzustellen hätten, vertraut vorkommen müsse. Nicht "molekularer Bürgerkrieg" (Enzensberger 1993) oder "makroskopischer Krieg" (S. Huntington) sei zu erwarten, sondern eine Art Krieg der 'dritten Art', "gewöhnlicher alter Krieg, so wie der im persischen Golf 1991". Zwar ist Fukuyama darin, daß sich dieser Typ Krieg durchsetzen werde, zuzustimmen. Dies jedoch keineswegs aufgrund einer - wie auch immer gearteten - Zwangsläufigkeit, wie sie Fukuyama nahelegt. Nimmt man ihn mit seiner erneut vorgebrachten "Hypothese" vom "Ende der Geschichte", genauer von der allgemeinen Annäherung der Staaten an die "Modelle von Kapitalismus und liberaler Demokratie" (Fukuyama 1994, S. 16-23), ernst, dann verläuft mit seinem "Krieg der Zukunft" der Nährungsprozess allerdings in diametral entgegengesetzter Richtung. Hat doch besonders der Golfkrieg von 1991 deutlich gezeigt, wer sich wem annähert. Sollte dieser Krieg doch dem Anspruch der kriegführenden Industrienationen nach vor allem der "Wiederherstellung konventioneller Abschreckung" (Stürmer 1993) im Rahmen einer Neuen Weltordnung dienen, in der - so Bush damals -, "nur selektive Gewalt zu selektiven Zwecken" angewandt werden dürfe. Wenngleich inzwischen auch öffentlich das Scheitern dieser Form von flexible response in neuem Gewand eingeräumt wird (Reader 1994), so hat das am Golf praktizierte Modell von vorgeblicher Konfliktlösung nichtsdestotrotz Karriere gemacht. Es wird also nicht erst in Zukunft als ein aus der Mottenkiste heraus wiederbelebtes Konzept 'kriegerisch' sichtbar werden. Denn erhalten hat sich die Vorstellung, man könne die weltweit zuneh-

menden Konflikte durch den selektiven Einsatz von Kampftruppen 'vor Ort' in den 'Griff' bekommen. Genau dies ist das Kernstück jener Strategie, die seit dem Golfkrieg - z. B. in Somalia - mehrfach erprobt worden ist.

Von hier aus wird verständlich, weshalb für die Staaten der G7 - und damit besonders auch für Deutschland - der Feldzug Russlands in Tschetschenien als weiterer Raum für 'friedensschaffende Maßnahmen' im Weltpolizei-Gewand von vornherein ausscheidet, denn eine solche 'Maßnahme' wird dort gleich ihrer Vorstellung von Konfliktlösung von 'Freund Boris' praktiziert. So hat es auch erst zu einem Zeitpunkt Kritik an Jelzin gegeben, als durch medienöffentlichen Druck deutlicher sichtbar wurde, daß der Krieg eskaliert und nicht mehr als vermeintlich 'chirurgischer Eingriff' abgeschlossen werden kann, was bei Weltpolizeiaktionen das vorgebliche Ziel ist. Und erst nachdem dieser Krieg zunehmend eskalierte, deutete "Kinkel härtere Reaktionen gegen Russland an" (SZ, 13.2.1995). Auch aus der prinzipiellen Übereinstimmung bezüglich des 'Konflikt-Handlings' innerhalb der Staaten der G7 und Russlands heraus ist ein solches, die Katastrophe billigendes, Handeln zu erklären. Und die folgenlose, mit Blick auf Tschetschenien getroffene Feststellung Kinkels, daß "mit Bomben (...) der Konsens nicht erreicht werden" (FAZ, 4.1.1995) könne, hat z. B. für Bosnien keine Gültigkeit, denn dort ist das Ja-Wort zu Bomben durch deutsche Tornados bereits gesprochen. Das vorläufige Ergebnis des Einsatzes von russischen High-Tech Waffen (allein 25.000 Tote unter der Zivilbevölkerung in Grosny) kann als Anhaltspunkt für eine risikoanalytische Betrachtung des geplanten NATO-Einsatzes in Bosnien gelten, die allerdings bei der Tornado-Debatte in Deutschland schlicht ausgeblendet wird. So bleibt die medienübergreifende Feststellung "Es wird ernst" (Theo Sommer) auf die Frage nach "weltpolitischer Verantwortung" vs. "Verweigerung" beschränkt.

Dieser aktuelle Hintergrund verdeutlicht endgültig die deutsche Wanderungsbewegung seit '89, heraus "aus der deutschen Fußgängerzone" (K. Kinkel) und hin zu bis dahin 'nur' in medial entworfenen Bildern und Vorstellungen aufgezeigten Räumen zum Einsatz der Bundeswehr out of area. Alle Anläufe zur Auslotung neuer 'Bewegungsfreiheiten' der Bundeswehr stießen jedoch an jene symbolische Grenze des 'Einsatzes von Blut', die nach '89 mit einer dann postulierten 'Bringschuld' des neudeutschen Staatssubjekts an 'Blutzoll' deutlich wurde<sup>2</sup>. Von hier aus ist bezüglich der Frage nach aufspürbaren Grenzen oder den Strategien der Ausgrenzung innerhalb des Out-of-area-Diskurses zunächst von einem massiven Einreißen der bis vor kurzem noch gültigen Grenzen zu sprechen; so von jener Grenze, die sich mit Foucaults Feststellung von der Kontinuität eines "immerwährenden Krieges" (Foucault 1986, S. 21) als Phase des allmählichen Übergangs von anfänglicher "Aufrüstung in den Köpfen" (Link/Parr 1989, S. 224-238) bis zum Umschlagen in die 'Tat' beschreiben läßt. Forderungen nach Einsätzen der Bundeswehr in der 3. Welt oder im persischen Golf wurden während dieser Zeit wiederholt vorgebracht (Disselnkötter 1993, S. 28-35). Dieses Drängeln nach Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets wurde aber nicht etwa deshalb nicht in die Tat umgesetzt, weil die jeweiligen politischen Eliten prinzipiell die damit verbundenen Einsatzformen abgelehnt hätten, sondern wegen des Verweises auf die damals gültige Rechtsauffassung, oder auch mit dem Hinweis auf die mögliche Gefahr eines "Hineinschlitterns" in einen 3. Weltkrieg.

## Out of area als Ausdruck nationaler Identität

Somit ist der Prozeß der allmählichen Steigerung, vom Drängeln bis '89 über sogenannte "humanitäre Einsätze" bis hin zum Konzept 'Krisenreaktion' - in neuestem Gewand als Tornado-Diplo-

\* Andreas Disselnkötter, Mitglied der Diskurswerkstatt Bochum e.V., Mitherausgeber der kultuRRvolution, zeitschrift für angewandte diskurstheorie

- 1 So in dem dennoch lesenswerten Buch von Jürgen Borchert: Renten vor dem Absturz, Frankfurt am Main 1993.
- 2 DPWW/DGB: Armutsbericht, Reinbek 1994, S. 219.
- 3 Christiane Dienel: Familienpolitik und Armutsbekämpfung in der EG, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7-8/94, S. 25.
- 4 Susanne Schunter-Kleemann: Sozialrechtliche Behandlung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf EG-Ebene, in: Bäcker/Stolz-Willig: Kind, Beruf, soziale Sicherung: Zukunftsaufgabe des Sozialstaates, Köln 1994, S. 197ff. Dieser Sammelband ist insgesamt sehr zu empfehlen.
- 5 Marlene Lohkamp-Himmighofen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7-8/94, S. 8f; Hedi Colberg-Schrader: Einrichtungen für Kinder, in: Bäcker/Stolz-Willig: Kind, Beruf, soziale Sicherung, Köln 1994, S. 155ff.
- 6 J. Hermann: Die Familienpolitik in Frankreich, ZfS 1994, S. 45; Ellen Kirner: Sozialleistungen, Einkommensausgleich und erziehungsbedingte Teilzeitarbeit, in: Bäcker/Stolz-Willig: Kind, Beruf, soziale Sicherung, Köln 1994, S. 72ff.
- 7 So die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände in ihrer Stellungnahme vom 2.6.1992, BT-Ds 12/2875, S. 127ff.
- 8 3. Kapitel.
- 9 Armutsbericht, S. 90f, 271f.
- 10 Roland Merten: Junge Familien in den neuen Bundesländern, in: Sozialer Fortschritt 1994, S. 19.
- 11 Vgl. Franz Ruland: Das Bundesverfassungsgericht und der Kinderlastenausgleich, in: Neue Zeitschrift für Sozialrecht 1993, S. 1ff.
- 12 3. Kapitel.



matie - bruchlos erfolgt, und er ist keineswegs als ein Wechsel in den prinzipiellen Vorstellungen von Konfliktbewältigung nach '89 anzusehen. Was aber hat diesen Übergang bis hin zum Umklappen in eine 'Philosophie der Tat' überhaupt ermöglicht? Der diachrone Blick zeigt, daß Vorstellungen von Einsätzen der Bundeswehr 'out of area' seit den 50er Jahren immer wieder einmal vorgebracht wurden, ohne dabei politisch wirksam werden zu können. Welche Veränderungen aber hat es in dieser Rede gegeben, welche Verzahnungen mit Elementen aus anderen Diskursen, die dieser Position zu der heute sichtbaren Stärke verholfen haben?

Eine solche Kopplung von Elementen zweier Diskurse erfolgte um '89 mit der Wiederbelebung der Frage nach der nationalen Identität durch die anstehende Wiedervereinigung, womit der Weg für die Formulierung neuer Merkmale eines deutschen Charakters frei wurde. So schien die Wiedervereinigung zunächst die Vorstellung von einem endlich vollwertigen Nationalstaat zu bestätigen. Während des Golfkriegs 1991 wurde dann die Frage nach der 'militärischen Potenz' mit der nach der 'Vollwertigkeit' des deutschen Staatssubjekts verknüpft. Sah man sich doch aus - wie es immer wieder hieß - vornehmlich historischen Gründen (denn auch das Verfassungshindernis sei ja aus dieser Historie erwachsen) nicht in der Lage, sich - wie andere europäische Staaten auch - deutlich sichtbar an diesem Feldzug zu beteiligen. Dadurch erschien die zunächst angenommene 'Normalität' erneut durch einen Rückfall in die 'Anormalität' gefährdet. Dabei wurde symbolisch ein zweifaches Ungleichgewicht konstatiert: (1) Deutschlands wirtschaftlicher Machtstellung und 'Potenz' stehe militärische 'Impotenz' und 'Selbst-Kastration' gegenüber; (2) dem durch die Wiedervereinigung größer gewordenen 'Gewicht' entspreche bisher keine größere 'Verantwortung', sprich: Rolle in der Weltpolitik. Durch diese immer wiederkehrende Rede vom Gewicht (also Brutto-sozialprodukt + Bevölkerungszahl) auf der einen und der militärischen Impotenz auf der anderen Seite wurden die verschiedenen gesellschaftlichen Praxisbereiche von Ökonomie, Bevölkerungsgröße und militärische Optionen miteinander verschrankt. Dadurch erschien die Frage nach out of area Einsätzen als direkt an die der nationalen Identität gekoppelt.

Hieraus resultierte dann eine ganze Serie von wiederkehrenden Formulierungen und Reizworten im medienpolitischen Diskurs: Vorwürfe von 'Schlappheit', 'Feigheit', der 'Drückebergerei', verbunden mit Forderungen wie 'zügig' heraus aus der 'Nische', der 'Gemütlichkeit', dem politischen 'Provinzialisismus', der neuen 'Rolle' gerecht werden<sup>3</sup>. Nach der Golfkriegsdiagnose 'impotent', kam dann die 'Therapie': Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr in kleinen Schritten zu politischen und verfassungsrechtlichen Tatsachen zu machen. Hieraus entstand eine Eigendynamik, die zu einer ständig sich weiterdrehenden Schraube führte, weil man mal von der einen, mal von der anderen Seite der 'Waage' aus argumentierte. So sollte das 'neue Deutschland' einmal mehr 'Verantwortung' übernehmen, weil es mehr 'Gewicht' bekommen hatte und 'normal' werden sollte. Deutsche Soldaten kamen zum Einsatz; in der Adria, in Kambodscha. Dadurch schien aber andererseits das 'Gewicht' des deutschen Staates in Relation zu anderen wiederum zu wachsen, so sehr, daß erstmals am 26.7.1992 K. Kinkel einen Sitz für Deutschland als ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat gefordert hat, was ganz einfach dem neudeutschen 'Gewicht' entspreche. Seither hat das postulierte 'Gewicht' Deutschlands durch den Einsatz in Somalia, sowie durch diverse Bereitschaftserklärungen zu Einsätzen wie z. B. denen in Bosnien, derart zugenommen, daß jede Rede abseits des Konzepts der 'Krisenreaktion' als 'Gewichtsverlust' oder Rückfall in die 'Anormalität' erscheinen muß.

Dieses Set von derart im medienöffentlichen Diskurs konstatierten Reizwörtern hat sicherlich mit dazu geführt, daß die SPD mit der Bundesregierung in den "Grundfragen der Außenpolitik" seit einiger Zeit "keine wirklichen Differenzen" mehr sehen kann<sup>4</sup>. Und H. U. Klose bemüht sich ganz im Sinne einer 'Gewichtsangleichung', wenn er von Deutschland als einem "großen Land" mit "ungewöhnlicher ökonomischer Potenz" spricht, das in Europa die "Rolle spiele", welche "die Vereinigten Staaten in der Welt spielen" (FAZ, 13.11.1993). Auf diese Weise ist die SPD in Fragen der Außenpolitik von der ihr zugeschobenen Rolle des 'Verantwortungsverweigerers' und vom Ort der 'Drückebergerei' in die symbolische Mitte gerückt, und somit für diese Mitte konstitutiv. In jene symbolische Mitte, wo das symbo-

lische Ungleichgewicht zwischen 'neuem Gewicht' und 'militärischer Kraft' wieder ins Gleichgewicht gebracht werden soll. So findet sich die SPD in 'Fragen der Außenpolitik' in einer großen Sachkoalition mit der Bundesregierung wieder. Offenbar auch, um in diesem Gerangel nicht plötzlich als 'Verweigerer' dazustehen, deckt die SPD auf der Ebene der militärpolitischen Rahmenplanungen die jüngsten "Planungsentscheidungen" der Bundesregierung mit ab (Vgl. Die Welt, 28.1.1995).

### UNO und NATO als Instrumente einer neuen Weltordnung des Westens

Einer Doppelstrategie von Kritik und Unterstützung der Koalition bei gleichen Zielen folgt die SPD auch in der Frage des 'Dauersessels' im UN-Sicherheitsrat. So gab es in dem Wiesbadener Parteitagbeschuß die paradox anmutende Formulierung: "Um die Arbeitsfähigkeit der UNO zu verbessern, setzt sich die SPD ein für (...) eine veränderte Zusammensetzung des UNO-Sicherheitsrates, so daß sich alle Staaten und Regionen vertreten fühlen. In diesem Zusammenhang befürworten wir einen ständigen Sitz für die Bundesrepublik Deutschland" (SPD 1993, S. 13-14). Nun ist es allerdings kaum möglich, durch den weiteren Ausbau der G7-Dominanz im Sicherheitsrat ein 'Gefühl' der Gleichberechtigung bei anderen Staaten entstehen zu lassen: 'Sitz' und 'demokratische' UN-Strukturen parallel sind eben nicht zu haben. Mit dieser Position allerdings kann die SPD einmal den 'Sitz' unterstützen und sich somit analog der offiziellen Haltung der Regierung artikulieren. Sie kann sich aber immer dann, wenn sich eine 'Ungleichgewichtung' im Sicherheitsrat in dem einen Sinn des Parteitags-Beschlusses abzeichnet, von der Forderung nach einem 'Sitz' distanzieren. Eine Distanzierung und mögliche Konsequenzen daraus wären leicht an eine der verschiedenen Positionen zur 'Sitz-Frage' innerhalb der Koalition anschließbar und somit in Einklang zu bringen mit etwa einer solchen innerhalb der CDU/CSU, bei der schon im Vorfeld möglicher Umstrukturierungen der UNO ein 'Gefühl' der 'Ungleich-Berechtigung' aufsteigt: "Wenn der Preis für einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat in der mit einem Vetorecht ausgestatteten

Ratsmitgliedschaft zahlreicher anderer Länder wie Brasilien, Nigeria und Indonesien besteht, ist er zu hoch. Es ist vorzuzusehen, daß ein Vetorecht für Länder, die hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt sind, viele Entscheidungen blockieren wird" (Vgl. FAZ, 23.10.1994).

Derartige Äußerungen erläutern den Begriff 'Völkergemeinschaft' in seiner Bedeutung für die 'Reformer' in Deutschland. Das Streben nach Gleichberechtigung erscheint als "Blockade", so daß sich Bemühungen mit dem Ziel einer Reform im Sinne der Schaffung demokratischer Strukturen in der UNO von vornherein als kontraproduktiv - eben die 'Entscheidungen blockierend' - und somit indiskutabel erweisen. Zwar wird die Debatte um einen 'vollwertigen Sitz' Deutschlands im UN-Sicherheitsrat weitergeführt, doch ist es inzwischen absehbar, welche Funktion die UNO erhalten soll: Bekanntlich bedeutete das "völkergemeinschaftliche Handeln" in vorgeblich 'demokratischer Weise' im Golfkrieg nichts anderes, als daß die Staaten der beteiligten Industrienationen sich den "Auftrag der UNO" durch ihre Dominanz dort praktisch selbst erteilten. In der dazugehörigen Rede von "der Völkergemeinschaft" wurde aber durch diese vorgebliche 'Beauftragung' ein Abhängigkeitsverhältnis zur UNO suggeriert ("unser Beitritt zur UNO verpflichtet uns", "wir müssen Beistand leisten, wenn die UNO uns ruft", usw.), doch diente diese Rede in Deutschland vor allem der Erhöhung des Handlungsdrucks in Sachen Grundgesetz-Änderung und der massiven Umstrukturierung der Bundeswehr, denn auf die unter UNO-Dach zu führenden Einsätze - insbesondere durch die NATO - sah man sich auch 'technisch' noch nicht vorbereitet. Habe doch der Somalia-Einsatz gezeigt, "wie wichtig es ist, bei künftigen UN-Einsätzen der Bundeswehr" über eine bessere "maritime Unterstützung zu verfügen, als es am Horn von Afrika der Fall gewesen" (K. Feldmeyer, FAZ, 14.1.1995) sei.

Nachdem bis vor kurzem noch diese 'Auftragsstruktur' das attraktivste Modell der Zukunft zu werden schien, haben sich inzwischen die Gewichtungen verschoben. Die "Unterstellung der NATO als 'Gehilfe' der UNO" wird als "Fehler" zugunsten einer Abkopplung der NATO mit der Forderung nach "freier Hand" (V. Rühle) für sie 'entlarvt'. Hier wird die suggerierte Abhän-



gigkeit von der UNO zwar beibehalten, doch die NATO solle - einmal beauftragt - "ihre Kräfte und Mittel frei entfalten können" (V. Rühle) und nicht länger "Untermieter" der UNO sein. In dieser symbolischen Rede wird die UNO auf die Funktion einer bloß 'legitimatorischen Instanz' reduziert.

Bei allem Changieren zwischen der stärkeren 'Gewichtung' der UNO auf der einen durch "Flagge zeigen" (K. Kinkel) und der NATO auf der anderen Seite (nicht länger "Untermieter" und "Subunternehmer" sein wollen), kann nicht übersehen werden, daß die angeblichen "Spannungen" zu dieser Frage innerhalb der Staatengruppe der G7 verlaufen, die sich in Form einer zweiten Art von UNO - symbolisch gesprochen - diese 'gemietet' haben und jetzt über eine Änderung im 'Mietverhältnis' nachdenken. So gesehen ändert es nichts an dem Charakter künftiger Weltpolizeiaktionen, welches Gremium innerhalb der G7 derartige Einsätze leitet. Vielmehr zeichnet sich eine Art Arbeitsteilung durch die proklamierte "Regionalisierung der Sicherheitsinteressen" sowie einer daraus resultierenden Aufteilung aus globaler Sicht ("Neue Weltordnung") in Zuständigkeiten für geographische Zonen durch die jeweiligen militärischen 'Sub-Unternehmer' der NATO ab. Von hier aus wird die Einrichtung solcher Militärbündnisse wie z.B. die des deutsch-französischen Korps verständlich. Ein solches Bündnis ermöglicht Deutschland ein 'Handeln im Bündnis' aus der 'Mitte', dem "Kern Europas" (W. Schäuble) heraus, wobei der Anteil national bestimmten Han-

delns für Deutschland in solchen Mini-Kollektiven maximal erhöht ist.

Die Rede der militärpolitischen Strategen in Deutschland vom Ausschluß "nationaler Alleingänge" ist somit vollständig zutreffend, weil Deutschland als inzwischen mindestens drittstärkste Kraft innerhalb der G7 durch die gemeinsamen Interessen zur ebenso platzierten Weltordnungsmacht aufsteigt. "eben nicht klassische Blauhelme", sondern "wie kleinere und neutrale Staaten über Jahrzehnte waren" (V. Rühle). Die derart konturierte Beanspruchung einer deutschen Vormachtstellung innerhalb der verschiedenen Bündnisysteme ist somit die 'neue Sonderrolle' Deutschlands. Zum einen gegenüber anderen europäischen Staaten, vor allem aber demnächst in der UNO und dort speziell noch einmal innerhalb des Kollektivs der G7-Mächte gegenüber nahezu 200 anderen Staaten. Bei den "Spannungen" innerhalb dieses Kollektivs wird immer deutlicher, daß ein 'zögerliches Verhalten' einzelner Staaten bei Waffenlieferungen und Kampfeinsätzen zu massivem Druck der anderen Mitglieder, zu einer Art Aufruf zur 'G7-Raison' führen kann. So mußte sich Großbritannien bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem NATO-Konzept "lift and strike" (Aufhebung des Waffenembargos bei gleichzeitigen Luftangriffen) für Bosnien "harsche Kritik" (FAZ, 2.12.1994) des NATO-Generalsekretärs Claes in London anhören.

Wer die eskalative Strategie nicht mitspielt, erscheint zugleich als Hauptverantwortlicher für den Befund, auf den sich zuletzt bei der Münchner

Wehrkunde-Tagung geeinigt wurde: "Verlust der Glaubwürdigkeit der NATO" (SZ, 6.2.1995). Daran schloß sich konsequenterweise die Forderung nach "Einsätzen der NATO im UN-Auftrag" mit "alleinige(m) Kommando" (V. Rühle, Stern, Nr. 8, 16.2.1995) an. Hieran ist besonders deutlich ablesbar, daß die Frage nach zukünftigen Modellen zur "Förderung des Friedens in der Welt" sich auf militärische Intervention im Weltpolizei-Gewand vs. 'Gesichtsverlust' reduziert. Fortan muß sich jede Position 'schämen', in der friedensfördernd Modelle unterhalb der Schwelle zum 'Einsatz des Blutes' überlegt werden. Sie hat aber so auch keinen Raum mehr, in dem sie als 'verantwortliche' erscheinen könnte, denn ihr haften neben den Merkmalen 'Drückeberger', 'Verantwortungsverweigerer' (erweiterbare Serie, s. o.) im weiteren noch sol-

Eine Auseinandersetzung mit als außersystemisch gekennzeichneten Positionen ist nicht nötig, denn sie sind mit dem Stempel 'utopisch' und 'anormal' versehen.

che Makel wie 'Ehrlosigkeit' und 'Mangel an Werte-Bewußtsein' an. So reduzierte sich 1992 für Helmut Kohl der Begründungszusammenhang bei der Frage nach deutscher Beteiligung an militärischen Aktionen auf die Feststellung: "Wir können nicht Mitglied des Clubs sein, nehmen die Rechte in Anspruch, aber wenn es an die Pflichten geht, dann drücken wir uns. Das ist eine zutiefst inakzeptable Position. Sie ist gegen die Ehre unseres Landes (...)" (Dörner, 1994, S. 78-95).

### Der herrschende Diskurs als ausschließendes System

Derartige Konstellationen im Out-of-area-Diskurs strukturieren somit die verschiedenen Positionen durch Grenzbeziehungen. Es konstituiert sich ein Raum der symbolischen Mitte, von dem aus gegenläufige Positionen zur Frage 'Krisenreaktion' als außersystemisch erscheinen, bzw. als solche an diesen Ort verbannt werden. An einen solchen Ort

waren die Grünen jahrelang verbannt und gleichzeitig auch jede ihrer politischen Forderungen. Die Aufnahme ins System erfolgte endgültig im Wahlkampf '94 durch die Frage nach möglichen Bündnissen mit der SPD auch auf Bundesebene. In genau der skizzierten System-Symbolik (vgl. Disselnkötter/Parr 1994, S.52-65) verortete Robert Leicht die Grünen mit ihrer Position zur Außen- und Sicherheitspolitik: "Solange die Grünen nur eine ganz andere Partei sein wollten, konnte dies (seine Haltung zu den Grünen, A.D.) jeder halten wie er wollte. Nun aber streben die einstmaligen Außenseiter unmittelbar zur Regierungsmacht: erst die Alternative zum System, jetzt als Alternative im System". Nach Leicht sind Sie jedoch noch nicht ganz "im System": "(...) - im Augenblick wäre selbst im Bundestag eine rotgrüne Mehrheit rechnerisch nicht ausgeschlossen. Ist sie aber politisch möglich und wünschenswert? In der Außen- und Sicherheitspolitik jedenfalls nicht." Auf diese Weise hat Leicht eine symbolische 'Spaltung' der Grünen vollzogen, indem er den Teil ins außersystemische zurückversetzte, der als Position innerhalb des Out-of-area-Diskurses durch 'utopisch' und 'irrational' gegenüber "Wahrheit" und "Verlässlichkeit" (R. Leicht) gekennzeichnet ist. Die Wirkungsmächtigkeit solcher Zuordnungen von Positionen in symbolische Räume zeigt sich vor allem darin, daß sämtliche als außersystemisch gekennzeichnete Positionen überhaupt nicht mehr diskutiert werden. Eine Auseinandersetzung mit Argumenten von Vertretern solcher Positionen ist nicht nötig, denn sie sind mit dem Stempel 'utopisch' und 'anormal' versehen und als solche nicht 'ernst zu nehmen'.

Dies bedeutet allerdings nicht in jedem Fall, daß Kritik - wie die am Tornado-Einsatz - im Out-of-area-Diskurs entsprechend der gezeigten Zuordnungen als indiskutabel ausgegrenzt wird. Sie kann vielmehr auch in system-mittig angesiedelte Positionen integriert werden, nämlich dann, wenn Elemente aus der kritischen Rede sich als kompatibel zu solchen der symbolischen Mitte erweisen. Eine solche Integration war z. B. bei der Kritik möglich, daß der Tornado für einen Einsatz in Bosnien technisch "ungeeignet" sei<sup>7</sup>. Die medienöffentliche Debatte verlief eingeschränkt auf die Frage der "Eignung" des aktuell zur Verfügung stehenden Kampfflugzeugs, ohne dabei die eigent-

lichen Fragen des Konzepts Tornado-Diplomatie auch nur zu berühren. Dies bedeutet - neben der schlichten Ausblendung von Simulationen möglicher Eskalationsverläufe durch z. B. Bombardements in Bosnien - auch, daß der Krieg des Typs 'Krisenreaktion' im medienpolitischen Diskurs eine massive Ästhetisierung erfährt, indem er - wie schon bei der 'Krisenreaktion' am Golf 1991 - die "Illusion einer sauberen, punktgenauen Operation" (Haller 1991) suggeriert.

Während die kriegerische Gewalt 'von uns' in bildlichen Vorstellungen aufgelöst wird, wie z. B. in der Vorstellung von 'chirurgischen Eingriffen' sowie damit möglich erscheinenden 'glaten Feldzügen', sind Kriege, die für einen 'Eingriff vor Ort' als interventionswürdig erkannt werden, als 'barbarische', 'chaotische', 'mensenrechtsverletzende' gekennzeichnet. Auf der einen Seite steht somit der Krieg als 'zivilisatorischer' (+ gerecht, + professionell, + ordentlich, + verantwortlich, + menschlich, + humanitär, + xy) gegen den Krieg mit allen dazu in Gegensatz stehenden Merkmalen von 'nicht-zivilisatorisch' (+ ungerecht, + chaotisch, + unmenschlich, - xy). Die Folge derartiger Gegenüberstellungen hat bisher dazu geführt, daß die gesamte Bandbreite militärischer Optionen überhaupt nicht als Formen von Krieg mit all seinen Folgen wahrgenommen wird, sondern bloß als 'friedensstiftende Maßnahmen'. Auch dadurch ist jede Rede, die unter 'friedensschaffenden Maßnahmen' nicht Tornado-Diplomatie und Krisenreaktion versteht, nahezu vollständig blockiert, denn sämtliche Vorstellungen von 'friedlichem Handeln' sind in der dazu gegenläufigen Rede 'geparkt'. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 12.7.1994 'klargestellt' hat, daß die gültige Rechtslage fortan Märsche rund um den Globus zuläßt<sup>8</sup>, erwächst in dieser Lesart geradezu eine aus dem Grundgesetz abgeleitete Pflicht zu Ausstellung entsprechender Marschbefehle.

### Umdeutungen deutscher Geschichte

Was aber von der inzwischen historischen Vorstellung einer Friedenspflicht des Grundgesetzes bleibt, läßt sich am besten an der noch nicht ganz abgeschüttelten Historie in der Tornado-Option gegen Bosnien zeigen. Gerade dieses 'alte Grundgesetz' sei doch auch aus der

Erfahrung des zweiten Weltkriegs heraus entstanden. Aus diesem Faktum entwickelten sich drei Positionen in der Rede über militärische Interventionen der Bundeswehr in Bosnien. (1) Der Maßstab sei nicht die Geschichte, sondern "ob wir wirklich helfen können" (V. Rühle, Welt am Sonntag, 5.2.1995). Zwar habe die deutsche Wehrmacht 1941 im Balkan gestanden, aber Jugoslawien sei "innerhalb von 14 Tagen genommen" worden. "Es war sozusagen ein glatter Feldzug". Die Bundesregierung bausche "Schuld auf, um sich verweigern zu können" (H. Kremp, Die Welt, 19.2.1994). (2) Wegen der Geschichte könne Deutschland sich nicht mit Bodentruppen in Bosnien beteiligen, nur aus der Luft, aber mit Bodentruppen in Kroatien.<sup>9</sup> (3) Aus historischen Gründen könne Deutschland sich an keinem Kampf-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien beteiligen.

Noch 1991 war Pos. (3) mit Pos. (1) als Gegenpol die dominante. Danach gefragt, welche Rolle der Anteil symbolischer Rede-Elemente an der Verschiebung der Dominanz zu (2) hin gespielt haben, dann fällt die Vermittlungsfunktion zwischen (1) und (3) durch (2) auf. Mit dieser Position läßt sich nämlich der 'neuen Rolle' bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Historie gerecht werden: Durch die bildlich vermittelte Vorstellung, daß - symbolisch gesprochen - Deutschland 'in der Luft' durch Tornados und am Boden 'bis an die Grenze zur Geschichte' sein 'volles Gewicht' einbringe und sich so nicht "Bündnisolidarität verweigert" und "davonstiehlt". Warum der in Pos. (1) geforderten Handlungsoption nicht vollständig gefolgt werden kann, erklärt Volker Rühle: "Auf dem Boden werden wir uns nach meiner Einschätzung immer stärker zurückhalten als andere. Engländer und Franzosen haben da als alte Kolonialmächte ganz andere Traditionen" (Stern, 16.2.1995). Von hier aus läßt sich so 'mit der Geschichte' militärisch intervenieren, was gleichzeitig Pos. (1) in die jetzt dominante Pos. (2) integriert. Und Pos. (3) fällt als indiskutabel (+ Verweigerung, + inhuman) aus der symbolischen Mitte heraus.

In allen Positionen wird allerdings die Frage der Risiken des Einsatzes der Bundeswehr 'auf' oder 'über' dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien nicht diskutiert. Während die militärpolitischen Planer über diese Szenarios den 'Mantel des Schweigens' hängen, um

später - gemäß der Logik der Eskalationsstrategien - überraschend loslegen zu können, dämmert einigen offenbar besser informierten Militärs die Gefahr des "Hineinschlitterns" (Welt am Sonntag, 5.2.1995) in den Konflikt. Vielleicht erinnern sie sich auch an die Prognose ihres italienischen Kollegen, der für den Fall eines NATO-Einmarsches in Bosnien 1993 die vorläufige Prognose, daß mit "mindestens 500.000 Toten gerechnet werden muß" (G. Canino, Neue Ruhr Zeitung, 9.5.1993), abgab. Eine Offenlegung der zu erwartenden 'Schäden' humaner wie ökologischer Art würde die Merkmale 'realistisch', 'menschlich', 'sauberer Eingriff' wieder von dieser Strategie entkoppeln. Dies würde gleichfalls die Chancen eines Durchbruchs zu einer Diskussion deeskalativer Strategien (Disselnkötter/Link 1995) im Out-of-area-Diskurs erhöhen.

Dann wäre vielleicht mit Fukuyama die Eskalationsstrategie nicht das "Ende der Geschichte", sondern ihr Anfang, denn so könnte der Blick auf andere Wege zur dringend notwendigen 'Krisenintervention' als auf solche, deren Untauglichkeit schon bewiesen ist, frei werden. Die Chancen hierfür stehen dann gut, wenn Nietzsche sich mit seiner Feststellung "Leiden sehn thut wohl, Leiden machen noch wohler" (Nietzsche 1988, S. 203) womöglich doch geirrt haben sollte.

### Literaturverzeichnis

- Anderson, Perry (1992): Zum Ende der Geschichte. Berlin.
- Boutros-Ghali, Boutros (1992): Agenda für den Frieden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, Bonn.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.) (1990): Texte zur Deutschlandpolitik. R. 3, Bd. 8b, Bonn, S. 675.
- Bundesministerium der Verteidigung: Konzeptionelle Leitlinien zur Weiterentwicklung der Bundeswehr. Bonn, 12.7.1994.
- Disselnkötter, Andreas (1993): Daten zum langen Marsch der Bundeswehr in die Dritte Welt. In: kultuRRevolution, zeitschrift für angewandte diskurstheorie, Nr. 28, Essen (Klartext).
- Disselnkötter, Andreas/Link, Jürgen (1995): "Deutschlands dritte Chance": Mutiert Deutschland zur Tornado-Republik? Jahrbuch des Komitees für Grundrechte und Demokratie 1995 (erscheint demnächst).
- Disselnkötter, Andreas/Parr, Rolf (1994): Kollektivsymbolsystem - didaktisch aufbereitet. In: kultuRRevolution, zeitschrift für angewandte diskurstheorie, Nr. 30, Essen (Klartext).
- Dörner, Andreas (1994): Die symbolische Politik der Ehre. Zur Konstruktion der nationalen Ehre in den Diskursen der Befreiungskriege. In: Ludgera Vogt/Andreas Zingerle: Ehre. Archaische Momente in der Moderne. Frankfurt.
- Enzensberger, Hans Magnus (1993): Aussichten auf den Bürgerkrieg. Frankfurt.
- Europa Archiv (1993): Zeitschrift für internationale Politik. Bonn: Nr. 19 (10. Oktober).
- FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung

- Foucault, Michel (1986): Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte. Hg. v. Walter Seitter. Vorlesungen vom 21. und 28. 1. 1976 am Collège des France in Paris. Berlin.
- FR: Frankfurter Rundschau
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: wo stehen wir? München.
- Fukuyama, Francis (1994): Die Zukunft des Krieges. Muss die Menschheit auf ziellose und blutrünstige Kleinkriege gefasst sein oder auf den Entscheidungskampf der grossen Zivilisationen? Auf etwas Drittes? Bleibt alles, wie es ist? In: FAZ-Magazin, 16.12.
- Haller, Michael (1991): Das Medium als Wille und Vorstellung. In: Die Zeit, 28.1.
- Link, Jürgen/Parr, Rolf (1989): Militarisierung der 'Sprache'? Zum Verhältnis von elementarer Literatur, Mediendiskursen und subjektiver Aufrüstung. In: Jürgen Förster/Eva Neuland/Gerhard Rupp (Hg.): Wozu noch Germanistik. Wissenschaft-Beruf-Kulturelle Praxis. Stuttgart.
- Narr, Wolf Dieter (1993): O wie schön - eine regierende Weltvernunft. In: Fuchs, Katrin/ von Oertzen, Peter/Vollmer, Ludger (Hrsg.): Zieht die Linke in den Krieg? Köln.
- Neue Juristische Wochenschrift (1994), H. 34.
- Nietzsche, Friedrich (1988): Zur Genealogie der Moral. In: Friedrich Nietzsche. Kritische Studienausgabe, Bd. 5 (KSA). Hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari. Berlin/New York.
- Parr, Rolf (1992): "Gemeinsames europäisches Haus", 'europäischer Zug', 'Trutzburg Deutschland' und 'Festung Europa'. Zur Rolle bildlicher Vorstellungen für die Konstitution nationaler und supranationaler Identitäten. Vortrag an der Evangelischen Akademie Hofgeismar im Rahmen der Tagung "Die Nation im Haus Europa. Der Einzelstaat zwischen Identitätsverlust und Neuorientierung". 2. - 4. Oktober. In: Hofgeismar Protokolle (erscheint demnächst).
- Reader Sicherheitspolitik (1994). Ergänzungsbefragung 4/94. In: Informationen für die Truppe (IFDT), Bonn, Nr. 4, April.
- Der Spiegel (1995): Bedingt angriffsbereit. Nr. 30, 1.1.
- Stürmer, Michael (1993): Was von der Abschreckung bleibt. In: FAZ, 3.2.
- SZ: Süddeutsche Zeitung.
- Vorstand der SPD (Hg.) (1993): Perspektiven einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik. Beschluß des SPD-Parteitag Wiesbaden, 16.-19. November 1993. Bonn.
- Weiser, Dieter (1992): Das Blut der anderen. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 5, Oktober.
- Mit "makroskopischer Bürgerkrieg" bezieht sich Fukuyama auf Thesen Samuel Huntington, der darunter den "Zusammenprall zwischen Zivilisationen" (Westen, Islam, Hinduismus) versteht.
  - Zu dieser 'blut-symbolischen' Redeweise vgl.: Weiser 1992, S. 25-31.
  - Stellvertretend für eine unendliche Zahl von weiteren Belegen sei auf die Themenausgabe "Bundeswehr" der Zeitschrift "Das Parlament" (42. Jg., Nr. 37, 4.9.1992) verwiesen.
  - So R. Scharping auf der Wehrkundetagung im Februar 1994. Vgl.: FAZ, 9.2.1994.
  - Das Zitat Kohls ist bei Dörner (1994) als unveröffentlichte Äußerung Kohls auf einer Pressekonferenz ausgezeichnet.
  - Robert Leicht: Nur im Bündnis. Ein Land ohne Armee - oder ein Kabinett ohne die Grünen. In: Die Zeit, 4.3.1994.
  - In diese Richtung zielte besonders deutlich der Beitrag in der Monitor-Sendung am 5.1.1995.
  - Zu den genauen Bestimmungen zu solchen Einsätzen vgl. die Entscheidung des 2. Senats des Verf. Gerichts. In: Neue Juristische Wochenschrift, H. 34, 1994.
  - So die offizielle Verlautbarung der Bundesregierung ("Bonner Hilfszusage"). Vgl.: SZ, 21.12.1994.



# SPW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

# T A U S C H H A N D E L

**spw** gibt gute Bücher für neue **spw**-Abonnements!  
(Bitte die Buchstaben auf der **spw**-Abokarte angeben!)

Zwei Bücher für ein **spw**-Abo:

*Elmar Altvater*

### Der Preis des Wohlstands

Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung  
Ladenpreis: DM 29,80



**B**

*Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß*

### Frauenarbeit - Frauenpolitik

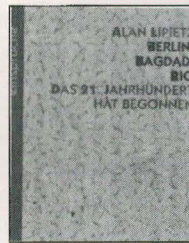
Eine provokante Analyse der internationalen Diskussion  
Ladenpreis: DM 29,80

**A**

*Alain Lipietz*

### Berlin, Bagdad, Rio

Neue Sichtweisen für Umbrüche in der Entwicklung  
von Ökonomie, Politik und Ökologie  
Ladenpreis: DM 25,-



**C**



**D**

*Lutz Hoffmann*

### Die unvollendete Republik

Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat  
Ladenpreis: DM 24,-

*Jürgen Kuczynski*

### Probleme der Selbstkritik

Von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte  
Ladenpreis: DM 24,-



**E**



**F**

*K.-H. Heinemann/W. Schubarth (Hg.)*

### Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder

Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland  
Ladenpreis: DM 14,80

*Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit*

### Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945.

Geschichte aus der Sicht „von unten“ anhand der Problematik der Arbeit  
(ca. 600 S.) Ladenpreis: DM 98,-



Ein  
dickes  
Buch  
für  
zwei  
**spw**-Abos

**X**